

Das Parlament

Berlin, Montag 17. März 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 12 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Krisenmanager aus Berlin

Frank-Walter Steinmeier Von einem neuen „Maß der Verantwortung“, das Deutschland in der Welt schultern müsse, sprach der Außenminister zu Beginn seiner zweiten Amtszeit im Dezember. Frank-Walter Steinmeier konnte sich damals kaum vorstellen, wie sehr er selbst kurz später im Mittelpunkt solcher Verantwortung stehen würde. Der 58-jährige Sozialdemokrat ist zum Krisenmanager angesichts der Lage um die Ukraine und Krim geworden. Jeden Tag sah man ihn hier im Einsatz, ob in Kiew bei der vergeblichen Abmachung mit Viktor Janukowitsch, dem EU-Gipfel in Brüssel, Gesprächen in Genf und Bern, Besuchen im Baltikum oder in Budapest, unzähligen Telefonaten. Sollten die EU-Außenminister heute weitere Sanktionen gegen Moskau verkünden, wäre dies auch für Deutschlands Chefdiplomaten eine Enttäuschung. *kru*



ZAHLE DER WOCHE

18,3

Prozent der 45,2 Millionen Einwohner der Ukraine sind ethnische Russen. Sie leben vor allem im Osten und Süden des Landes. 78 Prozent der Bewohner sind volkstämmig Ukrainer. Auf der Halbinsel Krim mir ihren 2,4 Millionen Einwohnern sind 58,3 Prozent der Bürger Russen, 24,2 Prozent Ukrainer und zwölf Prozent Krimtataren. In der Hauptstadt Kiew sind 92,5 Prozent Bewohner Ukrainer und sechs Prozent Russen.

ZITAT DER WOCHE

»Der Kalte Krieg darf nicht zurückkehren.«

Rolf Mützenich, SPD-Außenexperte, in der Debatte im Deutschen Bundestag zur Krise um die Ukraine und der Haltung der Bundesregierung dazu.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Chancengleichheit Bundestag debattiert über beruflichen Aufstieg **Seite 4**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Digitale Wirtschaft Internetfirmen können auf bessere Startchancen hoffen **Seite 9**

KULTUR UND MEDIEN

Versorgung Die darbenende Künstlersozialkasse soll gestärkt werden **Seite 11**

KEHRSEITE

Parlament Das Infomobil des Deutschen Bundestags geht auf Tour **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Riskante Muskelspiele

UKRAINE Abgeordnete streiten über einen Ausweg aus der Krim-Krise und den richtigen Umgang mit Russland

Ob die Abgeordneten den vorsichtigen Optimismus teilen? Es sei längst nicht ausgemacht, dass sich die Krimbewohner für einen Anschluss an Russland entscheiden, hatte Pawlo Klimkin, der ukrainische Botschafter, Anfang vergangener Woche gesagt. Am Donnerstag dann saß Klimkin auf der Besuchertribüne im Bundestag und folgte aufmerksam der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zur Lage in der Ukraine. Nicht nur er wollte sich ein Bild davon machen, wie man in Berlin den Konflikt um die Krim bewertet und vor allem: Mit welchen Schritten man auf eine Entschärfung hinwirken kann und will. Der Bundesrepublik komme mit ihren engen Beziehungen zu Russland eine Schlüsselrolle zu, war in den Zeitungen der europäischen Hauptstädte zu lesen.

Seit Wochen schwelt in der Ukraine der Konflikt, der mit dem Abgang des Präsidenten Viktor Janukowitsch und dem darauf folgenden Einmarsch russischer Truppen auf der Halbinsel Krim seinen Auftakt nahm (siehe Beitrag unten). Und bei dem, sollte er eskalieren, alle Seite nur verlieren würden. Für die Bundesregierung, die noch vor kurzem von einer wachsenden außenpolitischen Verantwortung Deutschlands gesprochen hatte, sind es Wochen fortlaufender diplomatischer Bewährungsproben: Glühende Telefondränge im Kanzleramt, eine Moskautreise des Vizekanzlers und ein Außenminister, der zwischen den Hauptstädten pendelt und die Abgeordneten mit Unterrichtungen in den Ausschüssen über die Lage ins Bild setzt.

Versuch der Annexion In einem Punkt ließ Merkel vergangene Woche im Bundestag keinen Zweifel: Eine Angliederung der Krim an Russland würde einen Bruch des Völkerrechts bedeuten und sei nicht akzeptabel. Sollte Moskau seinen Kurs der versuchten Annexion fortsetzen, wäre dies nicht nur „eine Katastrophe für die Ukraine“, Russlands Nachbarn und das Verhältnis zur EU. Russland schade sich damit auch massiv selbst: „Und zwar ökonomisch wie politisch.“ Die Bundeskanzlerin kündigte den Beschluss weiterer Sanktionen bereits für diesen Montag an, falls es nicht rasch zu Verhandlungen mit Russland komme, die zu Resultaten führten. „Niemand von uns wünscht sich, dass es zu solchen Maßnahmen kommt“, sagte Merkel. „Doch wir alle wären zu ihnen bereit und entschlossen, falls sie unumgänglich werden.“ Merkel betonte, die EU suche weiter einen diplomatischen Weg aus der Krise. „Militärisches Vorgehen ist keine Option.“ Darin fand Merkel Beifall selbst in den Reihen der Linksfaktion. Deren Vorsitzender Gregor Gysi ließ ansonsten kein gutes Haar



Die Haltung des russischen Präsidenten Putin in der Krim-Krise sorgte beim Karneval in Düsseldorf für Spott.

an Merkels Argumentation. Er gab der Politik von EU und Nato eine Mitschuld für die Eskalation in der Ukraine. So sei die Ausweitung des Militärbündnisses in Richtung Russland „ein schwerer Fehler“ gewesen. Die EU habe mit dem geplanten Assoziierungsabkommen zudem ebenso wie Russland die Ukraine vor die Alternative „Entweder-Oder“ gestellt.

Eine Loslösung der Krim von der Ukraine bezeichnete auch Gysi als „völkerrechtswidrig“. Zugleich warf er dem Westen aber vor, im Kosovo-Konflikt ebenfalls gegen die Völkerrecht verstoßen und somit „die Büchse der Pandora“ geöffnet zu haben. Merkel hatte zuvor in ihrer Rede Vergleiche mit dem Vorgehen in der ehemaligen jugoslawischen Provinz als „beschämend“ zurückgewiesen. Die Situation von 1999 sei „in keiner Weise“ mit der Lage in der Ukraine vergleichbar. Gysi kritisierte außerdem die Bundesregierung für ihren Umgang mit rechten Kräften in der ukrainischen Regierung scharf. Dort seien zahlreiche „Faschisten“ vertreten, trotzdem hätten die USA, die EU und die Bundesregierung die Übergangsregierung anerkannt.

Die Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen, Katrin Göring-Eckardt, warf Gysi vor, damit die gesamte Maidan-Bewegung in Misskredit bringen zu wollen und so zu tun, als hätten rechte Kräfte die Oberhand in der ukrainischen Regierung. Swoboda und der Rechte Sektor hätten „zweifelloso nichts mit europäischen Werten und demokratischen Vorstellungen“ zu tun. Die demokratische Bewegung in der Ukraine habe aber „zu Recht unsere Unterstützung bekommen“, betonte Göring-Eckardt.

Rolf Mützenich (SPD) warnte vor neuen Spannungen in Europa, die sich von Putins Politik möglicherweise beeinflussen lassen und eigene Forderungen in Richtung nationale Unabhängigkeit stellen.

Andreas Schockenhoff (CDU) bezeichnete Sanktionen gegen Russland als „unverzichtbar“ – auch dann, „wenn sie uns selbst weh-tun“. Die EU könne nicht darüber hinwegsehen, wenn in Europa das Völkerrecht gebrochen werde. Wichtig sei jetzt zudem, die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine zu fördern und Strukturereformen zu unterstützen. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten Anfang März finanzielle Hilfen für die Ukraine in Höhe von elf Milliarden Euro beschlossen, die EU will zudem den politischen Teil des Assoziierungsabkommens schon bald unterzeichnen.

Für die Bundeskanzlerin richtet sich das Angebot der EU an die Ukraine nicht gegen Russland. Es sei ein „Ansatz der Nachbarschaftspolitik, nicht der Geopolitik“. Ob sie damit Gehör findet, wird sich auch am Umgang Moskaus mit dem Ausgang des Krim-Referendums erweisen müssen. *J. Metz/A. Heinrich*

EDITORIAL

Die Kraft der Sehnsucht

VON JÖRG BIALLAS

Im Stil der Kanonenboot-Politik des ausgehenden 19. hat Russland im beginnenden 21. Jahrhundert die Krim an sich gerissen. Damit steht Europa vor der größten sicherheitspolitischen Krise seit dem Ende des Kalten Krieges. Entsprechend sorgenvoll wurde dieses Thema in den Gremien des Bundestages verhandelt. Im Zentrum stand dabei stets die Frage: Wie kann der russische Präsident Vladimir Putin dazu bewegt werden, die souveränen Rechte der Ukraine anzuerkennen und seine Truppen von der Halbinsel im Süden des Landes abzuziehen? Wie immer, wenn es um einen Verstoß gegen das Völkerrecht geht, ist diplomatisches Geschick gefragt. Dazu gehört eine möglichst nüchterne Interpretation des Geschehens. Etwa die: Gegenüber Russland zählen keine Argumente, die auf einem westlichen Verständnis von Demokratie fußen. Heute in der Ukraine ebenso wenig, wie seinerzeit in Georgien, Tschetschenien oder anderswo. Und: Die Ereignisse in der Ukraine sind der Beweis dafür, dass der jahrelange Versuch, Putin an den Westen zu binden, gescheitert ist. Territorial bewegt sich das Machtdenken im Kremlin noch immer in den Grenzen der Sowjetunion, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz. Besonders zynisch: Ausgerechnet im unmittelbaren Umfeld der Friedensspiele im eigenen Land ist es derselbe Mann, der fast in einem Atemzug die Athleten der Welt willkommen heißt und dann seinen Truppen den Marschbefehl erteilt. Und doch muss es das Ziel des Westens sein, gegenüber Moskau alles zu tun, damit Völker wie das ukrainische selbstbestimmt über die eigene Zukunft entscheiden können. Das wird nur über Gespräche, Angebote, aber auch Kritik gehen. Ein starkes Argument ist der Hinweis auf den Mut, mit dem die Menschen in Kiew und anderen Städten des Landes für ihre Rechte gekämpft haben. Diese Entschlossenheit hat gezeigt, dass es nicht unmöglich ist, vermeintlich übermächtige russische Einflussnahme abzuschütteln und sich in den Reigen der inzwischen emanzipierten ehemaligen Ostblock-Staaten einzureihen. Das mag nicht immer im ersten, vielleicht auch nicht im zweiten Anlauf gelingen. Auf Dauer wird die Sehnsucht nach Freiheit aber siegen. Das jedenfalls hat die Geschichte mannigfach gezeigt. Die westliche Welt ist gut beraten, diesen Prozess mit Finger-spitzengefühl zu begleiten. Manche behaupten, das gelte sogar für russlandaffine Altkanzler.

»Militärisches Vorgehen ist keine Option für uns.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

Eine Halbinsel im Fokus der Welt

CHRONIK Vom gescheiterten EU-Assoziierungsabkommen über den Umsturz in Kiew bis zur russischen Intervention auf der Krim

Im November 2013 legt der damalige Präsident Janukowitsch überraschend ein unterschriebenes Assoziierungsabkommen mit der EU auf Eis. Es ist der Auftakt für einen wochenlangen Protest Hunderttausender zunächst am Kiewer Maidan-Platz, die, auch bestärkt durch Worte westlicher Politiker, den Rücktritt Janukowitschs, Neuwahlen und die Hinwendung zur EU fordern. Im Februar 2013 eskaliert die Lage, bei Straßenschlachten in Kiew kommen nach offiziellen ukrainischen Angaben mindestens 80 Demonstranten und Sicherheitskräfte ums Leben. Auf wessen Konto der Einsatz von Scharfschützen dabei geht, ist nach wie vor ungeklärt. Während die Vertreter des Maidan Janukowitsch dafür verantwortlich machen, gab es in russischen Medien den Vorwurf, nationalistische ukrainische Oppositionskräfte stünden dahinter. Auf Vermittlung der Außenminister Steinmeier (Deutschland), Sigorski (Polen) und Fabius (Frankreich) und im Beisein eines russischen Abgesandten einigen sich Janukowitsch und die Oppositionsführer auf eine „Beilegung“ der Krise, die Bildung einer Übergangsregierung und schließlich Präsidentschaftswahlen bis Ende 2014. Doch dazu kommt es nicht mehr: Janukowitsch setzt sich nach Russland ab, das Parlament in Kiew enthebt ihn des Am-



tes und setzt Neuwahlen für Ende Mai an. Spätestens jetzt erreicht der Konflikt eine internationale Dimension. Prorussische Kräfte besetzen das Regionalparlament und die Provinzregierung auf der Krim, kurz darauf beginnt Moskau Soldaten auf die Halbinsel zu schicken, auf der die russische Schwarzmeerflotte vertragsgemäß ihren Stützpunkt hat. Präsident Putins Argument: Russland werde bei Gewalt gegen die russische Minderheit in der Ukraine „nicht ta-

tenlos zusehen“. Ein von prorussischen Kräften geplantes Referendum zum Anschluss der Krim an Russland wird mehrfach vorverlegt – schlussendlich auf den vergangenen Sonntag (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe). Westeuropa und die USA werfen Russland den Bruch des Völkerrechts vor, befürchtet wird auch, dass die Ukraine mit einer Eskalation im russischsprachigen Osten zerbrechen könnte. Anfang März einigen sich die EU-Länder auf gestaffelte Sanktionen gegenüber Moskau. Die weitere Entwicklung werde auch davon abhängen, ob Europa mit einer Sprache spreche und zu gemeinsamem Handeln in der Lage sei – das sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) vergangene Woche bei Gesprächen mit Tschechiens Premier Bohuslav Sobotka und dem Marschall des polnischen Senats, Bogdan Borusewicz. Es dürfe nicht an gemeinsamer Entschlossenheit fehlen, rechtswidrige und mutwillige Veränderungen an Europas Grenzen nicht hinzunehmen. *aheldpa*



GASTKOMMENTARE

SCHÄRFERE SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND?

Richtige Reaktion

PRO



Hans Monath
»Der Tagesspiegel«, Berlin

In jedem schweren internationalen Konflikt ist es notwendig, sich Klarheit über die Ziele der anderen Seite und über die eigenen zu verschaffen. Dann muss man seine Mittel abwägen. Leider gibt es schwerwiegende Indizien, wonach es Russlands Präsident Wladimir Putin eben nicht nur um die Krim geht, sondern er gezielt eine Delegitimierung und Destabilisierung der Übergangsregierung in Kiew betreibt. Wenn die westlich orientierte ehemalige Opposition Erfolg hat, so fürchtet Putin, entgleitet das Land jener Einfluss-sphäre, die er für sich beansprucht. Die Bundesregierung und ihre Verbündeten haben das russische Vorgehen auf der Krim zutreffend als völkerrechtswidrig verurteilt. Auf deutsches Drängen hin wurden von der EU nicht sofort Sanktionen verhängt, sondern eine stufenweise Eskalation angedroht. Die deutsche Außenpolitik versuchte mit hohem Einsatz, Russland diplomatische Wege zu öffnen. Putin wollte sie nicht gehen. Deshalb ist es nun richtig, die anfangs eher symbolischen Sanktionen zu verschärfen. Dabei geht es um mehr als um einen Akt des Widerstandes gegen die russische Kontrolle der Krim, die kaum rückgängig zu machen ist. Die russische Regierung soll erkennen, dass sie für ihr machtpolitisches Vorgehen in der Ukraine einen hohen politischen und wirtschaftlichen Preis bezahlen muss. Die Sanktionen können auch deutsche Geschäfte belasten, aber die wenig diversifizierte russische Wirtschaft werden sie weit härter treffen. Die Bundesregierung hat klar gemacht, dass Sicherheit in Europa für sie mehr zählt als deutsche Umsatzzahlen. Nicht zuletzt geht es um Abschreckung. Putin soll wissen: Greift er auch noch über die Krim hinaus, kommen noch härtere Sanktionen des Westens.

Kurzsichtige Politik

CONTRA



Stephan Hebel
Freier Journalist

Zugegeben: Wer vor Sanktionen warnt, ist immer in der Gefahr, schlechte Argumente zu benutzen. Den Völkerrechtsverstoß des Autokraten Wladimir Putin zu rechtfertigen, kommt keinem Demokraten in den Sinn. Und eigene wirtschaftliche Interessen, etwa an russischem Gas, können nicht ernsthaft wichtiger sein als die Herrschaft des Rechts. Und doch gibt es gute Gründe, an der westlichen Strategie der eskalierenden Sanktionen zu zweifeln. Der wichtigste: Sie stellen die Fortsetzung einer kurzfristigen Russland-Politik dar, die zur aktuellen Zuspitzung einen traurigen Beitrag geleistet hat. Der Kosovo-Krieg 1999 war, auch wenn Angela Merkel es nicht hören will, so völkerrechtswidrig wie Putins Intervention auf der Krim. Das rechtfertigt Moskaus Vorgehen keineswegs, reduziert aber das hohe Ross, von dem aus der Westen seine Sanktionen verkündet, auf Pony-Dimensionen. Das ist nur ein Beispiel, die Nato-Osterweiterung und der Libyen-Einsatz sind weitere: Immer wieder brükierte der Westen die Russen (und keineswegs nur Putin), statt konsequent an einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung zu arbeiten. Und ebenso trug das Verhalten in Sachen Ukraine die Züge einer überholten Interessenpolitik, die – blind für rechtsextreme Kräfte in der heutigen Kiewer Regierung – nichts anderes kennt als Freund oder Feind, West oder Ost. In diese Reihe passen die Sanktionen nur allzu gut. Die Bundeskanzlerin hat verkündet, sie bevorzuge einen „politisch-diplomatischen Weg aus der Krise“. Nur zu! Wann, wenn nicht jetzt wäre Zeit für eine neue Entspannungspolitik, die alle diplomatischen Mittel nutzt, Europa mit und nicht gegen Russland zu ordnen? Auch russische Demokraten würde es sicher freuen.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1,2,3,7
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Erler, Sie gelten als russland-freundlich, haben bei aller Kritik immer auch um Verständnis für Putins Politik geworben. Wie geht es Ihnen in diesen turbulenten Tagen?

Ich durchlebe im Augenblick tatsächlich schwierige Zeiten. Ich habe aber auch heute kein Problem damit, als „Russlandverteher“ tituliert zu werden. Denn ich glaube, dass eine rationale Politik auf Verständnis und Kenntnis beruhen sollte und das ist wichtiger als emotionale Entscheidungen. Zumindest die politische Klasse in Russland hat das Gefühl, dass die EU die Schwäche Russlands lange Zeit rücksichtslos ausgenutzt hat, um entgegen früheren Zusagen EU und NATO nach Osten auszudehnen. Auch die Raketenabwehrpolitik von George W. Bush, der Irakkrieg und die Anerkennung des Kosovo haben viele Russen verärgert. Es gibt diese subjektive Wahrnehmung in Russland und ohne diese Frustrationserlebnisse kann man viele Elemente der russischen Politik nicht verstehen.

Die EU ist bisher mit all ihren Versuchen, Russland durch Diplomatie und erste Sanktionen zum Einlenken in der Krim-Frage zu bewegen, gescheitert. Halten Sie eine politische Lösung noch für möglich?

Deutschland und die EU werden weiter darauf drängen, dass sich Russland auf Gespräche einlässt. Die Sanktionen, die von der EU in einer Stufenabfolge beschlossen worden sind, haben allein dieses Ziel. Wenn die russische Führung entscheidet, die Annexion der Krim zu vollziehen, und daran lässt sich aus heutiger Sicht wohl nichts mehr ändern, wird es weitere, schärfere Sanktionen geben.

Sie denken, ein Anschluss der Krim ist unausweichlich?

Diese Frage ist in der russischen Führung wohl längst entschieden. In der Duma wird gerade ein gesetzlicher Rahmen für das geschaffen, was wir in der westlichen Welt eine Annexion nennen. In Russland wird übrigens eher das Wort „Wiedervereinigung“ verwendet. Dahinter steckt die Überzeugung, dass die so genannte Schenkung der Krim an die Ukraine durch den damaligen russischen Präsidenten Chruschtschow 1954 eine widersinnige Entscheidung gewesen ist. Diese wird nach Auffassung der russischen Regierung nun korrigiert.

Eine Annexion ist aber völkerrechtswidrig. Reicht die Androhung verschärfter Sanktionen aus? Putin scheint bislang wenig beeindruckt.

Einen anderen Weg gibt es nicht, denn eine kriegerische Auseinandersetzung kommt nicht in Frage. Wichtig ist, dass es zwischen jeder Sanktionsstufe immer eine Tür gibt, auf der „Exit“ steht. Die andere Seite muss immer die Möglichkeit haben, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und beispielsweise der Bildung einer Kontaktgruppe zuzustimmen, wie sie von deutscher Seite vorgeschlagen wurde.

Wie könnten Wirtschaftssanktionen gegen Russland aussehen?

Es ist kein Zufall, dass sich die EU noch nicht auf konkrete Maßnahmen festgelegt hat. Da wird es noch einen Abstimmungsprozess geben müssen. Denn es ist klar: Ein Land wie Deutschland fügt sich durch die Zustimmung zu Wirtschaftssanktionen auch selbst Schaden zu. 6.200 deutsche Firmen sind in Russland aktiv. Wir haben 20 Milliarden Euro Direktinvestitionen in Russland, das Handelsvolumen betrug im Jahr 2013 76 Milliarden Euro. Von all diesen Zahlen hängen mindestens 300.000 Arbeitsplätze ab. Und es gibt die wechselseitige Abhängigkeit im Energiesektor. Die USA haben viel früher Sanktionen beschlossen. Aber sie betreiben praktisch null Handel mit Russland und sie beziehen auch keine russischen Energieressourcen.

»Teile der Ukraine sichern«

GERNOT ERLER Der Russland-Koordinator der Bundesregierung fürchtet, dass die Annexion der Krim durch Russland erst der Anfang ist



Putin kennt diese Fakten natürlich auch. Er könnte darauf spekulieren, dass sich die EU genau deshalb nicht auf härtere Sanktionen einigen wird.

Dazu sage ich ganz klar: Jede Spekulation, dass die EU sich nicht verständigen kann, ist naiv. Es wird eine Antwort geben, sollte Russland seinen Kurs fortsetzen.

Heute streiten wir über die Krim. Folgt danach die Ostukraine oder gar Kiew? Wie weit wird der russische Präsident noch gehen?

Ich hoffe, dass die russische Führung ein-sieht, dass der Preis dafür zu hoch wäre. Im Moment ist aber schwer vorherzusagen, was Putin weiter vorhat.

Warum hat es Putin überhaupt soweit kommen lassen? Was ist sein Motiv?

Die jetzige russische Führung will den Regimewechsel in Kiew auf keinen Fall erfolgreich sein lassen. Diese von unten kommenden Regimewechsel hat sie schon immer als Bedrohung angesehen. Das war 2003 in Georgien so, 2004 in der Ukraine und 2005

in Kirgistan. Dahinter steckt die Angst, dass so etwas auch in Russland passieren könnte. In den Jahren 2011 und 2012 hat es dort ja schon eine, inzwischen erstirckte Protest-bewegung gegeben. Das hat die russische Regierung nicht vergessen.

Putin hat im Wahlkampf 2011 die Idee einer Eurasischen Union formuliert. Welche Rolle spielt sie aktuell?

Diese Idee ist sehr interessant. Dabei geht es im Grunde genommen um eine Reorganisa-tion des postsowjetischen Raums. Ehemalige Sowjetrepubliken sollen sich in einer Union sammeln, die dem Strickmuster der EU durchaus entspricht. Ein erstes Bauelement dieser Eurasischen Union, die Zollunion, existiert schon seit ein paar Jahren zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan. Vor allem aber will Putin die Ukraine integrieren. Sie wäre, schon allein wegen ihrer Größe, mit Russland das Kernstück eines solchen Staatenbundes.

Die neue Regierung in Kiew strebt aber klar in Richtung EU. Für Putins Idee sieht es daher nicht gut aus.

Deshalb ist es für Putin die zweitbeste Lösung, wenigstens Teile der Ukraine für die Eurasische Union zu sichern. Insofern ist es denkbar, dass die Krim erst der Anfang ist.

Schon in den kommenden Tagen soll der politische Teil des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine unterzeichnet werden. Schüttet das nicht weiteres Öl ins Feuer?

Es gibt dazu keine Alternative. Die Übergangsregierung in Kiew drängt darauf, und die EU kann schlecht sagen: Das geht jetzt nicht. Das Abkommen war ja bereits im November 2013 bereit zur Unterschrift, und es war übrigens Janukowitsch, der es mit der EU ausgehandelt hat, bevor er sich auf Druck Russlands in letzter Minute entschied, es nicht zu unterzeichnen.

Am 25. Mai wählen die Ukrainer eine neue Regierung. Kann der künftige Präsident das so tief gesplante Land überhaupt als Ganzes repräsentieren?

Das wird außerordentlich schwierig. Das Personal gibt das auch nur begrenzt her. Viele der Kräfte des Maidan sind Repräsentanten des alten Systems, welches der Maidan eigentlich beseitigen wollte. Es gibt in der Ukraine praktisch keine neuen, unbelasteten Leute, niemanden, der nicht in den wirtschaftlichen und politischen Strukturen, auch den Selbstbereicherungsstrukturen der Ukraine, eine Rolle gespielt hätte.

Das klingt, als würde die Ukraine noch weit über die Krim-Frage hinaus ein Sorgenkind in Europa bleiben.

Ganz sicher. Die EU hat sich schnell bereit erklärt, elf Milliarden Euro an Finanzhilfen zur Verfügung zu stellen. Das ist ziemlich viel Geld und ich glaube, dass es nicht reichen wird. Irgendwann wird in der europäischen Öffentlichkeit die Frage gestellt werden: Was haben wir davon, ein Land mit Summen im zweistelligen Milliardenbereich zu unterstützen, das zwar zu Europa gehört, aber nicht Mitglied der Europäischen Union ist? Da wird der Solidaritätsbegriff neu diskutiert werden müssen.

Das Interview führte Johanna Metz.

Gernot Erler (69) ist seit 2013 Koordinator der Bundesregierung für Russland, Zentralasien und die Länder der Ostlichen Partnerschaft. Von 2005 bis 2009 war der SPD-Abgeordnete Staatsminister im Auswärtigen Amt.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Osteuropa-Experte: Karl-Georg Wellmann

Der CDU-Außenpolitiker Karl-Georg Wellmann ist kein Mann der lauten Töne. Das gilt auch im Fall der Krise um die Ukraine, wo für ihn „Diplomatie das Gebot der Stunde“ bleibt. „Wir müssen aufpassen, dass die Situation nicht weiter eskaliert und nicht alles, was zwischen Europa und Russland aufgebaut wurde, zerschlagen wird.“ Soll der Westen die Sanktionsschraube anziehen, wenn Russlands Präsident Wladimir Putin die Lage auf der Krim anheizt? „Sanktionen sind immer Zeichen politischer Hilflosigkeit“, sagt der Berliner Bundestagsabgeordnete, „nach allen Erfahrungen werden die einfachen Menschen getroffen und weniger die politisch Verantwortlichen“. Wellmann setzt trotz aller Verhätungen auf ein Umdenken im Kreml. Die heimische Wirtschaft könne sich einen Konflikt mit dem Westen nicht leisten. Eine zusammenbrechende Ukraine würde russische Banken 30 Milliarden Euro kosten, sagt Wellmann. Er hofft, dass die Sorgen der Wirtschaft letztlich auch das Handeln Putins beeinflussen und dieser in der Ukraine- und Krimfrage „abrüstet“. Die Krim sieht Wellmann für die Ukraine „nicht als verloren“ an. Für ihn sind die militärischen Operationen Moskaus auf der Halbinsel „eine dramatische Fehlentscheidung“, weil es dort nie eine Bedrohungslage für die Russen gegeben habe. Was Putin auf der Krim wirklich will, sei noch unklar. Womöglich wolle er Kiew und dem Westen nur sagen „ohne oder gegen Moskau läuft hier gar nichts“. Und wenn Russland die Annexion der Krim betreibt? Wellmann: „Das wäre völkerrechtswidrig. Russland wird sich damit in hohem Maße selbst schaden, weil es Vertrauen verspielt.“

Die Ukraine müsse angesichts ihrer Vergangenheit und ethnischen Gegensätze künftig als föderaler Staat strukturiert sein, wenn sie eine Spaltung verhindern wolle. „Die Zukunft Europas liegt nicht im Errichten neuer Grenzen und in Kleinstaaterei“, sagt Wellmann. Für die Ukraine schwebt ihm eine Art Finnland-Status vor: also nicht in der Nato, aber ökonomisch dem Westen verbunden. Ob Kiew der EU beitreten soll, sei eine Entscheidung der Ukrainer. Die bisherige



»Sanktionen sind immer Zeichen politischer Hilflosigkeit.«

Ukraine-Politik sowohl Russlands wie auch des Westens aber sei gescheitert. Daraus müssten alle Seiten Lehren ziehen, mahnt Wellmann. Dabei müsse Europa auch die Abstiegs- und Einkreisungs-ängste Moskaus in seine Handlungen einbeziehen. Diese Woche fährt Wellmann mit seinem Fraktionskollegen Andreas Schockenhoff (CDU) erneut nach Kiew, um sich über die angespannte Lage dort zu informieren. Damit holt er eine für Ende Februar anberaumte und dann abgesagte Reise nach, weil ihm damals einige Gesprächspartner durch den Umsturz „abhanden“ gekommen waren.

Seit seinem Bundestageinzug 2005 sitzt Karl-Georg Wellmann im Außenausschuss. Er ist der Osteuropa-Berichterstatler der Unionsfraktion: „Für mich ist das ein spannendes Thema, weil es in diesem Raum noch Transformation gibt und sich viel bewegt.“ Der CDU-Politiker wünscht sich, dass Berlin hier die Rolle als Ost-West-Dreh-scheibe stärker nutzen würde. 2013 wurde der 61-jährige Anwalt mit einem Spitzenergebnis für den Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf zum dritten Mal direkt in den Bundestag gewählt. Seine Obmann-Funktion für die Union im Auswärtigen Ausschuss musste er dennoch zu Beginn der neuen Legislaturperiode abgeben. Welche Ambitionen hat er noch? Für Wellmann ist seine Arbeit als Abgeordneter „sehr befriedigend, weil man selbständig arbeiten und dabei sehr viel erreichen kann“. In der Außenpolitik sei langer Atem nötig. „Um Kontakte und Vertrauen im Ausland aufzubauen, braucht man mehr als zwei Wahlperioden“, sagt er. Wellmann ist ein Berliner Gewäch, der an der Spree sein ganzes bisheriges berufliches und politisches Leben zugebracht hat. Veranker-t ist der Ortschef der Dahlemer CDU im bürgerlich-gediegenen Berliner Südwesten, wo seine konservativen Ansichten gut ankommen. Manchmal gefällt er sich darin, eigene Akzente zu setzen. So machte Wellmann Anfang 2012 Schlagzeilen, als er als erster bekannter CDU-Politiker Bundespräsident Christian Wulff zum Rücktritt aufforderte. Oder im August 2013, als er einen westlichen Militärschlag gegen Syrien vorschlug. Was bleibt dem verheirateten Vater dreier Kinder an Hobbys? Spazieren und Joggen mit den beiden Labrador-Hunden.

Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahel), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
14. März 2014

Druck und Layout

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhsestraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung

Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition

Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement

Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für
vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterzwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbetätigkeiten e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Angespannte Stimmung in Kiev: Abgeordnete der Janukowitsch-Partei, angeprangert auf dem „Pfosten der Wut“ (links) auf dem Maidan. Vor der Zentralen Wahlkommission (rechts) campieren radikale Maidan-Kämpfer.

»Halunken, fürchtet Gottes Strafe«

UKRAINE Vor den Wahlen im Mai bringen sich die Kandidaten in Position. Auch die Janukowitsch-Partei will sich neu formieren

Das Regierungsviertel von Kiev ist besetzt, anders kann man es wohl nicht ausdrücken: Seit dem Sturz Viktor Janukowitschs stehen rund um das Regierungsgelände und das Parlament Mitglieder der „Samooborona“, der „Selbstverteidigungseinheiten“ des Maidan. Sie „bewachen“ die offiziellen Polizisten, die im Inneren der Gebäude für die Sicherheit zuständig sind. Der Maidan zeigt hier Flagge: Vor den Säulen des Parlaments, der „Rada“, ist neben der ukrainischen Flagge neuerdings die rot-schwarze Flagge der westukrainischen Nationalisten gehisst. Ein paar Meter weiter haben Maidanaktivisten einen hölzernen „Pfosten der Wut“ aufgestellt, darauf abgebildet etwa Anna German, Abgeordnete der „Partei der Regionen“ und eine der engsten Vertrauten von Janukowitsch. Jemand hat ihr rote Teufelshörnerchen auf den Kopf gemalt, darunter steht: „Halunken, fürchtet Gottes Strafe.“ Ein paar Meter weiter, zwischen zwei Bäumen, hängt ein großes Plakat mit den Bildern von 16 Vertretern des Janukowitsch-Regimes. „Schuldig“ steht mit roten Lettern daneben geschrieben. Eines der Bilder zeigt den Abgeordneten Oleg Zarjow, der bei den Regimegegnern durch eine äußerst proussische Position bekannt geworden ist. Zarjow floh nach dem Sturz von Janukowitsch in seine Heimatstadt Dnepropetrowsk. Dort belagerten Regimegegner sein Haus, schließlich floh er auf die Krim.

Neue Macht Man muss diesen Hintergrund kennen, um zu verstehen, warum die neue Macht in Kiev sich nach dem Sturz Janukowitschs so schnell durchgesetzt hat, warum Arsenij Jazenjuk vor kurzem mit 371 von 450 Stimmen zum Premier gewählt wurde, und warum die Fraktion der „Partei der Regionen“, die noch vor wenigen Wochen über beinahe die Hälfte der Sitze im Parlament verfügte und Janukowitsch bis zum Ende den Rücken stärkte, sich in Auflösung befindet.

Die „Partei der Regionen“ verfügt nach dem Austritt von über 70 Abgeordneten heute noch über 127 Abgeordnete und ist gemeinsam mit den 32 Kommunisten in die Opposition gewechselt. Die neue Regierung gründet sich auf eine Koalition aus 88 Mitgliedern von Julia Timoschenko, „Vaterlandspartei“, den 42 Abgeordneten von Vitali Klitschko, „Udar“ sowie 36 Mitgliedern von Oleh Tjahnjybsk Nationalistenpartei „Swoboda“. Dazu kommen zwei Parlamentariergruppen, die sich seit Janukowitschs Sturz gebildet haben: Da sind die 33 Mitglieder von „Wirtschaftliche Entwicklung“ um den politischen Wendehals Anatolij Kinach sowie die „Souveräne europäische Ukraine“, die vor allem Abgeordnete aus der Westukraine vereinigt. Immer noch ohne Fraktion sind heute 91 Abgeordnete, allerdings stimmen auch diese im Zweifel eher für die Gesetzesanträge der neuen Regierung.

Vertrauensvorschuss Das Parlament in Kiev hat in den vergangenen Wochen Entscheidungen getroffen, die verfassungsrechtlich fragwürdig sind. Dazu gehörte so-

wohl die durch die Verfassung nicht gedeckte Amtsenthebung des Präsidenten durch die Rada nach dessen Flucht aus der Ukraine als auch die Entlassung der Mitglieder des Verfassungsgerichts am 24. Februar. Angesichts der derzeitigen Machtverhältnisse auf den Straßen Kiews und in der Rada hört man jedoch nur von Abgeordneten der „Partei der Regionen“ Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Entscheidungen. Zudem gibt die Besetzung der Krim durch russische Einheiten der ukrainischen Übergangsregierung einen gewissen Vertrauensvorsprung.

Über die Frage, ob die Krim ein Teil des Landes bleiben soll, gibt es in der Rada allerdings keine Diskussion. Führende Vertreter der „Partei der Regionen“ riefen ihre Anhänger auf der Krim dazu auf, sich für einen Verbleib in der Ukraine einzusetzen. Die Abgeordneten der Partei setzen sich zudem für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Kiewer Politikern und Vertretern der Krim ein, um die Krise zu lösen. Die Übergangsregierung, unterstützt von der Parlamentsmehrheit, verfolgt dagegen einen knallharten Kurs: Am Donnerstag schrieb die Kiewer Staatsanwaltschaft den aus ihrer Sicht illegitimen Premierminister der Krim Sergej Aksjonow zur Fahndung aus. Ähnliches gilt für die Beziehungen zu Russland: Die „Partei der Regionen“ setzt auf Verhandlungen, die neue Regierung auf eine klare Kante und eine Unterstützung des Westens.

„Die Macht in der Regierung und im Parlament hat jetzt die Vaterlandspartei von Timoschenko“, erklärt der Journalist Sergej Leschtschenko. Er ist stellvertretender Chefredakteur der unabhängigen „Ukrainska Prawda“ und seit fast zwei Jahrzehnten auf den Kiewer Fluren der Macht unterwegs. Julia Timoschenko, erzählt Leschtschenko, sei in den vergangenen Wochen bei allen

Parlamännchen
Politik für Kinder

Ukraine

Die Ukraine ist ein Staat in Osteuropa. Bis vor wenigen Wochen sind in der Hauptstadt Kiev tausende Menschen auf die Straße gegangen, weil sie mit der Regierung unzufrieden waren. Dabei sind auch Menschen gestorben. Das Parlament hat den Präsidenten schließlich abgesetzt, im Mai soll ein neuer gewählt werden. Viele Ukrainer wollen engere Beziehungen zur Europäischen Union, andere dagegen lieber zu Russland. Derzeit gibt es großen Streit mit Russland über die Halbinsel Krim. Politiker aus der EU und den USA möchten, dass die Krim weiter zur Ukraine gehört. Der russische Präsident Wladimir Putin will aber offenbar, dass die Krim in Zukunft ein Teil von Russland wird.

wichtigen Entscheidungen dabei gewesen, ob im Parlament oder in der Regierung – dabei hat sie zur Zeit keinerlei politisches Amt inne. Timoschenko galt bislang als Moskauer Wunschkandidatin für das Präsidentenamt: Ihr werden gute persönliche Beziehungen zu Putin nachgesagt. Allerdings äußerte sie sich zuletzt gegenüber Moskau ähnlich kompromisslos wie Klitschko. Auch wenn sich die Timoschenko-Partei die

strategisch wichtigen Regierungsposten gesichert hat – an der Übergangsregierung in Kiev ist auch die umstrittene Nationalistenpartei „Swoboda“ (Freiheit) mit einigen Ministern beteiligt. Mitglieder der Partei hatten im Parlament in Kiev das Gesetz, das Russisch als zweite Amtssprache abschaffen sollte, maßgeblich forciert. Nach Protesten verzichtet die ukrainische Regierung jedoch auf den umstrittenen Erlass. Der Chef der radikalen und paramilitärischen Vereinigung „Rechter Sektor“, Dmitri Jarosch, wurde für einen Posten im Nationalen Sicherheitsrat gehandelt, ging dann aber leer aus – offenbar auch auf Druck der EU, die vor der Integration des „Rechten Sektors“ in die Regierung gewarnt hatte. Der zuvor für sein martialisches Auftreten bekannte Jarosch präsentierte sich zuletzt als seriöser Politiker: In Anzug und Krawatte erklärte er der Presse, dass seine Bewegung für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit eintrete – und für das Assoziierungsabkommen mit der EU. Gleichzeitig gab er bekannt, bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai kandidieren zu wollen.

Versuchter Neustart Unterdessen versuchen verschiedene Akteure, die Reste der „Partei der Regionen“ zu retten, insbesondere im Hinblick auf vorgezogene Parlamentswahlen, die vermutlich im Herbst stattfinden werden. Die Partei verfügt vor allem im Osten des Landes über ein starkes Wählerpotenzial, weil sie als Schutzmacht für die Interessen der russischsprachigen Bevölkerung gilt. Obwohl einige Abgeordnete wie Zarjow aus Kiev geflohen sind und die Zentrale in Kiev nach einer Attacke mit Molotowcocktails ausgebrannt ist, ist Leschtschenko überzeugt: „Janukowitsch ist zwar weg, aber das Auto ist noch fahrtüchtig.“

Die Regierungspartei war über Jahre von Oligarchen finanziert worden, über von ihnen kontrollierte Abgeordnete konnten die beiden Einfluss auf die Politik nehmen. Beide bemühen sich nun, die Kontrolle über die Überreste der Partei zu bekommen. Firtsch hat zusammen mit dem früheren Leiter der Präsidentsverwaltung Sergej Ljowtschkin derzeit die Nase vorn: Als neuer politischer Führer wird von ihnen momentan der Milliardär Sergej Tigipko installiert, der zudem als „Kandidat des Ostens“ bei den Wahlen im Mai im Gespräch ist. Die aussichtsreichsten Kandidaten für das Präsidentenamt aber heißen Pjotr Poroschenko, Julia Timoschenko und Vitali Klitschko. Klitschko, der ehemalige Boxer, machte sich zuletzt auf in den Osten des Landes, um auch in Donezk und Charkow für Unterstützung zu werben – dort war seit dem „Sieg des Maidan“ keiner der Oppositionsführer aufgetaucht. Nach einer Umfrage würden derzeit knapp 15 Prozent der Ukrainer für Klitschko stimmen. Damit liegt er auf Platz 2 hinter dem Milliardär Pjotr Poroschenko, für den derzeit gut 21 Prozent stimmen würden. Ukrainische Beobachter bestätigen zwar einen Anstieg von Klitschkos Popularität durch seine exponierte Rolle während der Proteste, aber bezweifeln seine Fähigkeit, im Kampf gegen rhetorisch versierte Politprofis wie Poroschenko und Timoschenko zu bestehen.

„Während der Proteste war es einfach: Gut gegen Böse, Klitschko gegen Janukowitsch. Aber jetzt geht es darum, im Wettbewerb mit den anderen zu erklären, wofür man steht“, erklärt Leschtschenko. Die ehemalige Premierministerin Timoschenko liegt laut Umfrage momentan bei knapp zehn Prozent der Stimmen. Timoschenko war nach Berlin geflogen, um sich dort ihr Rückenleiden behandeln zu lassen. Ukrainische Beobachter sind jedoch überzeugt, dass sie nach der ärztlichen Behandlung sofort in den Wahlkampf einsteigen wird – und bis zu den Wahlen sind noch zweieinhalb Monate Zeit. Wer auch immer die Ukraine nach dem 25. Mai regieren wird: Der politischen Führung stehen schwere Zeiten bevor: Unter anderem fordert der Internationale Währungsfond (IWF) als Bedingung für einen Kredit einschneidende Reformen, etwa eine deutliche Erhöhung der Energiepreise für Endverbraucher und die Industrie.

Wahlkommission besetzt Momentan ist die Zentrale Wahlkommission, drei Metrostationen vom Kiewer Regierungsviertel entfernt, ebenso besetzt wie das Regierungsviertel selbst: Über einem Armeezelt vor dem Zaun weht die Flagge der „Spilna Sprawa“ (Öffentliche Sache), einer radikalen

Maidan-Gruppe, die sich schon früher durch die Besetzung von Gebäuden einen Namen gemacht hatte. Ein paar Dutzend Kämpfer der Gruppe campieren hier, mit schusssicheren Westen, Schilden und Knüppeln bewaffnet. Auch in der Lobby sitzen Angehörige der „Spilna Sprawa“ an Tischen vor der Eingangsschleuse. Es gibt zwar keine Konflikte mit dem staatlichen Wachpersonal, doch die Botschaft ist klar: Wir sind Herren der Lage. „Wir versuchen, die Präsidentschaftswahlen zu kontrollieren“, erklärt Wladimir Schkande, der an diesem Samstag hinter einem der Tische sitzt, vor ihm liegen drei Armeehelme. Viel wichtiger seien für ihn aber Parlamentswahlen, so bald wie möglich: „Momentan sieht es doch so aus: Die einen Bastarde haben nur die anderen Bastarde ausgewechselt. Wegen der Krim lassen wir sie in Ruhe, aber danach zerreißten wir sie.“

Der Autor berichtet als freier Journalist aus Russland und der Ukraine.



Noch immer legen Menschen auf dem Maidan Blumen für die Opfer der blutigen Proteste im Februar nieder.

Bilanz der europäischen Integration



Jahrbuch der Europäischen Integration 2013
Herausgegeben von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels
2013, 538 S., brosch., 64,- €
ISBN 978-3-8487-0518-4



Kostenlose Leseprobe

In über 90 Beiträgen zeichnet das Jahrbuch die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2012/2013 nach und informiert über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/21010



Diese Klarstellung war Manuela Schwesig (SPD) wichtig: „Es geht um Gleichstellung, nicht um Sonderrechte für Frauen“, machte die Familienministerin in der Debatte über die Chancengleichheit von Männern und Frauen am vergangenen Freitag im Bundestag deutlich. Bei diesem „zentralen Gerechtigkeitssthema für die gesamte Gesellschaft“, sagte Schwesig, habe es in den zurückliegenden Jahren zwar Erfolge gegeben. In der Arbeitswelt sei die Gleichstellung jedoch noch nicht angekommen. Beleg dafür ist aus Sicht der Ministerin die Lohnlücke von 22 Prozent zwischen Männern und Frauen. So erhielten die Frauen im Durchschnitt viel weniger Lohn, „obwohl sie das Gleiche verdienen“, wie Schwesig doppeldeutig formulierte. Die eher düstere Situationsbeschreibung im Kampf um die Gleichstellung von Mann und Frau wird von den vier Fraktionen im Bundestag geteilt. Unisono lautete der Aufruf: Es muss etwas passieren! Nur was? Die Koalition setzt auf mehr Zeitsouveränität und eine Flexibilisierung des Elterngeldes, wie aus einem von Union und SPD vorgelegten Antrag (18/763) hervorgeht.

Brücken in die Arbeit Schwesig findet das richtig. Um die familiäre Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu fördern, werde das „ElterngeldPlus“ eingeführt. Damit solle es Eltern möglich werden, das Elterngeld bis zu 28 Monate lang in Kombination mit einer geringfügigen Teilzeittätigkeit zu beziehen, um den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu erleichtern. Zudem freue sie sich, dass Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) einen Rechtsanspruch für Teilzeitschäftige plante, die in einen Vollzeitjob zurückkehren wollen. Auf die von ihr Anfang des Jahres selbst ins Spiel gebrachte Idee einer 32-Stunden-Woche für junge Eltern ging Schwesig in ihrer Rede indes nicht mehr ein. Das übernahm Cornelia Möhring (Die Linke), die von einem „wirklich brauchbaren Vorschlag für mehr Zeitsouveränität“ sprach. Bedauerlicherweise habe die Koalition den Vorstoß jedoch „in Windeseile“ zur persönlichen Idee Schwesigs erklärt und damit auf Eis gelegt. „Dabei geht eine Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit genau in die richtige Richtung“, befand Möhring. Die Vorlage von Union und SPD wertete sie als Schaufensterantrag.

Weg von den überlangen Arbeits- und Anwesenheitszeiten in den Unternehmen will auch Ulla Schaus. In Schweden, berichtete die Grünen-Abgeordnete, fänden nach 16 Uhr keine Gremiensitzungen mehr statt, da es dort zur Arbeitskultur gehöre, wenn Frauen und Männer der Familie den Vorrang gäben. Schaus nannte in dem Zusammenhang den Koalitionsantrag enttäuschend. Noch immer seien zwei Drittel aller Minijobber Frauen. „Es ist zynisch, dass sie das Problem der Minijobs, die Sackgasse für viele Frauen, nicht anpacken“, kritisierte sie. Außerdem seien Frauen in Führungspositionen noch immer stark unterrepräsentiert. Die von der Koalition „mit großem Getöse“ angekündigte 30-prozentige Frauenquote in Aufsichtsräten großer Firmen greife viel zu kurz, da sie nur 120 Unternehmen tangiere und nur sehr wenigen Frauen an die Spitze verhelfen könne. „Das ist mutlos“, befand

Chancen und Zwänge

GLEICHSTELLUNG Männer und Frauen sollen im Job gleiche Bedingungen haben. Ein schwieriges Unterfangen



Ungleiche Startbedingungen: Frauen werden im Job immer noch benachteiligt und verdienen im Schnitt viel weniger als Männer.

Schaus, deren Fraktion einen eigenen Antrag (18/773) vorgelegt hat, in dem eine gesetzliche Regelung für die Erhöhung des Frauenanteils bei der Besetzung von Vorständen ebenso wie die Überarbeitung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes gefordert wird.

Zeit für Familie Bei der Zeitsouveränität und Partnerschaftlichkeit gelte für die Union der Grundsatz der Wahlfreiheit in der Gestaltung der familiären Situation, machte Marcus Weinberg (CDU) deutlich. Werde über die Frage einer Teilzeitarbeit innerhalb der Familie frei entschieden, sei dies gut so. „Wenn es aber ökonomischen, sozialen

oder gesellschaftlichen Zwängen unterliegt, muss die Politik reagieren.“ Für seine Fraktion stünden über allem, „die Freiheit von Restriktionen und die Freiheit für die Optionen, verschiedene Lebensentwürfe zu entwickeln“. Männer wie Frauen müssten Zeit für die Familie haben können, „ohne dass die Karriere anschließend vorbei ist“, sagte auch Weinbergs Fraktionskollegin Nadine Schön. „Es kann doch nicht sein, dass man in 50 Jahren Berufstätigkeit rund um die Uhr dem Arbeitgeber zur Verfügung stehen muss.“ Ziel müsse es vielmehr sein, dass sich die Taktgeber innerhalb der Familie besser abstimmen könnten. Dabei sei die Wirtschaft ebenso wie die Gesellschaft ins-

gesamt gefragt. Carola Reimann (SPD) kündigte Initiativen gegen Lohndiskriminierung an. Dazu gehöre der gesetzliche Mindestlohn ab 2015, der vor allem Frauen helfe, „da sieben von zehn Beschäftigten im Niedriglohnbereich Frauen sind“. Zudem solle ein individuelles Auskunftsrecht für alle Beschäftigten eingeführt werden, damit Lohnungleichheiten im Betrieb sichtbar würden. „Und wir regeln ein Verfahren, damit Betriebe eigenständig für Lohnungerechtigkeit sorgen können“, sagte Reimann. Ferner solle es einen Rechtsanspruch für Teilzeitschäftige geben, auf einen Vollzeitjob zurückzukehren, damit Teilzeit nicht länger zur Falle für Frauen werde. *Götz Hausding*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Parteikonten im Plus

INNERES Die fünf im Bundestag vertretenen Parteien haben im Jahr 2012 Gesamteinnahmen von zusammen fast 395 Millionen Euro verzeichnet. Dies geht aus den als Unterrichtung (18/400) vorgelegten Rechenschaftsberichten von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und CSU für 2012 hervor. Danach beliefen sich bei der CDU die Einnahmen der Gesamtpartei auf knapp 137,04 Millionen Euro und die Ausgaben auf gut 122,2 Millionen Euro, womit die Partei einen Überschuss von fast 14,84 Millionen Euro verbuchen konnte. Bei der SPD standen Einnahmen in Höhe von mehr als 151,42 Millionen Euro Ausgaben in Höhe von gut 133,34 Millionen Euro gegenüber, was zu einem Überschuss von knapp 18,08 Millionen Euro führte. Bei den Grünen lagen die Einnahmen in Höhe von gut 38,4 Millionen Euro um mehr als 7,68 Millionen Euro über den Ausgaben in Höhe von fast 30,72 Millionen Euro. Die Linke weist in ihrem Bericht bei Einnahmen in Höhe von weniger als 29,77 Mil-

lionen Euro und Ausgaben in Höhe von knapp 25,76 Millionen Euro einen Überschuss von mehr als 4,0 Millionen Euro aus. Die CSU kam mit Einnahmen von gut 38,12 Millionen Euro und Ausgaben von mehr als 33,46 Millionen Euro auf einen Überschuss von fast 4,66 Millionen Euro. An staatlichen Mitteln erhielten die CDU im Jahr 2012 weniger als 46,44 Millionen Euro, die SPD fast 45,59 Millionen Euro, die Grünen mehr als 15,15 Millionen Euro, Die Linke 12,25 Millionen Euro und die CSU mehr als 11,3 Millionen Euro. Spenden von natürlichen und juristischen Personen bekam die CDU im Jahr 2012 den Angaben zufolge in Höhe von knapp 18,2 Millionen Euro. Die SPD erhielt knapp 10,5 Millionen Euro Spendengelder. Die Grünen kamen auf fast 3,93 Millionen Euro. Die Linke verzeichnete Spenden in Höhe von 1,92 Millionen Euro und die CSU verbuchte 6,2 Millionen Euro an Spendengeldern auf ihrem Konto. *sto*

Linke unterstützt Lohnforderungen

ARBEIT In zwei Anträgen macht sich die Fraktion Die Linke für höhere Löhne von Arbeitnehmern stark. So unterstützt sie in einem Antrag (18/795) die Forderungen der Gewerkschaft ver.di in der Tarifrunde 2014 für den öffentlichen Dienst. Die dafür nötigen Finanzmittel für die Beschäftigten des Bundes müssten in den Haushaltsplan 2014 eingestellt und die Länder und Kommunen entsprechend finanziell ausgestattet werden, schreiben die Abgeordneten. Sie verlangen von der Bundesregierung außerdem, eine generell bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen sicherzustellen. Die Fraktion begründet ihre Initiative damit, dass der öffentliche Dienst unverzichtbar für eine soziale und solidarische Gesellschaft sei und hochwertige Dienstleistungen eine gute Bezahlung der Beschäftigten sowie eine gute perso-

nelle Ausstattung erforderten. Kräftige Lohnsteigerungen würden einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Konsums und der Binnennachfrage leisten, heißt es in dem Antrag. Ungeachtet des Plans der Bundesregierung, ab 2015 einen bundesweiten Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro einzuführen, hält Die Linke an ihrer Forderung eines flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von zehn Euro Brutto pro Stunde fest. Dazu hat sie einen Antrag (18/590) formuliert, in dem sie außerdem verlangt, dass dieser Mindestlohn grundsätzlich für „jedes Arbeitsverhältnis“ gelten soll und jährlich an den Lohnindex angepasst wird. „Aus rentenpolitischer Perspektive muss ein Mindestlohn bei mehr als zehn Euro Brutto pro Stunde liegen, wenn er eine armutsfeste Rente ermöglichen soll, schreiben die Abgeordneten.“ *che*

Sicher über den großen Teich

SOZIALES Soziale Sicherung und wirtschaftlicher Erfolg von Staaten sind eng miteinander verknüpft: Darin sind sich die Fraktionen des Bundestages einig. Sie begrüßten daher in erster Lesung am vergangenen Donnerstag einstimmig einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Abkommen zwischen Deutschland und Uruguay über soziale Sicherheit (18/272). Dies soll die Rentensysteme beider Länder koordinieren und Doppelversicherungen entsandter Arbeitnehmer verhindern. Für die SPD stellte Waltraut Wolff fest, dass damit soziale Sicherheit für Arbeitnehmer, die in das jeweils andere Land gehen, geschaffen werde und Unternehmen von Bürokratie entlastet würden. Für die CDU/CSU betonte Martin Pätzold, freier Handel und Austausch seien für die Entwicklung von Volkswirtschaften unabdingbar. In

Uruguay seien derzeit 30 deutsche Unternehmen aktiv. Es sei gelungen, „nachhaltige Beziehungen“ aufzubauen. Auch die Opposition lobte den Gesetzentwurf. Soziale Sicherheit gehöre zu den Grund- und Menschenrechten, sagte Azize Tank für Die Linke. Sie verwies jedoch darauf, dass Deutschland gerade erst wegen der Verletzung der europäischen Sozialcharta gerügt worden sei, weil es derartige Abkommen mit anderen Staaten Europas „gerade nicht abgeschlossen“ habe. Der sozialpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Markus Kurth, sagte, er habe die „interessante Erfahrung“ gemacht, dass in vielen Ländern soziale Absicherung als „Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg“ wahrgenommen werde. Soziale Absicherung und wirtschaftlicher Erfolg seien „zwei Seiten einer Medaille“. *suk*

KURZ NOTIERT

Die Linke will Korrektur am Ghetto-Rentengesetz

Der Bundestag sollte nach Ansicht der Fraktion Die Linke das Ghetto-Rentengesetz rasch nachbessern. Das Parlament habe 2002 die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass Holocaust-Überlebende, die während des Zweiten Weltkrieges in Ghettos gearbeitet haben, Rentenansprüche geltend machen könnten, schreibt die Linke in einem Antrag (18/636). Bei der Umsetzung des Gesetzes hätten sich aber gravierende Probleme ergeben. So sollte den Angaben zufolge den Überlebenden ermöglicht werden, rückwirkend ab dem Jahr 1997 ihre Renten zu beziehen. Tatsächlich erhielten viele Betroffene ihre Rente erst rückwirkend ab 2005, schreibt Die Linke. *pk*

Vorstoß für neues Konzept in der Pflegeversicherung

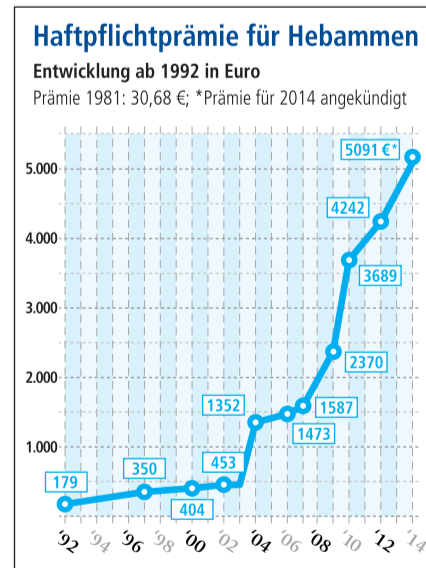
Die Fraktion Die Linke fordert von der Bundesregierung ein überarbeitetes Finanzkonzept für die Pflegeversicherung. In einem Antrag (18/591) weisen die Abgeordneten auf die immer größer werdenden Deckungslücken in der Pflegeversicherung hin. Mittlerweile werde von der Pflegeversicherung nur noch deutlich weniger als die Hälfte der Gesamtkosten übernommen. Die Linke fordert die Rückabwicklung der privaten Pflegezusatzversicherung und eine „realwerterhaltende Leistungsanpassung“ in der staatlichen Pflegeversicherung. *pk*

Hebammen in Endzeitstimmung

BERUFSHAFTPFLICHT Versicherungsprämien steigen wegen hoher Risiken immer weiter an

Seit Jahren schon trommeln die freiberuflichen Hebammen für grundlegende Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen, bisher ohne Erfolg. Nun hat sich die Lage aus versicherungstechnischer Sicht so zugespitzt, dass ein Eingreifen des Gesetzgebers unumgänglich erscheint. Neben den niedrigen Löhnen und der Bürokratie, die ohnehin auf dem Berufsstand lasten, bringen die exorbitant gestiegenen Haftpflichtprämien die Geburtshelfer in Existenznot. Seit die Nürnberger Versicherung ankündigte, zum 1. Juli 2015 aus der Berufshaftpflicht für Hebammen ganz auszusteigen, macht sich in der Branche Endzeitstimmung breit. Der Bundestag forderte die Regierung am Freitag auf, langfristige Lösungen zu finden.

Beiträge verzehnfacht Freiberufliche Hebammen gehören mit rund 8,50 Euro Stundenlohn im Schnitt nicht gerade zu den Spitzenverdienern im Land. Nach Angaben des Vereins Hebammen für Deutschland erzielen die rund 3.500 freien Geburtshelferinnen im Mittel nur wenig mehr als 23.000 Euro Umsatz im Jahr und bestreiten davon neben Steuern und Sozialversicherungen auch Praxismieten, Fahrtkosten und eben Versicherungen. Wer sich die Entwicklung der Prämien für die Haftpflichtversicherungen anschaut, kommt leicht ins Grübeln. Die Beiträge haben sich in zehn Jahren verzehnfacht, von rund 450 Euro im Jahr 2002 auf rund 4.250 Euro im Jahr 2012. In diesem Jahr könnte die Marke von 5.000 Euro fallen (siehe Grafik), denn für 2014 und 2015 haben die Versicherer wegen hoher Schaden- und Regressrisiken bereits wieder deutliche Steigerungen angekündigt. Die beiden großen Fachverbände, der Deutsche Hebammen Verband (DhV) und der Bund freiberuflicher Hebammen Deutschlands (BfHD), stehen der Entwicklung machtlos gegenüber, haben doch bisher al-



le Appelle und eine erfolgreiche Onlinepetition mit inzwischen mehr als 358.000 Unterstützern nicht gefruchtet. Das Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) vergangene Woche im Gesundheitsausschuss kurzfristige Lösungen zumindest angedeutet hat, bessert die Stimmung der Fachfrauen derzeit nicht. „Das Problem ist doch seit Jahren bekannt und nichts hat sich getan. Meine Zuversicht ist deswegen schaumgebremst“, monierte die BfHD-Vorsitzende Ruth Pinno. Beim BfHD läuft der Gruppenrahmenvertrag mit dem Versicherungskonsortium (Nürnberg 50 Prozent, R+V 50 Prozent) Ende Juni 2014 aus, beim DhV (Versicherungskammer Bayern 50 Prozent, R+V 30 Prozent, Nürnberger 20 Prozent) ein Jahr später. Fällt eine Versicherung weg, verteilt sich die Haftungssumme auf die verbliebenen Unternehmen. Ob das Konstrukt dann noch trägt, ist fraglich. Zwar könnten Hebammen statt des Gruppen-

haftpflichtvertrags auch einen – noch teureren – Einzelvertrag abschließen. In einem Schadenfall, sagte Pinno, würde der Hebamme aber von der Versicherung sofort gekündigt und sie stünde ohne Job da. Viele Hebammen ziehen sich ohnehin schon reinenweise aus der Geburtshilfe zurück oder geben ganz auf. Seit 2010 sollen sich bereits rund 20 Prozent der Hebammen von der Geburtshilfe verabschiedet haben und bieten, wenn sie überhaupt in ihrem Beruf bleiben, nur noch Geburtsvorbereitungskurse oder eine Nachbetreuung an.

Haftungsobergrenzen Die Fachverbände schlagen Haftungsobergrenzen vor sowie einen Regressverzicht seitens der Sozialversicherungsträger. Der Minister wagte sich im Ausschuss noch nicht aus der Deckung und verkündete lediglich, alle Beteiligten seien sich ihrer Verantwortung bewusst. Das Ziel seien „stabile Gruppentarife“. Zudem werde, wie in der Vergangenheit schon, die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) die Tarifierhöhungen abfedern und sich an den Versicherungskosten beteiligen. So hofft Gröhe, erst einmal die im Sommer 2014 und 2015 drohenden Klippen zu umschiffen. Dann wäre Zeit gewonnen für langfristige Lösungen, wobei sich komplexe rechtliche Fragestellungen ergäben. So seien Schadenfälle zwar selten, was für die Qualität der Hebammen spreche, jedoch erreichten die Schadenssummen im Einzelfall ein enormes Ausmaß. Ferner müssten Gleichbehandlungskonflikte mit anderen Berufsgruppen vermieden werden. Erwartet wird noch der Bericht einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Lage der Hebammen. Wie heikel das Thema offenkundig ist, zeigt sich auch daran, dass die Nürnberger eine aktuelle Stellungnahme ablehnte und auf Anfrage nur Hintergrundmaterial zur Problematik verschickte. *Claus Peter Kosfeld*

»Wer soll das bezahlen?«

RENTENNIVEAU Pläne der Linken finden keine Mehrheit

Die Opposition hat erneut harsche Kritik an den Rentenplänen der Großen Koalition geübt. In der Debatte über zwei rentenpolitische Anträge der Fraktion Die Linke am vergangenen Freitag prallte diese Kritik jedoch an CDU/CSU und SPD ab, die ihrerseits der Linken vorwarfen, die Forderung nach sofortiger Erhöhung des Rentenniveaus sei vollkommen unrealistisch. Die Linke verlangte zum einen, dass das Rentenniveau von derzeit knapp 48 Prozent wieder auf mindestens 53 Prozent angehoben und dort dauerhaft stabilisiert wird (18/767). In einem zweiten Antrag setzt sie sich für die völlige Gleichbehandlung von Erziehungszeiten bei der Mütterrente ein (18/765). Dabei konstatierte Matthias W. Birkwald, Rentenexperte der Linken, zunächst, dass das geplante Rentenpaket „ein Schritt in die richtige Richtung“ sei. Das Entscheidende habe die Regierung jedoch vergessen, denn „an dem sinkenden Rentenniveau ändern Sie nichts“, lautete sein zentraler Vorwurf.

„Die Vorschläge der Linken gehen vollkommen in die falsche Richtung“, stellte Albert Stegemann (CDU) fest. Sie hätten zur Folge, dass die Rentenbeiträge kurzfristig massiv steigen müssten. „Das gefährdet die Grundlage unserer guten wirtschaftlichen Situation“, prognostizierte er. Er warf der Linken vor, ihre Forderungen würden 45 Milliarden Euro kosten. „Wer soll das bezahlen?“, fragte er.

Kein Konzept gegen Altersarmut Mit derselben Frage richtete sich der Rentenexperte der Grünen, Markus Kurth, auch an die Koalitionsfraktionen. Sein Vorwurf: „Ihre Politik fährt nach dem Motto: ‚nach uns die Sintflut.‘ Sie koste 160 Milliarden Euro bis 2030 und sei dennoch nicht geeignet, wirksam etwas gegen die Altersarmut von immer mehr Menschen zu tun. In dieser Legislaturperiode werde es keine ernsthaften Maßnahmen gegen Altersarmut mehr geben, lautete seine Prophezeiung. Die geplante Lebensleistungsberechnung er als einen Tropfen auf den heißen Stein, denn nur weniger als ein Prozent der Rentner würden davon profitieren. Dagmar Schmidt (SPD) warf ihrerseits der Linken vor, „wunderschöne Forderungen ins Schaufenster zu stellen, nur kaufen kann man sie nicht“. Die Bundesregierung dagegen setze konkrete Verbesserungen für die Menschen um. Schmidt bewar vor allem die Rente ab 63 und die Auswirkungen eines bundesweiten Mindestlohns auf den späteren Rentenbezug. *Claudia Heine*



Schönes Rentnerleben. Bald vorbei oder beginnt es erst?

Zwei Mal innerhalb einer Woche hatte der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, im Februar dem Innenausschuss des Bundestages zu der Affäre um den früheren SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy Rede und Antwort gestanden. Er hatte den Abgeordneten erläutert, wie Edathys Name Mitte Oktober 2013 auf der Kundenliste eines kanadischen Kinderpornografie-Händlers entdeckt wurde, hatte von seinem damaligen Telefonat mit dem heutigen SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann berichtet, und die Wogen schienen schon weitgehend geglättet, jedenfalls was die Rolle des BKA in der Affäre betraf.

Um so größer war dann die Aufregung, als anschließend bekannt wurde, dass im BKA der Name eines führenden Beamten des Hauses bereits Anfang 2012 auf eben der Kundenliste gefunden worden war, auf der auch Edathy stand. Der Beamte war wegen des Besitzes von kinderpornografischem Material vom Dienst entfernt worden, doch hatte Ziercke dem Innenausschuss nichts von dem Fall berichtet. Nun hagelte es Rücktrittforderungen aus den Reihen der Opposition an die Adresse Zierckes, und Spitzenleute der Linken und der Grünen hielten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nur noch für eine Frage der Zeit. Auch Vertreter der Großen Koalition zeigten sich irritiert darüber, dass Ziercke im Innenausschuss den Kinderporno-Fall im eigenen Haus verschwiegen hatte, und in der Opposition wurde heftig bezweifelt, dass zwar der Name des BKA-Beamten auf der Kundenliste entdeckt worden sei, aber zunächst nicht der von Edathy.

Von Rücktritt keine Rede mehr Zu der von Linken und Grünen geforderten Sondersitzung des Innenausschusses in der ersten März-Woche kam es nicht; stattdessen erschien Ziercke vergangene Woche erneut vor den Abgeordneten, nunmehr zum dritten Mal in Folge. Danach war von Rücktrittsforderungen keine Rede mehr, auch wenn für Die Linke und die Grünen ihre stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jan Korte und Konstantin von Notz noch offene Fragen sahen. Man habe „viele Neues“ zu den Abläufen im BKA erfahren und „viele Schlüssiges“, sagte Korte nach der vierstündigen Sitzung des Ausschusses, und Notz sprach von „differenzierteren“ Antworten als bei den beiden vorangegangenen Sitzungen. Ein Untersuchungsausschuss stehe zwar „nach wie vor im Raum“, doch wolle man nun zunächst die Beantwortung weiterer Fragen zu dem Komplex abwarten. Keinen Grund für einen Untersuchungsausschuss sahen SPD-Fraktionsvize Eva Högl und der CSU-Innenexperte Stephan Mayer, die allerdings deutlich machten, dass sich die Koalition entsprechenden Forderungen der Opposition gegebenenfalls nicht widersetzen würde. Was das Bundeskriminalamt anbelangt, könne der Vorgang als beendet angesehen werden, sagte Mayer. Die Entdeckung des BKA-Beamten auf der Kundenliste sei ein „Zufallsfund im Rahmen der Grob-sichtung“ gewesen, wie Ziercke und seine Mitarbeiter dargelegt hätten; Anlass zur Annahme, dass Edathy bewusst geschont worden sei, bestehe nicht. Högl ergänzte, die zuständige BKA-Mitarbeiterin habe „sehr nachvollziehbar“ erklärt, wie es zu diesem Zufallsfund kam. Für sie, fügte Högl hinzu, „ist klar, wie der Fall abgelaufen ist“.

Persönlichkeitsrechte wahren Ziercke äußerte sich nach der Sitzung „einigermaßen erstaunt“ darüber, wie „kleinlaut“ die Opposition „nach diesen tollen Ankündigungen der Vergangenheit“ geworden sei; er sprach von „Verleumdung“ und zeigte sich „sicher, dass ich das Vertrauen meines Ministers weiter habe“. Er habe keine rechtliche Verpflichtung gehabt, dem Ausschuss



Die Leiter der Staatsanwaltschaft Hannover, Jörg Fröhlich, und der Generalstaatsanwaltschaft Celle, Frank Lüttig, sowie Niedersachsens Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne) im Innenausschuss (von links)

Justiz im Fadenkreuz

FALL EDATHY BKA-Chef Ziercke punktet im Innenausschuss, die Staatsanwaltschaft Hannover nicht

den Namen des BKA-Beamten zu nennen, in dessen Fall es „keine Verbindung zu der Grundfrage gibt: Wer hat wann was vom Fall Edathy gewusst“, argumentierte Ziercke. Zugleich verwies er auf seine Verpflichtung, die Persönlichkeitsrechte der Beamten zu wahren, der ein Strafverfahren gehabt habe und nicht mehr im Dienst sei: „Ich musste mich rechtlich so verhalten, wie ich mich verhalten habe“, sagte Ziercke. Högl assistierte, der BKA-Chef habe „absolut korrekt“ gehandelt, indem er diesen Fall dem Innenausschuss bisher nicht berichtet hat.

Kritik an Staatsanwaltschaft Während Ziercke, dem Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) nach der Ausschusssitzung sein „uneingeschränktes Vertrauen“ aussprach, also volle Rückendeckung von der Großen Koalition bekam, rückte die niedersächsische Justiz ins Zentrum der schwarz-roten Kritik. Zwei Stunden lang hatte der Ausschuss die niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne) sowie den Chef der Generalstaatsanwaltschaft Celle, Frank Lüttig, und Jörg Fröhlich, den Leiter der Staatsanwaltschaft Hannover, befragt, die das Ermittlungsverfahren gegen Edathy führt. „Wir haben uns fraktionsübergreifend wirklich redlich bemüht herauszufinden, warum ein so langer Zeitraum vergangen ist bei der niedersächsischen Justiz bis zur Eröffnung des Ermittlungsverfahrens“ gegen Edathy, betonte der Ausschussvorsitzende Wolfgang Bosbach (CDU) anschließend, doch hätten dies „die Vertreter der niedersächsischen Justiz leider nicht überzeugend erklären“ können.

Obwohl der Sachverhalt ermittelt gewesen sei und es eine rechtliche Bewertung der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt am Main gegeben habe, seien gut drei Monate vergangen, bis es die Hausdurchsuchung bei Edathy am 10. Februar gegeben habe. Bei einem so langen Zeitraum dürfe man sich anschließend nicht wundern, die gesuchten Beweismittel nicht gefunden zu haben.

»Überfordert und hilflos« Mayer hielt der niedersächsischen Justiz „erhebliche Pannen und Fehler“ vor, Högl bescheinigte der Staatsanwaltschaft Hannover, sie habe „deutlich überfordert und auch etwas hilflos“ gewirkt. Man habe im Ausschuss „keinerlei nachvollziehbare Erklärung“ bekommen, wieso die Staatsanwaltschaft nach dem Fund von Edathys Namen auf der Kundenliste dreieinhalb Monate lang „nahezu untätig geblieben“ sei. „Das wurde versucht zu rechtfertigen mit umfassenden sachlichen und rechtlichen Prüfungen“, was allen im Innenausschuss aber überhaupt nicht eingeleuchtet“ habe. Wie die Koalitionvertreter verwiesen indes auch Korte und Notz darauf, dass Fragen der niedersächsischen Justiz nicht Sache der Bundespolitik sind.

Vorgehen verteidigt Die niedersächsische Justizministerin verteidigte indes das Vorgehen der Staatsanwaltschaft Hannover; die öffentliche Kritik an dieser sei „wirklich überzogen“. Es gebe „keine Anhaltspunkte dafür, dass es hier zu wirklich schweren Ermittlungsfehlern gekommen wäre“, sagte Niewisch-Lennartz und bekräftigte, eine

„politische Einflussnahme“ auf das Verfahren gegen Edathy durch sie als Justizministerin werde es nicht geben. Staatsanwaltschaften müssten „sorgfältig ermitteln“ und „dabei die Interessen der Beschuldigten wahren“. Das sei in diesem Fall schwierig gewesen, weil viele Informationen ohne Betei-

ligung der Staatsanwaltschaft bereits in die Öffentlichkeit gelangt gewesen seien. Ähnlich äußerte sich die Grünen-Politikerin einen Tag später im Rechtsausschuss des niedersächsischen Landtages. „Die Staatsanwaltschaft in Hannover hat sich nicht als Kavalierie verstanden, sondern als Behörde,

die die Folgen für den Beschuldigten im Blick behalten hat“, sagte Niewisch-Lennartz. Die Ermittler hätten richtig gehandelt im Umgang mit dem Verdacht, Edathy könne Kinderpornografie besitzen. Jedem sei klar, dass bei einem solchen Thema nur der Verdacht ausreiche, um eine Existenz nach-



BKA-Chef Ziercke (l.) vergangene Woche mit dem Ausschussvorsitzenden Bosbach

gewesen. „Die Pressekonferenz war von der Tiefe der Informationen auch für mich überraschend“, sagte die Justizministerin. Immerhin habe Fröhlich bei seiner Aussage Mitte Februar eine öffentliche Beschreibung eines gegenwärtig noch als legal eingestuft Verhaltens abgegeben. Edathy selbst hat stets erklärt, kein strafbares Material besessen zu haben.

Ermittlungen gegen Friedrich Bereits am Dienstag vergangener Woche machte Bundesinnenminister de Maizière in der Edathy-Affäre den Weg für Ermittlungen gegen seinen Amtsvorgänger Hans-Peter Friedrich (CSU) frei, indem er der Berliner Staatsanwaltschaft dazu die Ermächtigung erteilte. Friedrich, der im Februar als Agrarminister zurücktrat, wird des Geheimnisverrats verdächtigt. Er hatte im Oktober 2013 während der Gespräche zwischen Union und Sozialdemokraten über eine Große Koalition SPD-Chef Sigmar Gabriel unterrichtet, dass Edathys Name bei Ermittlungen wegen Verdachts auf Besitz von Kinderpornografie auftaucht sei.

Der Bundesrat strebt derzeit ein Verbot des gewerblichen Handels von Kinder-Nacktaufnahmen an. Dazu brachten Thüringen und Hessen am Freitag einen Entschließungsantrag in die Ausschüsse der Länderkammer ein. Bayern kündigte einen eigenen Gesetzesentwurf an. Nach deutschem Recht ist es bisher nicht strafbar, Nacktaufnahmen von Kindern und Jugendlichen zu kaufen, die sie etwa beim Baden oder in der Sauna zeigen und auf Pädophile stimulierend wirken können. Helmut Stoltenberg/mt dpa

Löschen statt Sperren

INTERNET Das Fazit von Ulrich Kelber (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium, fällt positiv aus. Im Kampf gegen Kinderpornografie im Internet sei die Strategie „Löschen statt Sperren“ sehr erfolgreich, sagte Kelber vergangene Woche vor dem Ausschuss Digitale Agenda. Insgesamt 6.209 Hinweise auf Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten habe das Bundeskriminalamt (BKA) im Jahr 2012 erhalten. In 5.463 Fällen seien die jeweiligen Internet-Provider informiert worden, um eine Löschung der Inhalte zu erreichen. Im Inland, berichtete Kelber, sei innerhalb einer Woche eine Löschrquote von 98 Prozent erreicht worden, „nach zwei Wochen waren alle gemeldeten Inhalte gelöscht“. Bei Inhalten aus dem Ausland sei eine Löschrquote von mehr als 97 Prozent innerhalb von vier Wochen erreicht worden. Die Differenz zwischen der Zahl der eingegangenen Hinweise (6.209) und den weitergeleiteten Hinweisen (5.463) begründete der Parlamentarische Staatssekretär zum einen mit der Nutzung von Anonymisierungsdiensten durch die Anbieter. Zum anderen habe man darauf verzichtet, die Behörden in jenen Ländern zu informieren, in denen den Anbietern die Todesstrafe drohen könnte. In diesen Fällen habe man ein Indizierungsverfahren eingeleitet. hau

»In Deutschland geboren und aufgewachsen«

STAATSBÜRGERSCHAFT Die geplante Abschaffung der Optionspflicht für Zuwandererkinder sorgt weiter für Streit

Wer Deutscher ist oder bleibt, scheint vor allem davon abzuhängen, was man darunter versteht, in Deutschland „aufgewachsen“ zu sein. Darauf jedenfalls konzentriert sich derzeit der Streit um den Optionszwang für Zuwandererkinder mit doppelter Staatsbürgerschaft. Bislang müssen sich hierzulande geborene Kinder ausländischer Eltern, die bei der Geburt zunächst den deutschen und einen anderen Pass bekommen, bis zum 23. Geburtstag zwischen beiden Nationalitäten entscheiden. Wer sich nicht festlegt, verliert die deutsche Staatsangehörigkeit. Im schwarz-roten Koalitionsvertrag wurde vereinbart, diese Optionspflicht „für in Deutschland geborene und aufgewachsene“ Kinder abzuschaffen. Eine entsprechende Vorlage des Bundesinnenministers sieht vor, dass Betroffene beide Pässe behalten dürfen, wenn sie einen Schulabschluss in Deutschland gemacht oder hier mindestens zwölf Jahre gelebt haben, davon mindestens vier zwischen dem zehnten und 16. Lebensjahr.

»Deutsche auf Probe« Für die Opposition sind das unzulässige Einschränkungen. Der Referentenentwurf aus dem Innenministerium, der derzeit innerhalb der Regierung abgestimmt wird, sei kein „Optionspflicht-Ab-

schaffungsgesetz, sondern ein Optionspflicht-Verlängerungs- und Kompliziertheitsgesetz“, kritisierte der Grünen-Innenexperte Volker Beck vergangene Woche im Bundestag. Viele Ausnahmen führten dazu, dass auch in Deutschland geborene Jugendliche die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren würden. Dies sei „grober Unfug“ und ein „bürokratisches Monstrum“. Es dürfe nicht länger „Deutsche auf Probe“ geben.

So denkt auch Die Linke. Ihre Abgeordnete Petra Pau verwies darauf, dass Die Linke schon immer gegen die Optionspflicht gewesen sei und für eine „generelle Hinnahe von doppelten Staatsangehörigkeiten“. Im Kern gehe es bei der Optionspflicht darum, dass junge Deutsche mit türkischen Wurzeln sich entscheiden müssten zwischen „Wir oder Ihr“, dies sei „falsch“. Union und SPD hätten eine Lösung versprochen, doch gebe es nun Streit um eine Bundesratsinitiative.

Diese Initiative wird von drei rot-grün beziehungsweise grün-rot regierten Ländern getragen und will erreichen, dass alle in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern zwei Pässe besitzen dürfen, auch wenn sie nicht hier aufgewachsen sind. Dies hatte zu Streit auch innerhalb der SPD geführt. Pau sagte dazu, wenn die Große Koalition glaube, ihr Einfluss im Bund sei so groß, dass sie Landesregierungen „vorschreiben“ könne, was sie im Bundesrat zu tun hätten, könne sie auch gleich „den Föderalismus aus dem Grundgesetz“ streichen und die „Demokratie ebenso“. Unions-Fraktionsvize Thomas Stöbl (CDU) unterstrich, es müsse sichergestellt werden, dass nur diejenigen eine doppelte Staatsbürgerschaft erhalten, die auch Verbindungen zu Deutschland hätten. Wenn

etwa türkische Eltern eine hier geborene Tochter in die Türkei auf eine Koranschule schicken und mit 15 Jahren verheirateten und das Mädchen „nullkommanull“ Identifikation mit Deutschland habe, solle dies nicht mit der deutschen Staatsbürgerschaft „honoriert“ werden. Für die SPD-Fraktion stelle ihre stellvertretende Vorsitzende Eva Högl klar, die Große Koalition werde die Optionspflicht „abschaffen“. Es sei „ein offenes Geheimnis“, dass man innerhalb der Koalition um die Formulierung „und aufgewachsen“ ränge – man werde aber eine „vernünftige Lösung“ vorlegen. Den Landesregierungen könne man Initiativen nicht verwehren, für die SPD in Bund und Ländern gelte aber der Koalitionsvertrag. Der Gesetzesantrag von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zur „Aufhebung der Optionsregelung“ wurde am Freitag im Bundesrat ohne Aussprache an die Ausschüsse überwiesen; seine Erfolgchancen gelten indes als sehr gering. suk/sto



Dauer-Streitthema Doppelpass

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@ds-parlament.de
www.das-parlament.de

DasParlament
Zurück an die Arbeit

Über Ihre Zeit, die Stellung des Landes zu übernehmen

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Bundeswehrosoldaten im Rahmen der EU-Ausbildungsmission in Mali

Zahl syrischer Flüchtlinge steigt

MENSCHENRECHTE Die Anzahl der syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge, die auf Hilfeleistungen der Welthungerhilfe („World Food Program“ WFP) der UNO angewiesen sind, steigt. Das WFP rechnet damit, diesen Monat 4,25 Millionen Menschen versorgen zu müssen. Das sagte vergangene Woche der WFP-Regionaldirektor für die Syrienkrise, Muhammad Hadi, im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages. Im Januar habe man noch 3,6 Millionen Menschen versorgen müssen, im gleichen Zeitraum des Vorjahres seien es nur 1,5 Millionen Menschen gewesen. Und für die Zukunft reche man mit noch höheren Zahlen. Deshalb brauche das WFP dringend weitere finanzielle Unterstützung, sagte Hadi, sonst müssten die Nahrungsmittelhilfen bald gekürzt werden. Momentan verteile das WFP Nahrungsmittelhilfe an bald 4,25 Millionen Menschen, 240.000 Kinder bekommen zusätzliche Rationen, die oft mit Bildungsangeboten gekoppelt seien. Damit wolle man eine „verlorene Generation“ verhindern, sagte Hadi. Rund 15.000 Schwangere und Stillende bekämen zusätzliche Nährstoffe. Grundsätzlich würden viele Nahrungsmittelhilfen über Gutscheine erfolgen. Das lasse den Menschen ihre Würde und stabilisiere durch die Investitionen in die dortige Wirtschaft zugleich die Nachbarländer. Diese seien mit dem Zustrom an Flüchtlingen überfordert. *jbb*

Ausnahmen von der Regel

AUSLANDSEINSÄTZE Kommission soll Mandatierungspraxis prüfen, Opposition sieht Parlamentsrechte bedroht

Was bedeutet eine zunehmend gemeinsame europäische Verteidigungspolitik für die Parlamentsbeteiligung? Über eine Kommission, die das überprüfen soll, ist es am vergangenen Freitag im Bundestag zu einer heftigen Kontroverse gekommen. Nach den Vorstellungen der Koalitionsfraktionen sollen der „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ 16 Mitglieder angehören, von denen sieben von der CDU/CSU, fünf von der SPD und je zwei von der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen benannt werden. Ihre Vorschläge soll die Kommission binnen Jahresfrist erarbeiten und dem Parlament zur Entscheidung vorlegen. Die beiden Oppositionsfraktionen erklärten sich jedoch nicht bereit, bei einer solchen Kommission mitzumachen. Über den entsprechenden Antrag der Koalition (18/766) sowie einen Gegenantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/775) zur Einrichtung einer Kommission mit einem weiteren Auftrag werden nun, so beschloss es das Plenum, die Ausschüsse weiterberaten. In der Debatte erläuterte Niels Annen (SPD), die Kommission solle „Vorschläge erarbeiten,

wie bei fortschreitender Integration der Parlamentsvorbehalt gesichert werden kann“. Diesen Vorbehalt hatte das Bundesverfassungsgericht mit mehreren Entscheidungen festgelegt. Er besagt, dass die Bundesregierung nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Bundestages Soldaten zu bewaffneten Einsätzen ins Ausland schicken darf. Annen wies nun darauf hin, dass es in Europa und in der NATO einen Trend zu integrierten Stäben gibt, die internationale Aktivitäten befehlen. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz von 2005 gebe keine Antwort auf die Frage, ob und wie der Parlamentsvorbehalt bei der Entsendung deutscher Soldaten in solche Stäbe angewandt werden soll. Eine der Aufgaben der einzusetzenden Kommission solle es daher sein, dem Bundestag Vorschläge zur Regelung dieses Sachverhalts zu machen. Großen Wert lege Annen auf die Feststellung, dass die Arbeit der Kommission dazu dienen solle, die Parlamentsrechte zu stärken. „Für unsere Soldatinnen und Soldaten ist es wichtig zu wissen, dass dies hier der Ort ist, an dem über jeden Einsatz diskutiert und entschieden wird“, sagte Annen. „Ein wichtigeres Signal zur Unterstützung der schwierigen Arbeit der Bundeswehr kann es nicht geben.“



»Ihre politische Absicht ist es, den Parlamentsvorbehalt zu relativieren.«
Frithjof Schmidt (Grüne)

Redner der Opposition lasen allerdings aus dem Koalitionsantrag heraus, dass die Kommission den Auftrag bekommen solle, „Parlamentsrechte zurückzunehmen“, wie Wolfgang Gehrcke (Die Linke) formulierte. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende äußerte angesichts der Ukraine-Krise die Befürchtung, dass Europa wieder in „eine Phase des Kalten Krieges, mindestens der Aufrüstung“ zurückkomme. „Vor diesem Hintergrund Parlamentsrechte abbauen zu wollen, ist einfach unverantwortlich.“

Transparenz Gehrcke äußerte zwar sein Bedauern, dass der Parlamentsvorbehalt bisher keinen einzigen Auslandseinsatz verhindert habe. Sein Wert liege aber in der dadurch herbeigeführten Transparenz und, wie Gehrckes Fraktionskollege Alexander Neu ergänzte, in der namentlichen Abstimmung: „Keiner der Volksvertreter hier im Haus kann sich gewissermaßen anonym verstecken. Jeder muss Gefahr laufen, in seinem Wahlkreis, in seinem Kreisverband Rede und Antwort stehen zu müssen.“ Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt die Kommission in der von der Koalition vorgeschlagenen Version ab. „Ihre politische Absicht ist es, den Parlamentsvorbehalt zu relativieren“, kritisierte Frithjof Schmidt. Er bezeichnete es zudem als schlechten Stil, dass die Opposition aus der Presse von der geplanten Kommission und sogar schon ihrer „ausguckten“ Führung erfahren habe, nämlich dem früheren Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) als Vorsitzendem und dem ehe-

maligen Verteidigungs-Staatssekretär Walter Kolbow (SPD) als Stellvertreter. „Spiegel-Online grüßt das ahnungslose Parlament“, bemerkte Schmidt dazu. An die Kollegen aus der Koalition gerichtet erklärte aber Schmidt die Bereitschaft, über eine ergebnisoffene Enquete-Kommission zu reden. Umgekehrt erklärten sich Redner der Koalitionsfraktionen bereit, in den Ausschussberatungen auf Vorbehalte der Grünen einzugehen. So unterstützte Andreas Schockenhoff (CDU) deren Vorschlag, der Kommission Sachverständige zur Seite zu stellen.

An ihrem Auftrag wollte er allerdings nicht rütteln lassen. Es sei Ziel der Koalition, die „Integration der europäischen Verteidigungspolitik voranzubringen“, erklärte Schockenhoff. Die Kommission solle „Handlungsoptionen erarbeiten“, wie bei der Ausgestaltung der Parlamentsbeteiligung „der fortschreitenden Integration Rechnung getragen werden könnte“. „Wenn Europa seine Interessen wahr und seiner Verantwortung in der globalisierten Welt auch künftig nachkommen will“, werde es einen „wirksamen militärischen Beitrag leisten müssen.“ *Peter Stützel*

STICHWORT

AUSLANDSEINSÄTZE – Das letzte Wort haben die Abgeordneten

> Beteiligung Soll die Bundeswehr in einen bewaffneten Auslandseinsatz geschickt werden, liegt die letzte Entscheidung beim Bundestag. Diesen Grundsatz legte das Bundesverfassungsgericht 1994 fest, und so wurde es schließlich 2005 im Parlamentsbeteiligungsgesetz fixiert.

> Angaben Die Bundesregierung hat den Bundestag über den Einsatzauftrag, das Einsatzgebiet, die rechtlichen Grundlagen, die Höchstzahl der einzusetzenden Soldaten, die Fähigkeiten der einzusetzenden Streitkräfte, die Dauer des Einsatzes sowie dessen voraussichtliche Kosten zu informieren.

> Vereinfachte Zustimmung Bei Einsätzen von „geringer Intensität und Tragweite“ kann die Zustimmung in einem vereinfachten Verfahren erteilt werden.



Hürdenlos nach Straßburg

WAHLRECHT Sperrklausel bei Europawahl unzulässig. Wankt nun auch die Fünf-Prozent-Hürde?

Bei der Europawahl 2009 galt in Deutschland noch die Fünf-Prozent-Sperre. Die Stimmen von 2,8 Millionen Wählern fielen unter den Tisch. Das entsprach 10,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. In einem ersten Urteil kippte das Bundesverfassungsgericht 2011 diese Hürde. Sie verletze die Gleichheit der Wahl. Die übliche Rechtfertigung von Prozenthürden, dass so die Funktionsfähigkeit des Parlaments gesichert werde, passe bei Europawahlen nicht. Im EU-Parlament seien ohnehin 162 Parteien vertreten, die sich aber zu sieben Fraktionen zusammenfinden. Es sei gut möglich, dass auch zusätzliche deutsche Kleinparteien integriert werden. Außerdem, urteilten die Richter, wählte das Europaparlament keine Regierung, die auf seine kontinuierliche Unterstützung angewiesen ist. Vielmehr werde häufig mit wechselnden Mehrheiten abgestimmt. Der Bundestag beschloss einige Monate später mit den Stimmen von Union, SPD, Grünen und FDP eine Drei-Prozent-Hürde für Europawahlen. Mit der Begründung: Die Aufstellung von EU-weiten Spitzenkandidaten führe dazu, dass sich nach der Wahl auch im Europaparlament eine feste Mehrheit und Minderheit gegenüberstehen werde. Nun aber urteilten die Richter: Wenn die Funktionsfähigkeit des Europaparlaments

durch ein paar Kleinparteien aus Deutschland nicht bedroht ist, dann sind alle Prozenthürden unzulässig. Das Urteil fiel mit fünf zu drei Richterstimmen. Peter Müller (Ex-CDU-Ministerpräsident des Saarlands) schrieb als Stimme der Minderheit ein Sondervotum. Nach seiner Meinung hätte Karlsruhe von einer Funktionsgefährdung des EU-Parlaments ausgehen müssen. Vertreter der etablierten Parteien warfen den Verfassungsrichtern daraufhin vor, sie degradieren das Europaparlament zu einer Volksvertretung zweiter Klasse und ebneten Rechtsradikalen den Weg. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) kritisierte,

das Urteil sei „rechtlich umstritten, politisch nicht hilfreich und weise auf einen Europa-Skeptizismus in den Reihen des Verfassungsgerichts hin.“

Hoffnung auf Mandate Wenn bei der Europawahl am 25. Mai die 96 deutschen Abgeordneten gewählt werden, können nun nach den Rundungsregeln von Sainte-Laguë/Schepers schon 0,6 Prozent der Stimmen für ein Mandat genügen. Der Wegfall der Hürde dürfe zumindest drei zusätzlichen Parteien Mandate bringen: Bei der Bundestagswahl 2013 erzielten die Piraten 2,2 Prozent, die NPD 1,2 Prozent und die Freien Wähler 1,0 Prozent. Der Linken-Vorsitzende Bernd Riexinger lobte das Karlsruhe Urteil. Er forderte zugleich eine Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen. Dabei seien zuletzt auch rund 16 Prozent der Stimmen unter den Tisch gefallen. Um ein neues Karlsruher Urteil zu verhindern, empfahl Hans-Jürgen Papier, Ex-Präsident des Bundesverfassungsgerichts, die Fünf-Prozent-Hürde im Grundgesetz zu verankern. Unions-Vizefraktionschef Thomas Strobl griff den Vorschlag auf. Doch die Spitzen der Großen Koalition sahen hierzu bislang keine Notwendigkeit, schließlich hätten die Verfassungsrichter die Sperrklausel bei Bundestagswahlen gar nicht in Frage gestellt. *Christian Rath*



Das Bundesverfassungsgericht hält die Drei-Prozent-Hürde für verfassungswidrig.

Der Autor arbeitet als verschiedene Tageszeitungen.

FÜNF FRAGEN ZUM: Urteil gegen Drei-Prozent-Hürde



MANUEL SARRAZIN
Europapolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Sarrazin, Karlsruhe hat die Drei-Prozent-Hürde bei der Europawahl für verfassungswidrig erklärt mit der Begründung, sie verstöße gegen die Wahlrechtsgleichheit und Chancengleichheit der Parteien. Teilen Sie die Auffassung des Gerichts?
Ich akzeptiere das Urteil, glaube aber, dass es negative Auswirkungen auf die europäische Demokratie haben wird. In der Folge werden von deutscher Seite deutlich mehr Parteien ins Europäische Parlament (EP) einziehen als bisher.

Warum ist das ein Problem? Im Europaparlament gibt es doch schon jetzt sehr viele Parteien.
Deutschland hat von allen EU-Mitgliedstaaten den größten Anteil an Sitzen im EP. Gegenwärtig sind es 99, ab Mai werden es 96 sein. Deshalb trägt es eine besondere Verantwortung, zu einer funktionsfähigen Zusammensetzung des EP beizutragen. Viele kleine Parteien und fraktionslose Abgeordnete erschweren die Mehr-

heitsfindung. Eine zunehmende Zersplitterung begünstigt außerdem Große Koalitionen.

Die Richter haben auf die Unterschiede zwischen EP und Bundestag verwiesen. Das EP wähle keine Regierung, eine gleichbleibende Mehrheit bei der EU-Gesetzgebung sei nicht notwendig. Verkennt das Gericht die Bedeutung des Europaparlaments?
Ich finde die Argumentation der Richter wenig überzeugend. Mein Blick auf das Europäische Parlament ist ein anderer: Es hat sich insbesondere in den vergangenen fünf Jahren sehr verändert und durch den Vertrag von Lissabon massiv an Einfluss gewonnen. Es kann inzwischen in vielen Gesetzgebungsbereichen mitentscheiden und hat eine zentrale Rolle bei der Wahl des Kommissionspräsidenten zugesprochen bekommen.

Das reichte den Richtern aber offenbar nicht aus, um eine neue Qualität in der Arbeit und Funktionsweise des EP zu erkennen.
Die Fragen stellte Johanna Metz.

Leider ja. Dabei ist der einzelne Abgeordnete im Europäischen Parlament sogar noch bedeutsamer als im Bundestag. Die Arbeit in Brüssel und Straßburg läuft viel mehr über Berichterstatter, über einzelne Personen, und nicht so stark über Fraktionen wie im Bundestag. Deshalb halte ich es für noch viel wichtiger, die Abgeordneten auf europäischer Ebene sorgfältig auszuwählen.

Nach dem Urteil werden Forderungen laut, die Fünf-Prozent-Hürde bei den Bundestagswahlen auch abzuschaffen. Ist das die richtige Konsequenz?
Ich halte Sperrklauseln für wichtig, egal ob bei Bundestags- oder Europawahlen. Aber es ist klar, dass interessierte Kreise nun Schlussfolgerungen ziehen. Das Urteil gibt einen solchen Schluss jedoch nicht her: Die Richter betonten darin ja ausdrücklich, dass das EP als Parlament nicht die gleiche Qualität besitzt wie der Bundestag.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



»Runde Tische in der Ukraine«

KRIM-KRISE Verdruss gegenüber Russland – ja, Kalter Krieg – eher nein. Der Osteuropa-Experte Ewald Böhlke über wechselseitige Fehlwahrnehmungen im Ukraine-Konflikt

Herr Böhlke, warum hat der Streit um die Ukraine eine so große Bedeutung?

Der Ukraine-Konflikt ist eigentlich ein typischer Konflikt, wie wir ihn hundertfach in Europas Geschichte kennen – einschließlich der Fehlwahrnehmungen auf allen Seiten. Das führt dann zu einer Art Kindergartenpolitik: Man freut sich, wenn man den Sandkasten des anderen zerstören kann. Russland geht dahin zurück mit seiner Aktion auf der Krim, aber auch wir sind nicht ganz frei von diesem Denken. Das ist keine moderne Politik. Wir leben im 21. Jahrhundert, wir sind eng vernetzte Gesell-

halte ich für hochgefährlich. Das wäre in der Tat eine Situation wie vor dem Ersten Weltkrieg, wo man in den Hauptstädten außenpolitische Kettenreaktionen startete in der Annahme, das Großmachtssystem Europas sei belastbar.

Warum ist Russland der Einfluss in der Ukraine eigentlich so wichtig?

Man muss wissen, dass die Kiewer Rus als mittelalterliches Großreich aus einer epochalen Entscheidung hervorgegangen ist, der Frage nämlich, ob man sich dem muslimischen oder dem orthodoxen Glauben zuwendet. Diese gemeinsame Geschichte verbindet Russen, Weißrussen und Ukrainer bis heute. Die Kiewer Rus lag zudem im Spannungsfeld zwischen Byzanz und dem Nowgoroder Norden, der am regen Handel im Ostseeraum teilnahm. Beide Pole, Westen und Osten, Europa und Asien, bildeten die eigentliche Grundlage der Reichsidee

„ Die Einsicht aus den Schrecken des 20. Jahrhunderts kann doch jetzt nicht sein, in ein Muster wechselseitiger Drohungen zu verfallen und das über die Ukraine auszutragen. „

schaften, denen man nicht mit der Einflusssphärenpolitik des 19. Jahrhunderts kommen kann.

Manche sprechen bereits von der Wiederkehr des Kalten Krieges. Sind das Übertreibungen oder realistische Szenarien?

Der Kalte Krieg war ein Krieg im Sinne einer Blocklogik unter den Bedingungen der gegenseitigen atomaren Bedrohung. Davon kann heute keine Rede sein und wir müssen solche Begrifflichkeiten auch mal ablegen. Ja, es gibt großen Verdruss gegenüber Russland, es wird aber andererseits in den Weltmärkten neue Beziehungen und intensive Verflechtungen mit Russland geben. Putin ist es im Augenblick ziemlich egal, welches Bild er in Westeuropa abgibt. Der Grund ist relativ einfach: Er sieht gute Chancen, sein Land mit Blick auf Asien und den Nahen Osten neu aufzustellen. Das Wort des Westens ist für Putin nur ein Wort unter vielen. Wir müssen darüber nachdenken, ob das eine berechtigte Konzeption ist oder ob es in unserem Interesse ist, dass Russland seine im Kern europäische Orientierung behalten sollte.

Ist der Westen im Fall der Ukraine zu zurückhaltend, muss er womöglich eine Sprache finden, die Putin versteht?

Wer glaubt, man könne Moskau wirksam isolieren, der übersieht die umfassende Vernetzung zwischen Europa und Russland. Das betrifft eben nicht nur die Wirtschaft, das betrifft die Zusammenarbeit in der Wissenschaft, Austauschprogramme, die Arbeit zwischen NGOs, Städtepartnerschaften und so weiter. Mit Metternich-Methoden in diese vernetzte Gesellschaften hineinzugrätzen,

Russlands und sie prägen das russische Selbstverständnis bis heute. Sewastopol auf der Krim war mehr als 200 Jahre im russischen Einflussgebiet, beginnend unter der Herrschaft Katharina der Großen, die sich dabei auch auf die Saporoger Kosaken stützen konnte. Deren nie verwirklichter „Kosakenstaat“ gilt wiederum als wichtiger historischer Anknüpfungspunkt der ukrainischen Nation. Es gibt ein berühmtes Bild des russischen Malers Ilja Repin, das die Saporoger Kosaken beim Verfassen eines deftigen Briefes an den türkischen Sultan zeigt, der ihre Unterwerfung gefordert hatte. Man kann darin in vielen Motiven den Maidan wiederfinden, die Kommunardenkultur, das Basisdemokratische, die selbstbewusste Auflehnung gegen eine als fremd empfundene Herrschaft.

Hat die EU das Interesse Moskaus am Einfluss in der Ukraine unterschätzt – unabhängig von der Frage, ob man diesen Anspruch des Kremls für gerechtfertigt hält?

Es gab von 1998 bis 2013 ja unterschiedlich intensive Prozesse und Versuche, ein Abkommen zwischen der EU und der Ukraine zu schließen. Besonders intensiv wurde das in den vergangenen Jahren im Lichte der Georgienkrise im Jahre 2008. Und das Fatale ist, dass wir in eine Situation gekommen sind, in der sich die russische und die europäische Seite sozusagen um eine Braut prügeln und im Eifer des Gefechts gar nicht mitbekommen, dass die Braut am Boden liegt. Mich irritiert zudem eine Vielzahl von Oberflächlichkeiten. Das fängt bei der Frage an, wer unsere Partner in der Ukraine sind. Die Europäische Union ist ein Projekt des Integrationsprozesses zwischen Demokra-



ZUR PERSON

Ewald Böhlke ist seit 2013 Direktor des Berthold-Beitz-Zentrums, das als Kompetenzzentrum für Russland, die Ukraine, Weißrussland und Zentralasien bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) fungiert. Böhlke, ein promovierter Philosoph, war lange Jahre als Wissenschaftler in der Zukunftsforschung der Daimler AG tätig.

Abbildung unten: Ausschnitt aus Ilja Repins Gemälde „Die Saporoger Kosaken schreiben dem türkischen Sultan einen Brief“ (1880-1891). Die Saporoger Kosaken gelten als historischer Bezugspunkt einer eigenständigen ukrainischen Staatlichkeit.

sen. Das System ist so korrupt, dass man es von der Wurzel her verändern muss – so sahen das die Studenten. Die Forderung hat sich auch deshalb nicht durchgesetzt, weil es aus Janukowitschs Partei aber eben auch aus den früheren Oppositionsparteien, die jetzt am Ruder sind, heißt: Die Abgeordnetensitze waren zu teuer, man will sie nicht aufgeben. Jetzt hat man sich auf Janukowitsch als Spitzbuben geeinigt. Das verweist auf ein großes Problem der Ukraine – auf oligarchische Strukturen und auf eine selektive Rechtsprechung. Beides gehört untrennbar zusammen. An diesem Grundproblem hätte übrigens auch eine Aufhebung des Urteils gegen Julia Timoschenko, wie das auf EU-Seite damals gefordert wurde, nichts geändert. Oligarchen meinen stets, ihre Gegner so schlagen zu müssen, bis diese auf der Erde liegen. Das ist nie ein Wettbewerb, nie ein Diskurs, nie ein Dialog oder der Versuch eines Interessensausgleichs. Und das spiegelt sich eben auch im Umgang im Parlament in Kiew.

Hätten die Außenminister aus Deutschland, Frankreich und Polen Ende Februar bei Ihren Verhandlungen in Kiew viel stärker auf den Zettel nehmen müssen, was mit der Ukraine bei einem plötzlichen Machtvakuum passiert?

Da wird den Dreien unrecht getan. Es ging ihnen darum, in einer ganz bestimmten Situation eine fürchterliche Eskalation zu verhindern. Dass Janukowitschs Administration auseinanderfallen würde, war nicht absehbar. Im Übrigen: Umbrüche sind nicht planbar. Wer Umbrüche für planbar hält, der meint eigentlich Transformation.

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine ist eine Einladung der EU an die Ukraine zu einer solchen Transformation. Hat man das gespaltene Land damit überfordert? Ein Beispiel: Eine EU-Studie empfahl etwa die Schließung von fast 30 Kohlegruben im Donbass, also im russischsprachigen Teil der Ukraine, binnen weniger Jahre.

Ökonomisch gesehen war der Kohleabbau im Donbass schon in den 1980er Jahren ein Desaster. Das ist auch heute noch so, im Vergleich etwa mit den sibirischen Abbaugeländen ist Kohle aus dem Donbass völlig überverteuert. Die andere Seite ist, dass man aus EU-Sicht riesige Folgekosten einer Assoziation von vornherein ausschließen wollte. Verstehen ich sehr gut, das ist eine pragmatische Beamtenentsicht. Aber bei solchen Verhandlungen muss die politische Dimension in den Blick genommen werden. So wie in Russland die Ukraine Chefsache ist, so muss die Ukraine eigentlich auch in der EU Chefsache sein. Das haben wir in Europa leider lange vernachlässigt.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

tionen – sie hat aber auf dem Maidan auch den ukrainischen Nationalismus mit all seinen fragwürdigen Facetten unterstützt, darunter Rechtsextreme im Umfeld der Partei „Swoboda“. Die Ukraine ist in ihrer heutigen Form ein Produkt Hitlers und Stalins und ein Ergebnis des Zweiten Weltkriegs. Es scheint oft so, als würden wir hier über das Mittelalter sprechen und über ein Land, mit dem etwa wir Deutsche wenig bis gar nichts zu tun gehabt hätten. Die Einsicht aus den Schrecken des 20. Jahrhunderts kann doch jetzt nicht sein, in ein Muster wechselseitiger Drohungen zwischen Europa und Russland zu verfallen und das über die Ukraine auszutragen.

Um mit einer Frage des russischen Disidenten Nikolai Tschernyschewski aus dem 19. Jahrhundert zu sprechen: Was tun? Wie ließe sich der Konflikt entschärfen?

Es gibt viele Möglichkeiten das zur organisieren, bevor man wechselseitig über eine weitere Verschärfung oder Einrichtung von Sanktionen spricht. Die Möglichkeiten werden bisher leider nicht ausreichend genutzt.

Die Konfliktparteien in der Ukraine gehören nach wie vor an einen Tisch – am besten unter gemeinsamer Begleitung von Russland und Europa im Rahmen der OSZE. Wir hatten mal einen KSE-Vertrag, der Rüstungsbeschränkungen in Europa durch gegenseitige Kontrolle ermöglicht hat. Alle Seiten akzeptieren diesen Ansatz eigentlich bis heute. Es gibt so viele konkrete Möglichkeiten, die Situation zu entschärfen. Das sind ganz praktische Fragen. Wer sind diese angeblichen Selbstverteidigungskräfte auf der Krim? Moskau sagt, es seien keine russischen Soldaten. Das erscheint mir sehr seltsam. Aber ein klares Bild, wer da ohne Abzeichen an den Uniformen agiert, das haben wir bis jetzt nicht, auch weil diese Kräfte Vertretern der OSZE bislang den Zugang verweigern.

Hat die neue Führung in Kiew das Zeug, Vertrauen im ganzen Land gewinnen?

Klug wäre es etwa, runde Tische in den Regionen der Ukraine zu ermöglichen, um die Zivilgesellschaft überhaupt einmal zu Wort

kommen zu lassen. Wir wissen nicht, was die ukrainischen Gewerkschaften denken, wir wissen nicht, was die Lehrerorganisationen denken, wir wissen nicht, was die Ärzteschaft denkt – wir wissen eigentlich oft gar nichts von der Ukraine. Unter Janukowitsch hatte die Zivilgesellschaft kaum eine Stimme, aber die Neuen in Kiew haben zunächst auch wieder über die Köpfe hinweg gesprochen – zum Beispiel bei der Frage, ob Russisch als zweite Amtssprache zurückgenommen wird. Auf der anderen Seite formuliert man im russischsprachigen Lager in der Ukraine den Anspruch auf Selbstständigkeit der Krim. Da sind die nächsten Konflikte schon vorprogrammiert: Charkow, Donezk und andere Regionen könnten an diesem Gebilde womöglich auch teilnehmen oder gar über einen Anschluss an Russland abstimmen wollen.

Ist die Korruption der womöglich größte Hemmschuh für die Ukraine als ihre kulturelle Spaltung?

Es war ja ursprünglich eine zentrale Forderung des Maidans, das Parlament aufzulö-

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Regierung: Schwarzarbeit wird effektiv bekämpft

Aus heutiger Sicht gibt es keine Überlegungen, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls personell besser auszustatten. Dies erklärte ein Vertreter der Bundesregierung in der Sitzung des Finanzausschusses vergangene Woche auf Fragen der Fraktionen, die wissen wollten, ob der derzeitige Personalbestand ausreichend sei. So verwies die Fraktion Die Linke auf Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), nach denen wesentlich mehr Stellen beim Zoll notwendig wären, um effektiv gegen die Schwarzarbeit vorgehen zu können. Nach Angaben der Bundesregierung sind beim Zoll derzeit 6.700 Mitarbeiter im Bereich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit tätig. Zum Ausgleich der Fluktuation würden 800 Nachwuchskräfte ausgebildet. Damit könne eine ausreichend präventive und repressive Tätigkeit ausgeübt werden. Diese Angabe beziehe sich aber auf den heutigen Aufgabenbestand. Sollten weitere Aufgaben übernommen werden müssen, etwa im Bereich künftiger Mindestlohnregelungen, müsse die Frage nach der Personalsituation wieder neu beantwortet werden. *hle*

Koalition drängt bei Lebensversicherungen

Die Bundesregierung hat noch keinen Zeitplan für das von ihr geplante Gesetz zur Stabilisierung der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften und zum besseren Schutz der Versicherten. Dies erklärte ein Vertreter der Bundesregierung vergangene Woche im Finanzausschuss. Derzeit werde überlegt, den Verbraucherschutz bei den Lebensversicherungen und auch die Rolle der für die Versicherungen zuständigen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu stärken. Überlegt würden in diesem Zusammenhang auch Änderungen bei der Verwendung von Überschüssen und Bewertungsreserven. Die Bewertungsreserven waren aufgrund der Niedrigzinsphase stark angestiegen. Der noch vorzulegende Gesetzentwurf werde nach gegenwärtiger Einschätzung im Bundesrat zustimmungspflichtig sein. Sprecher der Koalitionsfraktionen sprachen sich dafür aus, den Gesetzentwurf möglichst bald vorzulegen, damit mit den parlamentarischen Beratungen begonnen werden könne. *hle*

GIZ-Mitarbeiter jetzt steuerpflichtig

Seit dem 1. Januar 2014 sind 1.430 Mitarbeiter der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) steuerpflichtig. Von der Besteuerung seien Mitarbeiter in 122 Ländern betroffen, heißt es in der Antwort der Bundesregierung (18/692) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (18/522). Nach Angaben der Bundesregierung ist es in der Entwicklungszusammenarbeit weltweit üblich, dass die Partnerländer auf die Leistungen der Geber keine Steuern und Abgaben erheben. In den geschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen hätten sich die Partnerländer verpflichtet, keine Steuern und Abgaben zu erheben. „Dies schließt die Besteuerung der Gehälter von entsandten Arbeitnehmern und Entwicklungshelfern, die aus deutschen Steuermitteln finanziert werden, durch die Entwicklungsländer aus“, schreibt die Regierung. Zwar würden Arbeitseinkommen für eine im Ausland erbrachte Tätigkeit in der Regel nicht zu den inländischen Einkünften zählen, steuerpflichtige inländische Einkünfte würden aber vorliegen, wenn das Gehalt aus einer inländischen öffentlichen Kasse gezahlt werde. Dazu schreibt die Regierung: „Hinsichtlich der Auslegung des Begriffs öffentliche Kasse bestand allerdings Rechtsunsicherheit.“ Diese Rechtsfragen seien mit den Ländern erörtert und das Ergebnis sei dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mitgeteilt worden. *hle*

Massive Problem bei Vergabe zentraler Steuernummern

Es gibt offenbar massive Probleme bei der Vergabe von Steuer-Identifikationsnummern. Nach Angaben der Linksfraktion gibt es Hinweise, dass zum 1. Dezember 2013 über 164.000 Steuer-Identifikationsnummern mehrfach vergeben worden sind. Die Fraktion will dem Problem mit einer Kleinen Anfrage (18/712) auf den Grund gehen. Die Bundesregierung soll angeben, wie viele Steuer-Identifikationsnummern stillgelegt wurden, nachdem sich herausgestellt hatte, dass sie doppelt vergeben worden waren. Weiterhin geht es um die Frage, ob Arbeitgeber von der Anwendung falscher Lohnsteuerdaten, die sie erhalten haben, Abstand nehmen können. *hle*



Auch auf dem Land wird der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben: Auf früheren Agrarflächen wird jetzt Sonnenstrom produziert.

Solarstrom gegen Putin-Gas

WIRTSCHAFT Die geplanten europäischen Klimaziele gehen der Opposition noch nicht weit genug

Nicht enden wollende Stürme und Fluten über den britischen Inseln bilden den Auftakt zu diesem Jahr, in dem die Europäische Union über ihre weiteren Klimaziele entscheiden will. Dass die zunehmende Zahl von Atlantikstürmen Folge des Klimawandels ist, steht für die Wissenschaft fest: „Gerade hat der britische Wetterdienst über die extremen Regenfälle und Stürme der vergangenen Tage und Monate einen Bericht veröffentlicht, in dem diese mit der globalen Erwärmung in Verbindung gebracht werden“, sagte Klimaforscher Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung in einem Interview. Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen sei in Großbritannien nichts Vergleichbares passiert. Vermutlich werden sich die 28 EU-Mitgliedsländer auf eine Minderung des Kohlendioxid-Ausstoßes bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 einigen. Mit dieser Festlegung will die EU dann in die Internationale Klimakonferenz in Paris 2015 gehen, auf der über neue globale Klimaziele beraten werden soll.

Opposition will mehr Den Grünen sind diese Ziele allerdings längst nicht ambitioniert genug. Sie fordern in einem Antrag (18/777) unter anderem eine Reduktion des Kohlendioxid-Ausstoßes bis 2030 um 55 Prozent. Zudem verlangen sie, anders als in der EU geplant, verbindliche europaweite Ziele auch für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für die Senkung des Ener-

gieverbrauchs. Die gab es bisher in dem „3x20“-Ziel von 2007: 20 Prozent CO₂-Reduktion, 20 Prozent mehr Energieeffizienz und 20 Prozent erneuerbare Energie bis 2020.

Strom sparen Im Bundestag, der den Antrag am Donnerstag debattierte und dann in die Ausschüsse überwies, warb Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter auch mit dem Kostenargument für verbindliche Ziele bei der Energieeffizienz: „Die billigste Kilowattstunde Strom ist die Kilowattstunde, die wir gar nicht benötigen.“ Als wichtiges Mittel, die Klimaziele zu erreichen, bezeichnete Hofreiter die Stärkung des EU-Emissionshandelsystems. Dazu schlagen die Grünen ein Bündel von Maßnahmen vor. „Es kann nicht sein, dass eine Tonne CO₂ nicht viel mehr kostet als eine Zigarettenschachtel“, sagte Hofreiter zur Begründung.

Bei den Koalitionsfraktionen stießen die Vorschläge auf einhellige Ablehnung. Die Grünen setzten „auf nationale Kleinstaaterei, auf staatlichen Zwang und planwirtschaftliche Instrumente, die immer nur zu weiteren Belastungen führen, aber sicher nicht im europäischen Sinne sind“, sagte Joachim Pfeiffer (CDU). Wolfgang Tiefensee (SPD) sekundierte: „Wir lehnen den Antrag ab, weil er die deutsche Energiewende unreflektiert in den Mittelpunkt einer europäischen Vereinbarung stellt.“ Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den europäischen Ländern blende der Antrag aus. Pfeiffer unterstützte im Gegensatz zum Antrag der Grünen die Absicht der EU-Kom-

mission, nur ein Klimaziel festzulegen, nämlich für den Ausstoß von Kohlendioxid: „Wenn die Lage so ist, wie gerade von Herrn Hofreiter am Beispiel Irlands beschrieben, dass der Weltuntergang unmittelbar bevorsteht“, dann müsse es doch richtig sein, alles an diesem einen Ziel festzumachen.

len EU-Partnern geteilt wird. Dirk Becker (SPD) brachte das so auf den Punkt: „Wenn Deutschland sagt, wir machen keine Vereinbarung mit, in der Kernenergie als Klimaschutzinstrument drinsteht, dann versagen uns die Briten im Gegenzug die Zustimmung zu den 40 Prozent.“ Becker verwahr-

Die Linksfraktion vertrat ähnliche Positionen wie die Grünen. Bei den auch von der EU-Kommission kritisierten Industrierabatten, die auf die Ökostrom-Abgabe nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gewährt werden, fordert die Linke allerdings noch deutlichere Einschränkungen als die Grünen. Das derzeitige System bedeute nichts anderes, sagte Caren Lay, „als dass beispielsweise der Hartz IV-Empfänger oder die alleinerziehende Mutter für den Braunkohlekomplex Vattenfall die Stromrechnung mitbezahlt“. Mit der von ihrer Partei vorgeschlagenen Beschränkung der Energieerzeugung würde eine durchschnittliche Familie 180 Euro Stromkosten im Jahr sparen, ohne dass die Ausbauziele für Erneuerbare Energien gefährdet würden.

Lays Fraktionskollege Alexander Ulrich forderte, dass Deutschland aus der europäischen Organisation Euratom aussteige und auch keine Hermes-Bürgschaften für den Bau von Atomkraftwerken anderswo in der Welt mehr gibt. Zudem kritisierte Ulrich Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) dafür, dass er jüngst im Kiew angefragt hat, die Ukraine könne Strom in die EU exportieren. Dieser Strom sei zu 90 Prozent mit Atomkraft und Kohle produziert, bemängelte Ulrich. Der Ukraine-Konflikt hatte schon Anton Hofreiter ein Argument für die Energiewende geliefert. Unter Hinweis auf die derzeit große Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland sagte der Grüne: „Wind und Sonne schicken uns keine Rechnung. Das System Putin schickt uns durchaus eine Rechnung.“ *Peter Stützel*



Klimawandelfolgen: Monstervellen rasten im Februar auf die britische Küste zu.

Die Grünen stören sich, ebenso wie die Linksfraktion, insbesondere daran, dass das CO₂-Ziel für sich genommen auch mit einem Ausbau der Kernenergie erreicht werden könnte. Doch Redner der Koalitionsfraktionen verwiesen darauf, dass die deutsche Haltung zur Kernenergie nicht von al-

te sich auch dagegen, der Bundesregierung die Schuld daran zu geben, dass in der EU-Vorlage nicht mehr als 40 Prozent als Reduktionsziel für den CO₂-Ausstoß stehen. „Dass da 40 Prozent überhaupt drinsteht, ist nicht gegen, sondern wegen Deutschland erreicht worden.“

Das EEG bekommt Gegenwind

WIRTSCHAFT Experten erkennen keinen Beitrag zum Klimaschutz. Probleme in der Forschung

Im Fußball würde man es eine Klatsche nennen. Während die Politiker intensiv über eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beraten, erklären Wissenschaftler es für komplett überflüssig. „Im europäischen Emissionshandelssystem führt das EEG nicht zu mehr Klimaschutz, sondern macht ihn nur teurer“, heißt es im Jahresgutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI, 18/760). Darüber hinaus, schreibt das von der Bundesregierung eingerichtete Gremium, hätten empirische Studien auch nicht nachweisen können, dass das EEG zu Innovationen führt. Eine Fortführung des EEG sei daher „weder aus Klimaschutzgründen noch durch positive Innovationswirkungen zu rechtfertigen“.

Die Bundesregierung wies diese Kritik nachdrücklich zurück. Das EEG habe sich als Instrument für die Markteinführung erneuerbarer Energien bewährt, sagte eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums. Bundeskanzlerin Angela Merkel verwies bei der Übergabe des Gutachtens am 26. Februar darauf, dass das EEG auch auf Drängen der Europäischen Union reformiert werde und sich so qualitativ verändere. Der Bundesverband Erneuerbare Energie erklärte, auf Basis des EEG hätten Mittelstand und Industrie weltmarktfähige Lösungen für ei-

ne nachhaltige Energieversorgung geschaffen. Deutlich kritisch ist das EFI-Gutachten auch in anderen Punkten. So bemängeln die Regierungsberater, dass die besten deutschen Wissenschaftler ins Ausland gingen und nicht mehr zurück kämen. Zwischen 1996 und 2011 seien 23.000 Forscher ins Ausland gegangen, aber nur 19.000 nach Deutschland gekommen. Mit dem Saldo von 4.000



Kanzlerin Merkel mit dem EFI-Gutachten

Abgewanderten liege Deutschland im internationalen Vergleich an 19. Stelle und deutlich hinter vielen anderen OECD-Staaten. Besonders problematisch ist aus Sicht der Gutachter, dass die abwandernden Wissenschaftler, gemessen an ihren Zitaten in Fachzeitschriften, besser seien als die zuwandernden. „Die Besten verbleiben an attraktiven Forschungsdestinationen im Ausland“, schreibt die Kommission. Sie fordert die Politik auf, eine gute Grundfinanzierung und eine exzellente Projektfinanzierung für die öffentliche Forschung sicherzustellen. Die Einwanderungsregelungen für ausländische Forscher und ihre Familien sollten deutlich erleichtert werden. Weiterhin kritisiert die Expertenkommission, dass Frauen im deutschen Innovationssystem unterrepräsentiert sind. Sie studieren seltener naturwissenschaftliche Fächer und seien seltener in Forschung und Entwicklung tätig als Männer. In Führungspositionen sei dieses Ungleichgewicht besonders stark. „Damit werden bedeutende Innovationspotenziale verschenkt“, heißt es im EFI-Gutachten. Eine stärkere Beteiligung von Frauen im Innovationssystem erhöhe „durch die damit einhergehende größere Diversität in Forschungs- und Führungsteams die Innovationsfähigkeit des Standorts Deutschland.“ *pst*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Bankenrettung ohne Steuerzahler

FINANZEN Die Steuerzahler sollen in Zukunft möglichst nicht mehr zur Rettung der Banken herangezogen werden. Darüber waren sich die Fraktionen des Bundestages in einer Debatte am Freitag einig, auch wenn über richtigen Weg und die Ausgestaltung der geplanten europäischen Bankenunion sowie des Banken-Abwicklungsfonds zwischen Koalitions- und Oppositionsfraktionen heftig gestritten wurde. Gerhard Schick (Grüne) erinnerte an das 2008 gegebene Versprechen, dass nie wieder Banken mit Steuergeld gerettet werden sollten. Das gehe aber bis heute ungebremst weiter, sagte er mit Blick auf aktuelle Rettungsmaßnahmen in den Niederlanden und in Österreich. Der Teufelskreis von Banken- und Staatsanleihen müsse durchbrochen werden. Schick warf der Bundesregierung vor, beim Abwicklungsmechanismus und dem Fonds für Banken in Brüssel auf dem Bremspedal zu stehen. Ein funktionierender Bankensektor sei extrem wichtig, betonte Hans Michelbach (CSU). Die Finanzmarktkrise habe gezeigt, dass die vorhandenen Instrumente unzureichend gewesen seien und die Steuerzahler Lasten hätten tragen müssen. Es sei viel getan worden; jetzt gehe es darum, systemrelevante Banken ohne Gefährdung der Finanzmarktstabilität abwickeln zu können. Dafür müssten eine Bankenaufsicht

und ein Abwicklungsmechanismus eingerichtet werden. Niemand stehe dabei auf dem Bremspedal, versicherte Michelbach. Für die Linke stellte Axel Troost die Existenz von Megabanken grundsätzlich in Frage. Daher müsse es zu einem grundlegenden Umbau des Finanzsektors kommen: Bankgeschäfte müssten auf Zahlungsverkehr, Einlagengeschäft und Finanzierung beschränkt werden. „Sonst werden wir den Tiger Finanzmarkt nicht reiten können“, sagte Troost. Erst wenn die Banken verkleinert würden, würden sie auch abwicklungsfähig werden. Auch Jens Zimmermann (SPD) sprach davon, dass der Teufelskreis von Staatsanleihen und Banken durchbrochen werden müsse. Die SPD-Fraktion habe immer eine funktionierende Bankenunion gefordert, „bei der klar ist, dass Risiko und Haftung zusammengehören und dass die Steuerzahler und Kleinsparer geschützt werden“. Ziel einer Bankenunion müsse sein, dass der Steuerzahler zum Schluss gar nicht mehr einspringen müsse. Ein Antrag der Grünen (18/774), in dem gefordert wird, den Bankenabwicklungsmechanismus (SRM) spätestens Anfang 2015 und damit zeitnah zur Europäischen Bankenaufsicht (SSM) einzurichten, wurde vom Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. *hle*



Dass Computer miteinander kommunizieren, gehört heute zum Alltag. Aber das Potenzial der Digitalisierung in der Wirtschaft ist noch viel größer – angefangen in der industriellen Produktion über die Dienstleistungen bis hin zum privaten Haushalt. Nicht nur Gründer, auch große Konzerne können von der Entwicklung profitieren. Selbst in der Automobilbranche ist keine Ende des Fortschritts in Sicht: So sei die Vernetzung des Autos mit unterschiedlichen Internet-Diensten zentrales Thema auf dem Genfer Autosalon gewesen, sagte Hansjörg Durz (CSU) in der Debatte des Deutschen Bundestags zu den Potenzialen der digitalen Wirtschaft am Donnerstag. Und Dieter Janecek (Grüne) sagte, das Auto der Zukunft werde ein „rollendes Rechenzentrum“ sein. Auch die Bundesregierung setzt voll auf den digitalen Wirtschaftsbereich: „Deutschland soll digitales Wachstumsland Nummer eins werden“, erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, Brigitte Zypries (SPD).

Akzeptierte Lösungsansätze Die Ausgangslage in Deutschland sei gut sagte Zypries. Und die Bundesregierung befinde sich im Gespräch mit allen relevanten Akteuren – von Gewerkschaften bis zu Nichtregierungsorganisationen (NGO). Man werde gemeinsam „innovative wie gesellschaftlich akzeptierte Lösungsansätze für die Datenwirtschaft und die private Online-Kommunikation erarbeiten“. Das hohe IT-Sicherheitsniveau solle weiter ausgebaut werden: „Sichere Informationstechnologie Made in Germany soll eines der Markenzeichen werden“, sagte Zypries. Bei der Unterstützung der jungen und innovativen Unternehmen und des Mittelstandes sollten aber auch die jungen Kreativen und Kulturschaffenden mit ihren Start-Ups einbezogen werden. Herbert Behrens (Linke) sagte, der Wert einer digital geprägten Welt werde daran zu messen sein, wie die Lebensbedingungen der Menschen verbessert werden: „Gute Ausbildung, gute Arbeit und ein gutes Leben sind unsere Maßstäbe für eine digital geprägte Welt von morgen – und zwar nicht nur im eigenen Land und Europa.“ Junge Menschen müssten anders ausgebildet werden, und ältere Menschen müssten Chancen auf Qualifizierung erhalten. Daher sei eine Bildungsoffensive notwendig: „Die Menschen sollen die digitalen Instrumente beherrschen und nicht von ihnen beherrscht werden“, sagte Behrens, der sich für eine bessere Förderung von Gründern und jungen Unternehmen aussprach.

Für die leichtere Bereitstellung von Risikokapital setzte sich Axel Knoerig (CDU) ein. Andere Länder seien in diesem Bereich weiter. Daher bestehe Handlungsbedarf. Private Finanzierungsformen wie das Crowdfunding sollten größere Bedeutung erhalten und könnten zu einer alternativen Finanzierungsmöglichkeit werden. Beim Crowdfunding werden Gelder für Projekte über das Internet eingeworben. Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen müsse Deutschland bis 2017 digitales Wachstumsland Nummer eins werden, forderte Knoerig. Die Schlüsselbranche dafür sei die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT).

USA und China vorne Auf ein Problem machte Janecek aufmerksam: Die großen Internetfirmen hätten ihren Sitz in den USA oder China. Deutschland habe aber wesentliche Standortvorteile, die für die weitere Entwicklung des freien Internets von großer Bedeutung sein würden: Es handle sich um Sicherheit, Daten- und Vertrauensschutz sowie die Technologieführerschaft bei Energieeffizienz und Ressourcenwende. Daraus würden sich zahlreiche neue Geschäftschancen ergeben. Zur immer stärker wer-



Wichtig für mobile Datengeräte ist der Zugang zu drahtlosen Netzen. Im WLAN-Bereich hat Deutschland enormen Nachholbedarf.

Zukunft digital

WIRTSCHAFT Koalition will Deutschland zum Wachstumsland Nummer eins machen. Opposition fordert Bildungsoffensive

denden Vernetzung sagte Janecek: „So funktioniert die Energiewende 2.0.“ Christian Flisek (SPD) erklärte, die digitale Agenda sei in der Politik angekommen. Das sei die Botschaft, die von der Koalition ausgesendet werde. Wenn über Wachstumspotenziale der digitalen Wirtschaft gesprochen werde, dann sollten vor allem die Menschen in den Mittelpunkt gestellt werden. Es müsse gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung geben. Auch in einer digitalen Arbeitswelt mit ihrer permanenten Erreichbarkeit dürfe das Prinzip der Kernarbeitszeit nicht ausgehöhlt werden. Zur Gründerszene sagte Flisek, hier gebe es viel Licht und Schatten. Die Gründerzahlen seien in den letzten fünf Jahren rückläufig gewesen. Zu wenig junge Menschen seien bereit, sich selbstständig zu machen. „Diesen Trend

müssen wir umdrehen.“ Gebraucht werde ein neuer Gründergeist. „Wir brauchen eine Kultur der zweiten und dritten Chance und keine Stigmatisierung des Scheiterns.“ Flisek verlangte auch einen Abbau der Bürokratie. Aus Lustgründungen könnten sonst Frustgründungen werden.

Agenda bis 2017 In dem vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesenen Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD (18/764) wird die Bundesregierung aufgefordert, eine digitale Agenda 2014 bis 2017 zu erarbeiten, die auch die Potenziale der digitalen Wirtschaft für Wachstum und nachhaltige Beschäftigung ausschöpft und im Dialog mit Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Tarifpartnern und Wissenschaft umgesetzt wird. Nach den Vorstellungen der beiden

Fraktionen soll der nationale IT-Gipfel breiter ausgerichtet werden und als eine Plattform aller beteiligten Akteure die Umsetzung der Digitalen Agenda begleiten. Die Fraktionen fordern eine Weiterentwicklung der Breitbandstrategie im Rahmen der „Netzallianz Digitales Deutschland“. Zur Wahrung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sollen bis spätestens 2018 flächendeckend in allen Teilen Deutschlands leistungsfähige Breitbandanschlüsse mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s verfügbar sein. Beide Fraktionen bekennen sich zum offenen und freien Internet und verlangen, dass Teilhabe, Meinungsvielfalt, Innovation, Diskriminierungsfreiheit und fairer Wettbewerb durch eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität unter Berücksichtigung

der europäischen Vorgaben sichergestellt werden.

WLAN wird ausgebaut Auch die Voraussetzungen für WLAN sollen nach Vorstellungen der Koalition durch klare Haftungsregelungen für WLAN-Betreiber verbessert werden. Offene Haftungsfragen insbesondere wegen illegaler Downloads von Musik und Filmen lassen viele Betreiber von Hotels, Restaurants und anderen Einrichtungen zögern, ihre WLAN-Netze zu öffnen. Öffentliche WLAN-Zugänge gibt es zwar in Deutschland, ihre Nutzung ist aber entweder auf 30 Minuten pro Tag beschränkt oder kostenpflichtig. Ausländische Großstädte bieten dagegen freien Internetzugang über WLAN an. Auch die Telekom will mit ihrem Projekt „WLAN to go“ neue Maßstäbe setzen. Dafür sollen die Privatkunden WLAN-Kapazitäten zur Verfügung stellen, die von anderen Kunden genutzt werden können. Weitere Forderungen der Koalition betreffen die Unterstützung der Digitalisierung der Wirtschaft („Industrie 4.0“), die Nutzung von Chancen der Digitalisierung in Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die Stärkung der Gründerkultur. Dazu sollen die Finanzierungsbedingungen für Start-ups in allen Phasen verbessert werden. Außerdem regen die Koalitionsfraktionen die Schaffung eines Börsensegments „Markt 2.0“ an. Damit sollen Börsengänge junger, innovativer und wachstumsstarker Unternehmen erleichtert werden. Die Sicherheit von Kommunikation und Daten in den Netzen soll unter anderem durch ein IT-Sicherheitsgesetz vorangebracht werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf internationaler Ebene für das Recht auf Privatsphäre stark zu machen.

„Nur durch eine dynamische, effiziente und innovative Hightech-Branche sowie durch moderne und sichere Infrastrukturen kann Deutschland zum Wachstumsland Nummer 1 in Europa werden“, schreiben die Fraktionen in ihrem Antrag. Deutschlands IKT-Branche sei hierzulande mit über 86.000 Unternehmen, 900.000 Beschäftigten und 228 Milliarden Euro Umsatz ein bedeutender Industriezweig der deutschen Wirtschaft. Die IKT-Branche trage mit 85 Milliarden Euro aktuell 4,7 Prozent zur gewerblichen Wertschöpfung bei. Sie investiere 18,2 Milliarden Euro und damit rund 4,5 Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen. Im internationalen Vergleich habe sich die deutsche digitale Wirtschaft im Ranking der führenden 15 Standorte auf Platz fünf verbessert. Nach Umsätzen sei die deutsche IKT-Wirtschaft mit 4,6 Prozent Anteil am Weltmarkt die viertgrößte der Welt. „Die digitale Wirtschaft bietet Chancen für Gründungen, die kreative und innovative Ideen in neue Techniken, Dienstleistungen und Produkte auf den Markt bringen und erfolgreich umsetzen können“, schreiben die Fraktionen. Die IKT-Branche habe zudem mit 80 Prozent eine enorme Innovationsquote.

Ein Antrag der Fraktion Die Linke (18/771) wurde ebenfalls an die Ausschüsse überwiesen. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, den Bestand an Studienplätzen in Informatik und angrenzenden Disziplinen zusammen mit den Bundesländern auszubauen und ein Förderprogramm für digitales Lernen in Schulen vorzulegen. Zudem soll der Breitbandausbau mit einer Milliarde Euro jährlich und einem Kreditprogramm unterstützt werden. Zum Forderungskatalog der Fraktion gehören auch ein Gesetzentwurf zur Sicherung der Netzneutralität und eine Öffnung der öffentlichen Datenbestände. Das „innovationsfeindliche Leistungsschutzrecht“ für Presseverlage soll abgeschafft werden. Nach Ansicht der Linken kann die Digitalisierung als „Revolutionierung gesellschaftlicher und auch ökonomischer Verhältnisse“ bezeichnet werden. *Hans-Jürgen Leersch*

KURZ NOTIERT

Andreas Jung leitet Parlamentarischen Beirat

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wird in der 18. Wahlperiode von Andreas Jung (CDU) geleitet. In der konstituierenden Sitzung des Gremiums unter Leitung von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) am Mittwochmittag wurde der 38-jährige Unionsabgeordnete aus Konstanz, der den Vorsitz auch schon in der vergangenen Legislaturperiode inne hatte, einstimmig gewählt. Der Beirat setzt sich aus insgesamt 17 Abgeordneten zusammen und soll laut Einsetzungsbeschluss (18/559) die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auf parlamentarischer Ebene fachübergreifend begleiten. Die CDU/CSU-Fraktion ist in dem Beirat mit acht Mitgliedern vertreten, die SPD-Fraktion mit fünf und die Fraktionen Die Linke sowie Bündnis 90/Die Grünen mit jeweils zwei Mitgliedern. CDU/CSU: Maik Beermann, Steffen Bilger, Andreas Jung, Rüdiger Kruse, Andreas Lenz, Yvonne Magwas, Philipp Murmann, Kerstin Radomski
SPD: Lars Castellucci, Saskia Esken, Jeannine Pflugradt, Carsten Träger, Bernd Westphal
Die Linke: Annette Groth, Sabine Leidig
Bündnis 90/Die Grünen: Valerie Wilms, Beate Walter-Rosenheimer *hau*

170 Millionen Euro für Aus- und Weiterbildung

Eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bis zu einer Höhe von 170,7 Millionen Euro für Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Weiterbildung in Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs hat der Haushaltsausschuss in der vergangenen Woche zur Kenntnis genommen. Die Zuschüsse sollen in den Jahren 2015 (64,7 Millionen Euro), 2016 (56 Millionen Euro) und 2017 (50 Millionen Euro) fällig werden. Die Verpflichtungsermächtigung ist laut Regierung für die Erteilung weiterer Förderbescheide in diesem Jahr notwendig. Derzeit lägen beim Bundesamt für Güterverkehr bereits 650 Förderanträge mit einem Gesamtumfang von rund 14 Millionen Euro jährlich vor. Es sei damit zu rechnen, dass bis Juni 2014 der überwiegende Teil der Ausbildungsanträge vorliegen werde. *mik*

Mehr Geld für Nachbarländer Syriens

Der Haushaltsausschuss hat in der vergangenen Woche eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe von 25 Millionen Euro für bilaterale finanzielle Zusammenarbeit zur Kenntnis genommen. Die Mittel sind laut Regierung für die Fortsetzung „komplexer Unterstützungsleistungen primär in den Nachbarländern Syriens mit signifikanten Flüchtlingspopulationen“ vorgesehen. Dort sollen vor allem die aufnehmenden Gemeinden und ihre Infrastruktur finanziell gestärkt werden. Die Inanspruchnahme der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung soll dem Abschluss einer völkerrechtlichen Vereinbarung dienen, die unmittelbar nach der politischen Zusage abgeschlossen werden soll. Die Verpflichtungsermächtigung sei angesichts der fortgesetzten Unterstützung syrischer Flüchtlinge sachlich und zeitlich unabweisbar. Die zentrale Zusage sei im Kontext der internationalen Hilfsbemühungen zur Linderung der Syrienkrise erforderlich, damit Deutschland weiterhin als glaubwürdiger und verlässlicher Partner gilt, heißt es weiter. *mik*

40 neue Spitzenstellen

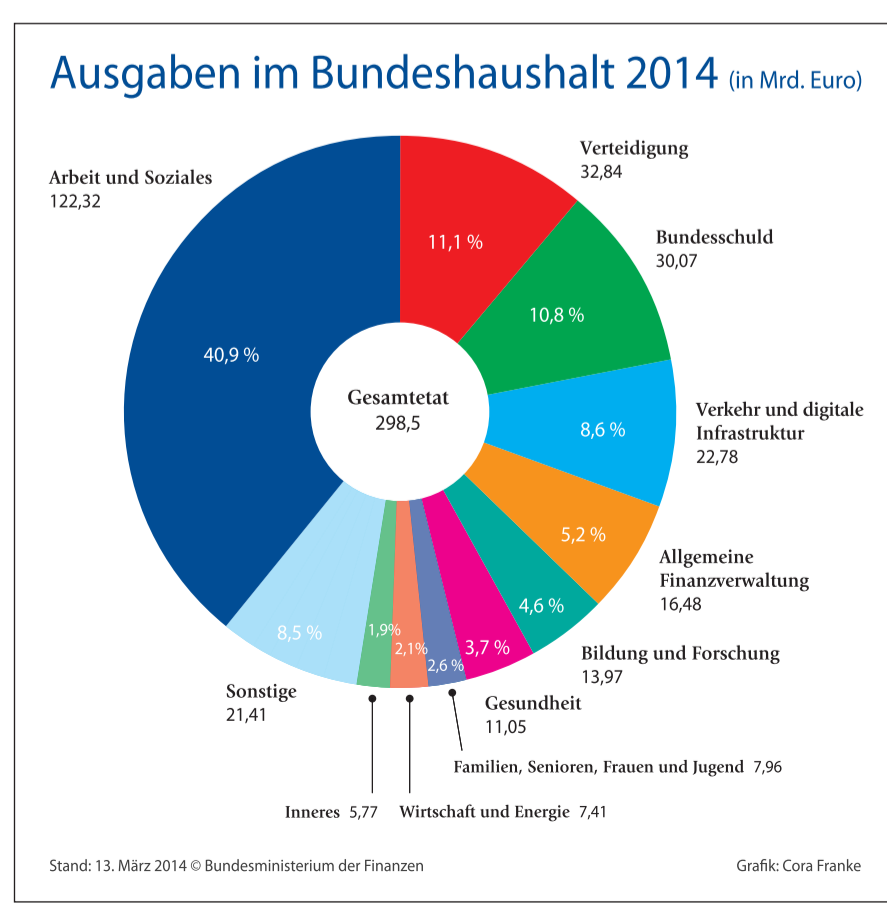
HAUSHALT Die Bundesregierung hat 40 neue Stellen im Leitungsbereich der Ministerien geschaffen. Einem entsprechenden Antrag der Bundesfinanzministeriums (BMF) stimmte der Haushaltsausschuss vergangene Woche mit den Stimmen der Koalition gegen die Opposition zu. Um die Arbeitsfähigkeit der neu konstituierten Bundesregierung sicherzustellen, seien diese Personalveränderungen in den Obersten Bundesbehörden notwendig, schreibt das BMF. Es handle sich dabei um neue Beauftragte der Bundesregierung und um neue Parlamentarische beziehungsweise beamtete Staatssekretäre und deren Mitarbeiter. Dazu gehört unter anderem der Beauftragte für die Nachrichtendienste, ein zusätzlicher beamteter Staatssekretär für den Verbraucherschutz im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, der Beauftragte für Pflege und Patienten und ein neuer Staatssekretär für Bau im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Finanziert werden sollen die 40 Stellen durch den Wegfall von 100 Stellen im Bundesverteidigungsministerium. Die Opposition konnte dafür keine sachliche Notwendigkeit erkennen, da die Aufgaben nicht angewachsen seien. Die Koalition wie darauf hin, dass die Einsparziele im Personalhaushalt eingehalten würden. *mik*

Die »Schwarze Null« im Blick

HAUSHALT Bund will in diesem Jahr 6,5 Milliarden Euro neue Schulden machen. Für 2015 ist ein ausgeglichener Etat geplant

Die Bundesregierung will in diesem Jahr die Nettoneuverschuldung auf 6,5 Milliarden Euro (2013: 22,1 Milliarden Euro) senken. Ab dem kommenden Jahr will der Bund keine neuen Schulden machen. Das geht aus dem Etatentwurf der Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2014, den Eckwerten des Bundeshaushalts 2015 und dem Finanzplan des Bundes bis 2018 hervor, die Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Mittwoch im Haushaltsausschuss vorstellte. Das Bundeskabinett hatte die entsprechenden Vorlagen am selben Tag verabschiedet.

Ausgaben sinken Danach sollen die Ausgaben des Bundes nach 307,8 Milliarden Euro im Jahr 2013 auf 298,5 Milliarden Euro in diesem Jahr fallen. Für 2015 sind Ausgaben von 299,7 Milliarden Euro vorgesehen. Nach 309,7 Milliarden Euro im Jahr 2016 sollen 2017 die Ausgaben auf 318,8 Milliarden Euro steigen. Für 2018 sind Ausgaben in Höhe von 327,2 Milliarden Euro eingeplant. Minister Schäuble betonte, dass in der für dieses Jahr geplanten Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro die letzte Rate für den permanenten Rettungsschirm ESM in Höhe von rund 4,3 Milliarden Euro enthalten sei. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes könne nur deshalb erreicht werden, da seit 2010 die Ausgaben konstant geblieben sei-

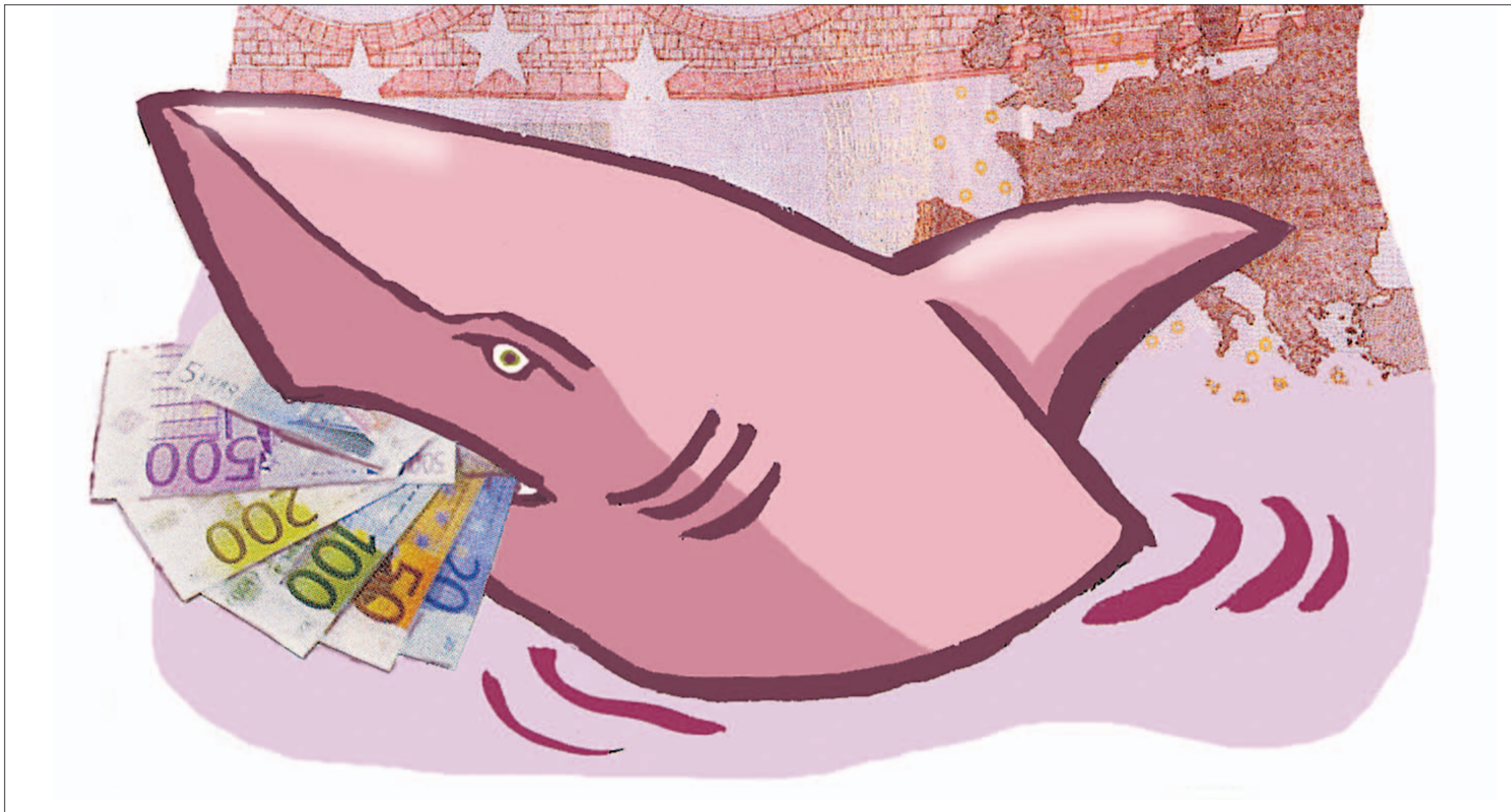


en. Er betonte, dass die Gesamtverschuldung von zuletzt rund 78 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in dieser Legislaturperiode auf 70 Prozent gesenkt werden soll. Zudem kündigte er an, dass er zur geplanten Absenkung der Zahlungen für den Gesundheitsfonds um 3,5 Milliarden Euro in diesem Jahr und um 2,5 Milliarden Euro im kommenden Jahr ein Haushaltsbegleitgesetz vorlegen werde. Für die haushaltspolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD ist der Regierungsentwurf ein Grund, sich „richtig zu freuen“. Das Ziel der „Schwarzen Null“ sei beinahe erreicht: der Bund werde bald dauerhaft ausgeglichene Haushalte vorlegen. Der Sprecher der Union betonte, dass die in den Koalitionsverhandlungen beschlossenen „prioritären Maßnahmen“ eingearbeitet seien. Dies gelte für die geplante jährliche Entlastung der Kommunen um eine Milliarde Euro ab 2015, für die Entlastung der Länder bei den Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen (sechs Milliarden Euro), für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur (fünf Milliarden Euro) und für den Rentenzuschuss in Höhe von zwei Milliarden Euro. Zudem seien für Bildung und Forschung weitere drei Milliarden Euro vorgesehen. Der Sprecher der CDU/CSU verteidigte die geplante Absenkung im Gesundheitsfonds:

Es mache keinen Sinn, im Fonds hohe Kredite aufzubauen und gleichzeitig Kredite aufzunehmen, für die Zinsen zu zahlen seien. Dem stimmte der Sprecher der SPD-Fraktion zu. Er kündigte an, dass man über eine frühere Entlastung der Kommunen, über den Klimafonds und über höhere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur noch „miteinander reden“ müsse.

»Griff in Sozialkassen« Für die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen ist der Etatentwurf vor allem ein Griff in die Renten- und Gesundheitskassen. „Für die allermeisten Menschen hat die Schwarze Null mit der Lebensrealität nichts zu tun“, betonte der Sprecher der Linken. Mit diesem Etat werde die Regierung dem politischen Gestaltungsauftrag nicht gerecht. Für die Grünen ist der Etatentwurf eine „gewagte Wette“ auf die Zukunft. Ihr Sprecher wies vor allem auf die Risiken bei Zinsen und bei den „maroden“ Banken in Europa hin. *Michael Klein*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Finanzaie im Anlage- und Kreditbereich sollen es bald nicht mehr so einfach haben.

Niedrige Staatsquote

FINANZEN Die Staatsquote in Deutschland ist im europäischen Vergleich recht niedrig. Mit einer Quote von 44,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt Deutschland im EU-Vergleich auf dem 15. Platz und zum Teil weit hinter den anderen großen EU-Ländern. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung (18/666) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (18/449) hervorgeht, hatten Griechenland und Dänemark im vergangenen Jahr mit jeweils 58,2 Prozent die höchsten Staatsquoten. Die Staatsquote gibt das Verhältnis der Ausgaben eines Staates zu seinem Bruttoinlandsprodukt in Prozent an. Nach den Zahlenangaben der Bundesregierung haben auch Finnland (57,9 Prozent), Frankreich (57,1), Belgien (54,1), Schweden (52,7), Österreich (52,1), Italien (51) und Großbritannien (47,2) zum Teil erheblich höhere Staatsquoten als Deutschland. Der Durchschnitt aller 27 EU-Mitgliedsländer wird mit 49,1 Prozent angegeben. Im Jahr 2007 hatte die Staatsquote EU-weit noch bei 45,5 Prozent gelegen. Dagegen war der Anstieg in Deutschland von 43,5 Prozent im Jahr 2007 auf nunmehr 44,7 Prozent eher moderat. Die Länder mit den ohnehin höchsten Staatsquoten haben im Vergleich zu 2007 auch sehr hohe Steigerungsraten zu verzeichnen wie Griechenland (von 47,5 auf 58,2), Dänemark (von 50,8 auf 58,2) und Finnland (von 47,4 auf 57,9). hle

Neue Verordnung für Verpackungen

UMWELT Der Unterausschuss hat sich vergangene Woche mehrheitlich für eine Novellierung der Verpackungsverordnung ausgesprochen. Die Koalitionsfraktionen stimmten in der Sitzung am Mittwoch dem dazu von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf einer 6. Novelle der Verpackungsverordnung (18/496) zu. Während sich die Linksfraktion gegen die Vorlage aussprach, enthielt sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei der Abstimmung. Mit der Novellierung wird eine EU-Richtlinie vom Februar 2013 umgesetzt. Es sei Eile geboten, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), und verwies auf ein schon laufendes Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Zugleich machte sie deutlich, dass mit der Übernahme der Beispiele aus der EU-Verpackungsverordnung und der Klarstellung des Begriffs der Transportverpackung „keine Änderung der materiellen Rechtslage erfolgt“. Von einer „Eins-zu-eins-Umsetzung“ des EU-Rechts sprach der Vertreter der Unionsfraktion. Geregelt werde zum einen, „dass Frachtcontainer keine Transportverpackung sind“. Langfristiges Ziel müsse die Schaffung eines Wertstoffgesetzes sein, sagte der Vertreter der SPD-Fraktion. Dieses müsse festschreiben, dass Verpackungen und sonstige Kunststoffabfälle gesammelt werden müssen, „was in vielen Haushalten schon Alltag ist“. Viele Probleme, „die dringend eine Lösung bedürfen“, hätte man auch bei der jetzigen Novellierung klären können, bemängelte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. „So wird Zeit vergeudet“, kritisierte der Fraktionsvertreter. Seine Fraktion könne der Novelle unter anderem deshalb nicht zustimmen, weil sich aus der Beispielliste ergebe, dass „Glasflaschen für Injektionslösungen“ Verpackungen seien, sagte der Vertreter der Linksfraktion. hau

Graue Märkte und weiße Haie

FINANZEN Ein Prüfsystem soll Abhilfe gegen unseriöse Angebote im Kapitalektor schaffen

Weißer Hai, grauer Hai, gar kein Hai: Im Bundestag herrschte Einmütigkeit, dass den Raubfischen im Finanzmeer der Garaus gemacht werden müsse. Doch über die wirksamste Bekämpfungsmethode gingen bei der Debatte zum Grauen Kapitalmarkt die Meinungen der Fraktionen am Donnerstag auseinander. Das Prokon-Debakel gab das Stichwort: 75.000 Anleger, die 1,4 Milliarden Euro zu verlieren drohen. Für die Fraktion Die Linke war dies der Auslöser, Regulierungen für den Finanzmarkt erneut auf die Tagesordnung des Bundestags zu heben. Bisherige Verbesserungen seien lediglich „in homöopathischen Dosen“ erfolgt, kritisierte deren Angeordnete Susanna Karawanskij. Der Bundesregierung hielt sie „handlungsunfähige Starre“ vor. Sie verwies auf „viel zu viel Finanzschrott“ auf den Märkten. Es sei „alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten wird“. Allerdings stieß vor allem ihre Forderung nach einem Finanz-TÜV bei den übrigen Fraktionen nicht auf Gegenliebe. Dabei machte Karawanskij gerade diesen Vorstoß zu einem Schwerpunkt ihres Katalogs. Vor der Zulassung eines Finanzprodukts müsse eine solche Einrichtung prüfen, ob das Risiko

unter dem Gesichtspunkt der Finanzstabilität beherrschbar und zugleich verbraucherfreundlich sei. Die Beweislast sei umzukehren. Die Emittenten müssten die Unbedenklichkeit ihres Produkts darlegen. Mit hin bilde ein solcher Finanz-TÜV ein „präventives Instrument“. Bisher werde immer nur „hinterhergehechelt“. Karawanskij rief zudem zur Stärkung von unabhängigen Beratern wie den Verbraucherzentralen auf, um auch so vor „windigen und unseriösen Anbietern“ zu warnen. Kein Finanzinstrument und keine Finanzpraxis dürften unkontrolliert bleiben. Dieser Forderung schloss sich Frank Steffel (CDU) nahezu wortgleich an. Seine Sichtweise indes: Es solle nicht in erster Linie darum gehen, den Grauen Kapitalmarkt zu regulieren. Vielmehr sei dafür zu sorgen, dass es einen „möglichst weißen Kapitalmarkt“ gebe. Die Politik müsse „wachsam bleiben“. Allerdings nicht nur wegen der „Kreativität der Anbieter“, sondern auch wegen der „Gier der Konsumenten“. Steffel unterstrich: Regulierung und Gesetzgebung sei ein Teil. Aber: „Der wichtigere Teil ist die Aufklärung.“ Die Koalition, so kündigte er an, wolle die Mittel für die Stiftung Waren-test aufstocken.

Er zog den Vergleich mit Zigarettenpackungen: Der Konsument müsse aufgeklärt werden. Aber die „Entscheidungsfreiheit“ liege nun mal bei ihm. Jeder solle sich des Grundgesetzes bewusst sein: „Je höher der Zinssatz, je höher das Risiko.“ Das Verbot eines Produkts könne „nur die ultima ratio“ sein. Immer wieder habe sich der Bundestag mit der Thematik beschäftigt. Was zeige: Die Maßnahmen hätten noch nicht ausgereicht. So beschrieb es Gerhard Schick (Grüne). Offenkundig gebe es eine „Lücke in Aufsichtspraxis und Rechtssetzung“. Finanz-TÜV? „Klingt schön, ist aber praktisch nicht durchführbar“, befand er. Zum einen sei eine Wirtschaftlichkeitsprüfung mit hohen Risiken verbunden. Zum anderen wirke das Abnicken eines Produkts geradezu wie eine Garantie. Er zog eine Parallele zu Lebensmitteln. Die Salmonellen könne der Kunde nicht sehen. Aber er müsse darauf vertrauen können, dass mittels Proben das Hygieniveau ausreiche. Die Aufgabe der Proben auf dem Finanzsektor maß er der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) zu. Sie müsse dringend mehr Personal bekommen. Gleichwohl sei ein umfassender Finanz-TÜV durch die BaFin nicht leistbar. Absage an einen Finanz-TÜV auch durch Carsten Sieling (SPD). Für ihn wäre das ein „Instrument, was zu unscharf ist“. Er verwies darauf, dass Anlegerschutz und Eindämmung des Grauen Marktes zum vereinbarten Programm der großen Koalition gehörten. „Wirklich neu“ dabei sei, dass die Ba-

Fin auch für den Verbraucherschutz zuständig werden solle. Er sprach von „Finanzmarkt wächtern“ als „Frühwarnsystem“. So könne das „Ungleichgewicht von Anbietern und Verbrauchern“ verringert werden. Ausdrücklich sprach er sich für die Möglichkeit aus, dass „besonders risikoreiche Produkte auch verboten werden“. Prokon als Aufhänger für die Debatte im Bundestag? Sieling sah die Gefahr, der Antrag der Links-Fraktion könne „zu viel Erwartungen wecken“. Womöglich handee es weniger um einen grauen als um einen

„schwarzen Kapitalmarkt“ – ein Fall für den Staatsanwalt. Debattengrundlage war ein Antrag der Linksfraktion (18/769), in dem der Finanz-TÜV gefordert wird. Jährlich verlor Anleger hierzulande zwischen 50 und 98 Milliarden Euro „durch falsche, zumeist provisionsgetriebene, nicht verbraucherorientierte Beratung und den Verkauf unseriöser und hochriskanter Finanzinstrumente“. Franz Ludwig Averdunk

Der Autor ist Korrespondent der „Westfälischen Nachrichten“ in Berlin.



»Es ist alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten wird.«
Susanna Karawanskij (Linke)

STICHWORT

Energiewende-Geldanlagen – Hohe Risiken nicht nur im Grauen Kapitalmarkt

> Grauer Markt Der Konkurs der Firma Prokon aus Itzehoe hat die Risiken des Grauen Marktes deutlich gemacht. Prokon verkaufte Genussscheine mit Aussicht auf bis zu acht Prozent Rendite. Diese Genussscheine wurden nicht über Banken, sondern direkt vertrieben. Schutz für Anleger gibt es nicht; im Konkursfall werden Ansprüche von Genussrechtinhabern erst zuletzt bedient.

> Weißer Markt Auch im Bereich von Aktien und Unternehmensanleihen, die über Banken erworben werden können, kam es bei Energiewende-Anlagen zu Total- oder Teilausfällen: Zu nennen sind Firmen wie Centrotherm, Q-Cells, Solarhybrid, Solon, Suntech und Solarworld. Zusätzlich zu Prokon, wo möglicherweise 1,4 Milliarden Euro verloren sind, geht es insgesamt um einen zweistelligen Milliardenbetrag.



Deutsche Waffenexporte sorgen für Aufregung

WIRTSCHAFT Koalition verteidigt die geplante Lieferung von Patrouillenbooten nach Saudi-Arabien

Die Große Koalition hält an Rüstungsexporten fest, will die Ausfuhr jedoch restriktiv handhaben. Dagegen läuft die Opposition Sturm – und besonders gegen Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien und in die Nahost-Region. „Unzweifelhaft hat Deutschland das weltweit restriktivste Rüstungsexportregime“, sagte Joachim Pfeiffer (CDU) in der Debatte des Bundestags am Donnerstag über geplante Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. Wenn die Kriterien für die Exporte erfüllt würden und wenn Deutschland die besten Produkte habe, dann frage er sich, wo das Problem liege. „Dann sind wir doch froh, dass wir einen Beitrag leisten können, dass Frieden erhalten wird und dass Frieden geschaffen wird in der Welt mit deutscher Unterstützung“, sagte Pfeiffer. Zur Lieferung von Patrouillenbooten erklärte Pfeiffer, Saudi-Arabien sei seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner des Westens und ein stabilisierender Faktor im Mittleren Osten. Rüstungsexporte seien ein legitimes

Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik. „Wie schön wäre es, wenn man auf der Welt Frieden ohne Waffen schaffen könnte“, stellte Bernd Westphal (SPD) fest. Die Realität sehe jedoch oft anders aus. Recht und Gesetz würden sich nach Ausschöpfung aller diplomatischen Möglichkeiten oft nur mit Gewalt oder mit Androhung von Waf-

fengewalt durchsetzen. Es gebe weltweit einen Bedarf an Waffen: „Auch Deutschland benötigt Waffen – zur Landesverteidigung und zur Wahrnehmung seiner internationalen Verantwortung.“ Export von Rüstungsgütern bedeute nicht gleich Krieg. Deutschland betreibe eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik, versicherte Westphal.

„In Spannungsgebiete sollten überhaupt keine Waffen geliefert werden“, forderte Inge Höger (Linke). Wenn Waffenlieferungen zu mehr Sicherheit führen würden, wie so oft behauptet werde, „dann müsste der Nahe und Mittlere Osten eine besonders stabile Region sein“, rief Höger aus. Statt dessen sei der Nahe und mittlere Osten Kriegs- und Krisengebiet. Sie verurteilte, dass die Bundesrepublik einer der größten Waffenlieferanten für die Region sei und warnte vor der Annahme, dass die Patrouillenboote, die Deutschland an Saudi-Arabien liefern wolle, nicht zu Interventionen eingesetzt werden könnten. Katja Keul (Grüne) sagte, die arabische Halbinsel sei eine Spannungsregion, und der internationale Terrorismus werde aus Saudi-Arabien heraus gefördert. Die Koalition ignoriere die Vorschriften der Rüstungsexportrichtlinien, wonach Kriegswaffen ausfuhr in Drittstaaten nicht genehmigt würden. An die Ausschüsse überwiesen wurde ein Antrag der Fraktion Die Linke (18/768), dass die Bundesregierung keine Exporte von Kriegswaffen in die Arabische Halbinsel mehr genehmigen soll. Ein Antrag der Grünen (18/576, 18/793) auf Aufhebung des Vorbescheids für den Export von Patrouillenbooten an Saudi-Arabien wurde abgelehnt. hle



Deutsche Patrouillenboote sind begehrt: Die „Skruða“ ist für Lettland bestimmt.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Keine Kennzeichnung von Gen-Honig

LANDWIRTSCHAFT Gentechnisch veränderte Pollen im Honig müssen nicht als Zutat gekennzeichnet werden. In namentlicher Abstimmung hat der Bundestag am Donnerstagnachmittag mit 440 Nein-Stimmen und 110 Ja-Stimmen (18/578, 18/792) abgelehnt. Die Grünen wollten verhindern, dass die Änderung der Honigrichtlinie 2001/101/EG durch die Europäische Kommission Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen als natürlichen Bestandteil einstuft. Der Forderung widersprach Kees de Vries (CDU): „Es gibt eine Klarstellung durch das Europäische Parlament, dass Pollen natürlicher Bestandteil des Honigs sind und nicht eine Zutat.“ Eine Pflicht zur Angabe als Zutat bestehe dadurch nicht. Die CDU/CSU sei aber nicht gegen die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in Lebensmitteln. De Vries begrüßte die EU-Vorgabe, alle Lebensmittel zu kennzeichnen, „die einen GVO-Gehalt von mehr als 0,09 Prozent aufweisen“. Aber auch danach würde es für Honig bedeuten, dass der Pollengehalt den Grenzwert nicht erreicht. Kirsten Tackmann (Die Linke) kritisierte die derzeitigen Regeln als unverständlich. So sei es nicht erforderlich, Lebensmittel von Tieren, die

mit „Gen-Tech-Pflanzen“ gefüttert wurden, zu kennzeichnen. „Wo Agrogentechnik drin ist, muss es auch draufstehen“, forderte sie. Die Kennzeichnung müsse deshalb im Interesse der Verbraucher entsprechend der Intention des sogenannten Honig-Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) erfolgen. Der EuGH hatte in der Rechtssache C-442-09 festgesetzt, dass Honig, der Pollen mit gentechnisch verändertem Erbgut und Proteinen enthält, ein Lebensmittel mit Zutat sein. Mit ihrem Antrag würden die Grünen von der Bundesregierung verlangen, was diese nicht erfüllen kann, stellte Matthias Miersch (SPD) fest. „Das Verfahren ist abgeschlossen“, sagte er. Miersch gestand aber ein, dass es einen „Dissens“ innerhalb der Bundesregierung beim Thema grüne Gentechnik gibt. Antragsteller Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen) mutmaßte, dass „der Verbraucherschutz als Handelshemmnis für die Freihandelsverhandlungen mit den USA aus dem Weg geräumt“ werden soll. Der Auslegung, dass gentechnisch veränderte Pollen ein natürlicher Bestandteil von Honig seien, wollte er nicht folgen: „Eine patentierte Erfindung kann kein natürlicher Bestandteil eines Lebensmittels sein.“ Die Bundesregierung sei nun aufgefordert, durch klare Kennzeichnungsregeln Wahlfreiheit zu ermöglichen. eis



KURZ REZENSIIERT



EVGENY MOROZOV *Smarte neue Welt. Digitale Technik und die Freiheit des Menschen.* Blessing Verlag, München 2014; 655 S., 24,99 €

Evgeny Morozov ist erst 29 Jahre alt und gehört doch schon zu den Berühmtheiten des digitalen Zeitalters. Seinen internationalen Ruhm verdankt er der gebürtigen Weißrusse seinen kritischen Artikeln über die digitale Revolution in der „New York Times“ und im „Guardian“. In Deutschland hat er eine eigene Kolumne in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in der er scharfsinnige Analysen über die neuen Produkte des Silicon Valley veröffentlicht. Bemerkenswert ist seine Kritik an den von Internetkonzernen hausgemachten Geschichten über die „Google“-„Facebook“- und „Twitter“-Revolutionen in Ägypten und im Iran. Als Mitarbeiter einer Nichtregierungsorganisation in den Staaten der früheren Sowjetunion hatte sich Morozov selbst davon überzeugen können, wie wenig der virtuelle Widerstand gegen die Machthaber in einem realen Überwachungsstaat ausrichten können. In seinem neuen Buch über die „Smarte neue Welt“ ruft der Harvard-Doktorand dazu auf, die Normen und demokratischen Institutionen nicht aufs Spiel zu setzen, um einige wenige Konzerne zufriedenzustellen. Andernfalls stehe das Innovationspotenzial des Internets insgesamt zur Disposition. Morozovs Buch ist allerdings etwas langatmig geraten. An manchen Stellen erinnert sein Werk an die zusammengeschusterte Seminararbeit eines Studenten. Nichtsdestotrotz lohnt die Lektüre, weil Morozov wie kein anderer den Einfluss der „sozialen Medien“ auf die Politik hinterfragt. Vor allem kritisiert er die sich modern gebenden Protagonisten einer digitalen Gesellschaft, für die das Netz eine Antwort selbst auf die schwierigsten politischen Herausforderungen bereithält. Die Piratenpartei kommt bei Morozov besonders schlecht weg: Bis auf die „Internetfreiheit“ kümmere sie sich kaum um ein anderes Thema und glaube, allein mit Online-Befragungen politische Probleme lösen zu können. Im Gegensatz zur Kaste der Netztechnokraten hält Morozov an dem auf Parteien basierenden Modell der repräsentativen Demokratie fest. *manu*



Jaron Lanier *Wem gehört die Zukunft? Du bist nicht der Kunde der Internet-Konzerne, du bist ihr Produkt.* Hoffmann & Campe, Hamburg 2014; 480 S., 24,99 €

Der Informatiker, Musiker und Philosoph Jaron Lanier hat eine neue Streitschrift gegen Open-Source-Systeme, das kostenlose Internet im Allgemeinen und Wikipedia im Besonderen vorgelegt. Damit knüpft er an sein erfolgreiches Buch „Gadget“, in dem er sich international einen Namen machte. Obwohl der Erfinder des Begriffs der „virtuellen Realität“ einst die Schule abbrach, unterrichtet er heute an der renommierten University of California in Berkeley und arbeitet für Microsoft. Mit „Wem gehört die Zukunft“ führt Lanier seinen Kreuzzug gegen digitale Monopolisten wie Google, Facebook oder Versicherungsunternehmen weiter, die mittels gigantischer Server die Bevölkerung, die Politik und die Wirtschaft kontrollieren. Treffend spricht er in Anspielung auf die griechische Mythologie von „Sirensenservern“, die die Demokratie bedrohen. Lanier geht es aber nicht nur darum, die Überwachungsmöglichkeiten in Diktaturen oder die Praktiken von Geheimdiensten anzuprangern. So kritisiert er beispielsweise die amerikanischen Präsidentschaftswahlkämpfe mit ihren detaillierten Datenanalysen der Wählerinnen und Wähler. Die „Sirensenserver“ leisten nach Laniers Ansicht eine Machtkonzentration in Politik und Wirtschaft Vorschub. Um diesen Prozess zu stoppen, sei in der Informationsökonomie eine starke Mittelschicht erforderlich. Doch selbst deren Erfolgchance schätzt er nicht sonderlich hoch ein. Lanier warnt davor, persönliche Daten kostenlos an Großkonzerne zu verschenken, die damit Milliarden verdienen. Den unkritischen Konsumenten und den selbsterklärten „Cyber-Demokraten“ wirft er vor, die Risiken der Alles-umsonst-Kultur zu ignorieren. Auch Tablet-Computer oder Smartphones sollten nicht glorifiziert werden, denn sie dienen mehr der Kontrolle als der Freiheit des Menschen. Deren hemmungsloser Gebrauch führe zum „Sieg der Passivität über die aktive Mitbestimmung“. Laniers Streitschrift ist ein Muss für jeden, der sich über seine persönliche digitale Existenz im Internetzeitalter Klarheit verschaffen will. *manu*



Der „Arme Poet“ von Carl Spitzweg wäre wohl froh gewesen, in den Genuss einer Künstlersozialversicherung zu kommen.

In Geldnöten

KULTUR Die Finanzierung der Künstlersozialkasse wackelt. Abgabepflichtige Firmen sollen deshalb öfter überprüft werden

Die Erleichterung in der Kulturszene war groß, als die Unionsparteien und die SPD Ende vergangenen Jahres den ausgehandelten Koalitionsvertrag präsentierten und klar machten, am System der Künstlersozialversicherung festhalten zu wollen. „Wir werden die Künstlersozialkasse erhalten und durch eine regelmäßige Überprüfung der Unternehmen auf ihre Abgabepflicht stabilisieren“, heißt es im Koalitionsvertrag. Derzeit sind immerhin rund 177.000 freischaffende Künstler, Musiker, Journalisten und Publizisten über die KSK geschützt. Das System der Künstlersozialversicherung ist einmalig in Europa und seine Anhänger preisen es als Schmuckstück deutscher Kulturpolitik. Ohne sie wäre es um die prekäre Lage vieler freiberuflicher Kulturschaffenden noch schlechter bestellt. Das

aktuelle Durchschnittseinkommen der KSK-Versicherten liegt bei nicht einmal 15.000 Euro – jährlich. **Steigender Abgabesatz** Doch die Finanzierung des Schmuckstücks steht zum wiederholten Mal auf wackeligen Füßen. Zu 50 Prozent speist sie sich aus den Beiträgen der Versicherten und zu weiteren 20 Prozent aus einem steuerfinanzierten Zuschuss des Bundes. Weitere 30 Prozent werden durch die Künstlersozialabgabe finanziert. Diese müssen alle Unternehmen entrichten, wenn sie einen freischaffenden Künstler beschäftigen. Doch um die Zahlungsmoral der Unternehmen ist es nicht zum Besten bestellt. Rund 50 Millionen Euro sollen der KSK jährlich entgehen. In der Folge stieg die Höhe der Künstlersozialabgabe kontinuierlich an. Lag sie 2012 noch bei 3,9 Prozent auf das gezahlte Künstlerhonorar, stieg sie ein Jahr später bereits auf 4,1 Prozent. Seit dem

1. Januar dieses Jahres beträgt sie gar 5,2 Prozent. Eigentlich werden die Unternehmen seit dem Jahr 2007 durch die Deutsche Rentenversicherung geprüft, ob sie ihrer Abgabepflicht nachkommen. Diese Prüfung erfolgt jedoch nur sporadisch und stichprobenartig. Schon in der vergangenen Legislaturperiode hatte dies die damalige Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) als zu wenig empfunden. Ihr Haus präsentierte eine Gesetzesnovelle (17/12297) mit der die Deutsche Rentenversicherung verpflichtet werden sollte, die Künstlersozialabgabe in die alle vier Jahre stattfindenden Betriebsprüfungen nach dem Sozialgesetzbuch aufzunehmen. Doch dieser Vorstoß scheiterte am Widerstand der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP. Vor allem die Liberalen stemmen sich gegen die geplante Regelüberprüfung der rund vier Millionen Unternehmen in Deutschland. Dies sei „unver-

hältnismäßig“, argumentierte die FDP in den Ausschussberatungen (17/13808). Bei den Künstler- und Journalistenverbänden stieß die Ablehnung der Neuregelung auf Enttäuschung und Unverständnis. Nur wenige Tage nach ihrem Scheitern brachte deshalb der Deutsche Tonkünstlerverband eine Petition an den Bundestag auf den Weg, um die ursprünglich geplante Regelüberprüfung doch noch gesetzlich zu verankern. Mehr als 70.000 Bürger unterzeichneten die Petition online innerhalb von vier Wochen. Anfang dieser Woche wird der Petitionsausschuss deshalb in öffentlicher Sitzung über das Anliegen beraten. In der Sitzung des Ausschusses wird der Tonkünstlerverband seine Sicht der Dinge noch einmal darlegen können. Der Verband hält die Gesetzesnovelle nicht nur für notwendig, weil sie die Existenz der KSK sichere, sondern auch, weil sie das „Selbstverständnis Deutschlands als Kulturstaat untermauert“. Zudem verhindere dies, dass „Steuerzahler, die keine künstlerische Leistungen in Anspruch nehmen, die finanziellen Löcher der Künstlersozialkasse stopfen müssen“.

Nahles will handeln Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) müsste die Petition eigentlich gelegen kommen. Denn auch sie will den Plan ihrer Amtsvorgängerin in die Tat umsetzen, und die Regelprüfung durch die Rentenversicherung auf den Weg bringen. Sie ist davon überzeugt, dass es nur einen nachvollziehbaren Grund dafür gibt, dass die Einnahmen aus der Künstlersozialabgabe trotz „der dynamischen Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft“ stagnieren: „Mangelnde Kontrolle hat dazu geführt, dass noch längst nicht alle abgabepflichtigen Unternehmen die Künstlersozialabgabe zahlen – sei es aus Vorsatz, oder weil viele Unternehmen schlicht nicht wissen, dass sie zu dieser Abgabe verpflichtet sind“, schreibt die Ministerin in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Kultur & Politik“ des Deutschen Kulturrates. Und fügte mahnd hinzu, dass ein weiterer Anstieg des Abgabesatzes bei der Künstlersozialabgabe „die Akzeptanz für das System der Künstlersozialversicherung gefährden könnte“. An ihrer Seite weiß Nahles auch Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU). Auch sie hatte sich zu Beginn der neuen Legislaturperiode deutlich für eine starke Überprüfung der abgabepflichtigen Unternehmen ausgesprochen. Auch bei den Oppositionsfraktionen dürfte ein solcher erneuter Vorstoß durchaus auf Gegenliebe stoßen. So hatten Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen bereits im vergangenen Jahr kritisiert, dass die Koalitionsfraktionen Union und FDP das Gesetz nicht in seiner ursprünglichen Fassung den Bundestag passieren ließen.

Widerstände Doch es gibt auch Widerstand gegen das Vorhaben. So hatte sich die Deutsche Rentenversicherung ebenso wie die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände in einer öffentlichen Anhörung gegen die Regelüberprüfung ausgesprochen. Zu bürokratisch und kostenintensiv sei dies. Rund 580 Angestellte müssten zusätzlich eingestellt werden, um den Mehraufwand bei der Rentenversicherung zu stemmen. Es entstünden Zusatzkosten von 50 Millionen Euro jährlich, rechnet die Deutsche Rentenversicherung vor. Solche Mehrkosten würden die zu erwartenden Mehreinnahmen in der Künstlersozialkasse nicht rechtfertigen. Im Arbeitsministerium hingegen wird anders gerechnet. Dort beziffert man den Mehraufwand gerade mal auf fünf Millionen Euro. Unabhängig davon, in welchem Haus nun richtig oder falsch gerechnet wird, eine schnelle Lösung für das Finanzierungsproblem der KSK ist nicht in Sicht. *Alexander Weinlein*

Abkehr vom Turbo-Abitur

Es ist eine Rolle rückwärts: Zehn Jahre nach seiner Einführung schafft Hessen das Turbo-Abitur nach acht Jahren weitgehend wieder ab. Vergangene Woche brachte die neue schwarz-grüne Landesregierung als erstes Projekt einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, der nun auch den letzten Klassen an Gymnasien die Rückkehr zum neunjährigen Abitur (G9) erlaubt, wenn auch unter Bedingungen.

Zehn Jahre nach seiner Einführung ist das G8 im Westen Deutschlands gründlich gescheitert. Während die ostdeutschen Länder nach einem Ausflug zum neunjährigen Abitur zum achtjährigen Abitur zurückkehrten, kehrt im Westen ein Bundesland nach dem anderen dem G8 wieder den Rücken. Baden-Württemberg hat G9-Züge an Gymnasien wieder zugelassen, in Nordrhein-Westfalen bieten Modellschulen G9 an. In Niedersachsen sollen ab dem Schuljahr 2015/2016 wieder alle Gymnasial-Novizen regulär das neunjährige Abitur machen – G8 wird dann nur noch eine Wahloption sein. Und Bayern steht nun ein Volksbegehren ins Haus, das das ungeliebte G8 völlig hinwegfegen könnte.



Volker Bouffier

Wohl keine Schulreform in Deutschland ist jemals auf so heftige Gegenwehr gestoßen. Lehrer und Eltern gehen gemeinsam auf die Barrikaden, weil ihre Kinder in Stress versinken, Nachhilfekurse explodieren, Sportvereine und Musikschulen hingegen ihre jugendliche Klientel in Scharen verlieren. Zu viel Stoff in zu kurzer Zeit, G8 mache krank und „klaue“ den Kindern ihre Kindheit, kritisieren Bürgerinitiativen. An ihrer Seite weiß Bouffier auch Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU). Auch sie hatte sich zu Beginn der neuen Legislaturperiode deutlich für eine starke Überprüfung der abgabepflichtigen Unternehmen ausgesprochen. Auch bei den Oppositionsfraktionen dürfte ein solcher erneuter Vorstoß durchaus auf Gegenliebe stoßen. So hatten Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen bereits im vergangenen Jahr kritisiert, dass die Koalitionsfraktionen Union und FDP das Gesetz nicht in seiner ursprünglichen Fassung den Bundestag passieren ließen. Doch die Proteste der Eltern flauten nicht ab, und so folgte Rolle rückwärts, Teil 2: Nachdem die FDP bei den Wahlen aus der Regierung geflogen ist, ermöglichen CDU und Grüne nun auch den Klassen 5 und 6 die Rückkehr zu G9 – falls sich alle Eltern einstimmig dafür aussprechen. Ironie der Geschichte: Das Nachbarland Rheinland-Pfalz hat den Pflichtschwenk zu G8 nie mitgemacht – als einziges Bundesland. Dort wurde lediglich die Oberstufe um ein halbes Jahr verkürzt, das Abitur wird nach 18,5 Jahren gemacht. Und Turbo-Klassen an Gymnasien gibt es dort schon länger. *Gisela Kirschstein*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Sorge um die Vielfalt

FREIHANDEL Staatsministerin Grütters mahnt Schutz für Kultur im TTIP-Abkommen an

Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) will die Bereiche Kultur und Medien im geplanten Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA geschützt sehen. Vor dem Kulturausschuss sprach sie sich in der vergangenen Woche für die Aufnahme einer entsprechenden Generalklausel in das Abkommen aus. Es müsse sichergestellt werden, dass der Abbau von Handelshemmnissen und Marktprotektionismus zwischen der EU und den Vereinigten Staaten nicht zu einer Aufweichung des besonderen Schutzes der Kultur in den EU-Mitgliedstaaten führt. Grütters verwies darauf, dass die USA auf die Aufnahme einer Generalklausel für den Bereich der Sicherheitspolitik bestünden. Dann könnte die EU dies umgekehrt auch für die Kultur einfordern. Viele Kulturpolitiker fürchten, dass bestehende Schutz- und Förderinstrumente für den Kultursektor durch TTIP ausgehebelt werden könnten. Konkret geht es beispielsweise um die Buchpreisbindung, die US-Konzerne wie der Online-Versandhändler Amazon nur zu gerne beseitigen würden. In Frankreich, aber auch in Deutschland fürchtet man um das System der staatlichen Filmförderung, ohne die europäische Filme gegen die ohnehin marktbeherrschende Übermacht aus Hollywood noch schlechter bestehen könnten. Zur Debatte stehen aber auch die Regelungen zum Urheberrecht.



Kulturstaatsministerin Grütters

Staatsministerin Grütters räumte vor dem Ausschuss ein, dass im Gegensatz zu den bisherigen Freihandelsabkommen der EU oder Deutschlands erstmals der Kultur- und Mediensektor nicht von vornherein aus der Verhandlungsmasse ausgenommen worden sei. Allerdings sei vor allem auf die Initiative Frankreichs und Deutschlands ein ausdrücklicher Verweis auf die Unesco-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt in das Verhandlungsmandat der EU aufgenommen worden. Dies sei um so wichtiger,

da die USA die Unesco-Konvention nicht unterzeichnet hätten. Wörtlich heißt es im Mandat, in dem die Leitlinien für die EU-Verhandlungsdelegation unter Führung von Ignazio Garcia Berceo formuliert sind: „Das Abkommen darf keine Bestimmungen enthalten, die die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union oder ihren Mitgliedstaaten – insbesondere im kulturellen Bereich – beeinträchtigen würden, wobei es die Union und ihre Mitgliedstaaten auch nicht an der Weiterführung bestehender Politiken und Maßnahmen zur Unterstützung des kulturellen Sektors in Anbetracht des Sonderstatus dieses Sektors in der EU und in den Mitgliedstaaten hindern darf.“

Mangelnde Transparenz Kritisch äußerte sich Grütters auch über die bislang unzureichende Transparenz in den TTIP-Verhandlungen. Dies habe sie auch zusammen mit Frankreichs Kulturministerin Aurélie Filipetti bei den Regierungskonsultationen im Februar in Paris angemahnt. Auf Nachfragen der Ausschussmitglieder führte Monika Grütters an, dass es aus Sicht der Bundesregierung bei dem Freihandelsabkommen um ein sogenanntes „Gemischtes Abkommen“ handelt. Dies bedeute, dass nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. *aw*

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

AUFGEKEHRT

Alle Wetter

Halihalala, der Frühling ist da – auch am Berliner Reichstag unübersehbar. Die Vögel brüten, die Biergärten öffnen. Ach wäre die Vorfreude doch ungetrübt! Leider verhaseln uns die weitsichtigen Wetterexperten wie üblich den eiteln Sonnenschein. Der Frühling, heißt es, komme viel zu früh und zu heftig, mal wieder ein verächtlicher Wetterrekord. In Lippstadt (NRW) wurden fast 24 Grad gemessen Anfang März, wo in früheren Jahren noch Schnee das Land bedeckte, wenigstens Frost hartnäckig unter die Klamotten zog. Statt dessen spriecht der Spargel schon, von den Krokussen, Osterglocken und Kastanien mal ganz abgesehen. Die jüngsten klimatischen Verwerfungen ziehen diesmal aber noch ganz andere Kreise: Denn in Wirklichkeit steht, wie allerorten zu lesen ist, nicht die angenehm warme Jahreszeit bevor, sondern eine neue Eiszeit. Ok, das Problem liegt weit im Osten, wo es eh immer kälter ist, lässt uns hier im Westen aber heftig mitfrösten. In der Ukraine droht, ja was eigentlich: eine Spaltung des Landes, ein Bürgerkrieg, auf jeden Fall etwas, das langfristig ebenso schwer vorherzusagen ist wie das Wetter.

Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD), als Minister für Wirtschaft und Energie zugleich ein bisschen für die Umwelt zuständig, reiste unlängst nach Moskau, um den „kalten Krieger“ Wladimir Putin über die möglichen Folgen einer klimatischen Abkühlung zwischen Ost und West aufzuklären und den Präsidenten politisch etwas anzuwärmen. In der Krisendiplomatie gipfelt das meist in einer Hoffnungsvokabel, die auch was mit dem Klima zu tun hat: Tauwetter. Denn nichts ist so unerfreulich wie ein Kalter Krieg, der ausgerechnet im schönsten Vorfrühling einsetzt.

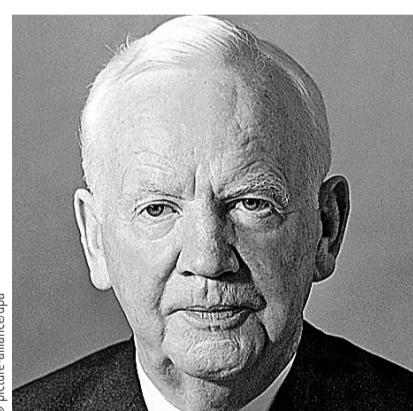
Claus Peter Kosfeld ■

VOR 55 JAHREN ...

Gesetz zur Wahl des Präsidenten

18. März 1959: Regelung für die Bundespräsidentenwahl Schon seit 1949 wird der Bundespräsident von „den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden“ gewählt – der Bundesversammlung. Die Richtlinien für die Wahl des Staatsoberhauptes regelt das Grundgesetz in Artikel 54. Ein „Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung“ verabschiedete der Bundestag allerdings erst am 18. März 1959.

Die ersten beiden Wahlen des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik, 1949 und



Heinrich Lübke (CDU) wurde 1959 zum Bundespräsidenten gewählt.

1954, wurden noch jeweils durch einfache Wahlgesetze geregelt. Die Bundesregierung begründete die Notwendigkeit eines eigenen Gesetzes zur Wahl des Bundespräsidenten mit „der Bedeutung der Wahl des Staatsoberhauptes“ – aber auch mit „sachlichen Gründen“: Bei der Präsidentenwahl 1954 habe sich gezeigt, „dass die jetzigen Bestimmungen einige Lücken enthalten“. Vielleicht hatte man dabei beispielsweise im Hinterkopf, dass damals eine Stimme auf Karl Dönitz, von Hitler in dessen Testament zu seinem Nachfolger als „Reichspräsident“ berufen und verurteilter Kriegsverbrecher, entfiel. Eine Neuregelung in dem Gesetz von 1959 war jedenfalls, dass „der Sitzungsvorstand prüft, ob die Wahlvorschläge den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen“ und „Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten“ ungültig sind.

Benjamin Stahl ■

ORTSTERMIN: TOURSTART FÜR DAS INFOMOBIL DES BUNDESTAGES



Das Infomobil des Deutschen Bundestages vor dem Westeingang des Paul-Löbe-Hauses des Bundestages

Einmal durch alle Wahlkreise

Vom Reichstag aus einmal quer durch die Bundesrepublik mit Stationen in jedem der 299 Wahlkreise: Das ist die Tour, zu der sich das Infomobil des Deutschen Bundestages vergangene Woche aufgemacht hat. Dieses wird in der nächsten Zeit in den Fußgängerzonen und Marktplätzen der Republik öfter zu sehen sein. Hier erhalten die Bürger Einblicke in die Arbeit des deutschen Parlamentes und haben oft auch die Möglichkeit, mit den von ihnen gewählten Abgeordneten persönlich in den Dialog zu treten.

„Vorgesehen ist, dass das Infomobil in dieser und in der nächsten Wahlperiode des Bundestages alle Wahlkreise im Land besucht“, sagt Gabriele Kienitz vom Referat für Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages. Das Konzept dazu ist nicht neu, bereits seit dem Jahr 2000 hat der Bundestag ein Infomobil. Doch dieses Mal werde wieder von vorne angefangen. „Wir beginnen quasi bei Wahlkreis Null.“ Dazu passe das Parlamentsviertel als Startpunkt für die Deutschlandtour, erklärte Kienitz. „Unsere Zielgruppe sind dabei alle interessierten Bürgerinnen und Bürger in den Wahl-

kreisen, besonders wollen wir aber jungen Menschen die Politik erklären und näherbringen.“ Dazu würden die Schulen vor Ort direkt angeschrieben und zu Vorträgen eingeladen. Der Innenraum des weißen umgebauten Trucks ist deshalb erweiterbar, sodass auch Gruppen von bis zu 30 Personen Platz finden. Hinzu komme „Laufkundschaft“, da das Infomobil meistens auf zentralen Plätzen parke. „Oft nutzen die einzelnen Abgeordneten das Infomobil auch für Bürgersprechstunden“, sagte Kienitz. Hierzu gibt es einen separaten Besprechungsraum. An mehreren Computerterminals können sich die Besucher über die Arbeit des Parlamentes informieren. Eines davon ist höhenverstellbar, sodass auch ein barrierefreier Zugang möglich ist. In einer „Kinderecke“ können sich schon die Kleinen auf Kuppelkuck.de, dem Internetportal des Bundestages extra für Kinder, spielerisch mit Politik beschäftigen. Auf einem großen Bildschirm kann ein Quiz über den Bundestag gespielt werden. Zudem werden Filme über den Bundestag gezeigt. Neu und sehr beliebt sei der Film über

den fiktiven Bundestagsabgeordneten Jakob Maria Mierscheid (SPD), sagt Kienitz. Vor Ort stehen den Besuchern bis zu vier Mitarbeiter für Fragen aller Art zur Verfügung. Zum Beispiel, welche Aufgaben die Ausschüsse haben oder wie viele Gesetze im Schnitt pro Legislaturperiode verabschiedet werden. „Wir können viele Vorurteile der Bürger aufklären und abbauen“, sagt Albrecht Eggert, einer der vier Mitarbeiter. So sei die am Meisten gestellte Frage, warum der Plenarsaal oft so leer ist. Eggert erklärt dann, „dass der Bundestag arbeitsteilig organisiert ist und vieles schon in den Ausschüssen debattiert wird“.

Im Schnitt bleibt das Infomobil drei Tage in einem Wahlkreis, bei Sonderveranstaltungen wie Bildungsmessen oder in touristisch stark frequentierten Orten auch länger. Dieses Jahr stehen hier die süddeutschen Seen im Fokus. Von März bis Ende Oktober wird das Infomobil unterwegs sein. Die nächsten Haltestellen sind Wittenberg und Halle an der Saale, weitere Stationen mit den dazugehörigen Terminen sind auf www.bundestag.de abrufbar.

Felix Kern ■

LESERPOST

Leserbrief zur Ausgabe 1-3 vom 30.12.2013 allgemein: Mein spontanes Unbehagen ging in Bestürzung über, als ich begriff, was ich las: „Der Erste Weltkrieg – Das Jubiläumsjahr 2014“, und später „Weltkriegs-Jubiläum“! Die Hinterbliebenen mögen zu ihrem Trost einen Sinn suchen – zum Jubilieren besteht nach meinem Empfinden allenthalben kein Anlass.

Oliver Lachmann, Altenberge

Leserbrief zur Ausgabe 1-3 vom 30.12.2013, „Strenge Noten aus Paris“ auf Seite 8: Im Text und in der Überschrift des Artikels wird der Versailler Vertrag meines Erachtens teilweise verharmlosend dargestellt. Zunächst: Der Vertrag ist nicht nur in der Propaganda der Kriegsgegner ein Diktat, sondern auch in der Realität. Denn die Siegermächte haben bei Nichtunterzeichnung des Abkommens mit dem Einmarsch und der weiteren Fortsetzung des Kriegs gedroht. Insofern war der Versailler Vertrag nicht nur in Anführungsstrichen ein Diktat. Zudem wäre es erwähnenswert gewesen, dass mit Versailles und seinem Kriegs-

schulparagrafen 231 in Europa eine verhängnisvolle Wendung zur moralischen Diskriminierung und Verdammung der unterlegenen Kriegspartei beschränkt wurde. Der im Text beschriebene „Anti-Versailler-Furor“, der „bis weit in die gesellschaftliche Mitte reichte“, ist insoweit verständlich, auch weil die Höhe der Reparationen und Dauer der Zahlungen in Versailles nicht beziffert wurde, sondern man von endlosen und uferlosen Tributen ausgehen musste. All das hat Demagogen vom Schlag eines Hitler direkt in die Hände gearbeitet. Auch gewährten die Alliierten die am Schluss des Beitrags geschilderten Milderungen der Reparationslasten der Weimarer Republik erst in ihrer Schlussphase. Leider blieben die Souveränitätseinschränkungen

weiter bestehen, während kurioserweise die Siegermächte erst dem Reichskanzler Hitler weit mehr entgegenkamen. Der von Hass und Rachegehrillen diktierte Vertrag von Versailles ist und bleibt ein verfehlter Friedensschluss sowie ein Sargnagel für die Weimarer Demokratie.

Helmut Reusch, Hamburg

Leserbrief zur Ausgabe 1-3 vom 30.12.2013, „Literatur zum Ersten Weltkrieg“ auf Seite 13: In den angeführten Beispielen der deutschsprachigen Publikationen zum Ersten Weltkrieg findet sich kein einziger Hinweis darauf, dass der Erste Weltkrieg zunächst ein europäischer Krieg war. Dieser wurde erst durch das Eingreifen Amerikas und dessen

Kriegserklärung an Deutschland am 6. April 1917 zu einem Weltkrieg. Insofern kann man auch 1917 als Epochenjahr und „Urkatastrophe“ bezeichnen.

Horst Beger, Essen

Leserbrief zur Ausgabe 4-5 vom 20.1.2014, „Parlamännchen“ auf Seite 1: Sie leiten im „Parlamännchen“ auf Seite 1 den Begriff „Legislaturperiode“ vom lateinischen Wort „legis“ ab. Das Wort „legis“ gibt es natürlich im Lateinischen als Genitiv-Form und mir leuchtet auch ein, dass man von „legis“ leichter auf „Legislaturperiode“ kommt als von der Grundform des Wortes „lex“, was auf Deutsch „Gesetz“ bedeutet. Trotzdem finde ich, dass man dem allgemein üblichen Gebrauch der Grundform, also des Nominativ Singular, Rechnung tragen sollte und auch diese im „Parlamännchen“ verwenden sollte, gegebenenfalls mit dem Zusatz der Genitiv-Form. Alternativ schlage ich vor, dass Sie das Wort „leges“ als Nominativ Plural-Form angeben und dementsprechend die deutsche Übersetzung „Gesetze“. Dann kommt man auch auf „Legislaturperiode“ und hat wenigstens einen Nominativ verwendet.

Thomas Jakobi, Frankfurt am Main

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1,
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 24. März.

PERSONALIA

>Wolfgang Schulhoff † Bundestagsabgeordneter 1983-2002, CDU
Am 17. Februar starb Wolfgang Schulhoff im Alter von 74 Jahren. Der Diplom-Volkswirt, Unternehmer und Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf von 2003 bis zu seinem Tod, war der Sohn des CDU-Bundestagsabgeordneten von 1961 bis 1972, Georg Schulhoff. 1959 schloss sich Wolfgang Schulhoff der CDU an, stand von 1989 bis 2003 an der Spitze seiner Partei in Düsseldorf und war dort von 1969 bis 1994 auch Ratsherr. Schulhoff, der sich im Bundestag überwiegend im Finanzausschuss engagierte, war von 1983 bis 1998 Direktkandidat des Wahlkreises Düsseldorf I.

>Wolf Bauer Bundestagsabgeordneter 1987-2009, CDU
Am 5. März wurde Wolf Bauer 75 Jahre alt. Der promovierte Pharmazeut aus Euskirchen wurde 1975 CDU-Mitglied, war von 1991 bis 1999 Vorsitzender des dortigen Kreisverbandes und von 1993 bis 1999 stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Aachen. Von 1979 bis 1994 gehörte er dem Rat seiner Heimatstadt an und amtierte dort von 1980 bis 1994 als Bürgermeister. Bauer, stets Direktkandidat des Wahlkreises Euskirchen – Erftkreis II, engagierte sich im Bundestag im Verkehrs- sowie im Gesundheitsausschuss.

>Dieter Maaß Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD
Am 7. März feierte Dieter Maaß seinen 75. Geburtstag. Der aus Gelsenkirchen stammende Schlosser und langjährige Betriebsratsvorsitzende trat 1957 der SPD bei und war von 1990 bis 2000 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Herne. Maaß, Direktkandidat des Wahlkreises Herne – Bochum II, engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

>Klaus Immer Bundestagsabgeordneter 1972-1987, SPD
Klaus Immer vollendete am 9. März sein 90. Lebensjahr. Der Diplom-Landwirt, Volkshochschuldozent und Geschäftsführer der Evangelischen Landjugendakademie in Altenkirchen, kam 1957 über die kurzlebige Gesamtdeutsche Volkspartei zur SPD. Immer, von 1969 bis 1993 Kreistagsabgeordneter in Altenkirchen, arbeitete im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

>Hartmut Soell Bundestagsabgeordneter 1980-1994, SPD
Am 11. März beging Hartmut Soell seinen 75. Geburtstag. Der promovierte Historiker und Universitätsprofessor aus Heidelberg trat 1962 der SPD bei und wurde 1977 dort stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes. Im Bundestag engagierte sich der Autor zahlreicher Darstellungen zur Geschichte der SPD im Auswärtigen Ausschuss. Von 1987 bis 1991 war Soell Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der WEU und 1992/93 deren Präsident.

>Karl Ahrens Bundestagsabgeordneter 1969-1990, SPD
Am 13. März vollendete Karl Ahrens sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und zuletzt Ministerialdirigent im niedersächsischen Innenministerium arbeitete im Bundestag vorwiegend im Wirtschaftsausschuss mit. Von 1970 bis 1991 gehörte Ahrens der Parlamentarischen Versammlung des Europarats an und war von 1986 bis 1991 Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion. Als Präsident des Europarats amtierte er von 1983 bis 1986.

>Uwe Holtz Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD
Am 19. März wird Uwe Holtz 70 Jahre alt. Der promovierte Historiker aus Bonn trat 1963 der SPD bei und war von 1969 bis 1973 Kreistagsabgeordneter in Mettmann. Holtz, vielfältig in internationalen Organisationen und Forschungsinstituten im Bereich der Entwicklungspolitik engagiert, war im Bundestag von 1974 bis 1994 Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Von 1973 bis 1995 gehörte er zudem der Parlamentarischen Versammlung des Europarats an und war von 1973 bis 1992 Mitglied in der Interparlamentarischen Union. Seit 2002 ist Holtz Ehrenpräsident der Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter.

>Wilhelm Josef Sebastian Bundestagsabgeordneter 1994-2009, CDU
Wilhelm Josef Sebastian begeht am 21. März seinen 70. Geburtstag. Der aus Dernau im Kreis Ahrweiler stammende Großhandelskaufmann und Geschäftsführer trat 1967 der CDU bei. Von 1974 bis 1999 gehörte er dem Gemeinderat in Dernau an, war dort von 1984 bis 1999 Bürgermeister und von 1980 bis 1990 Beigeordneter des Kreises Ahrweiler. Von 1986 bis 1994 gehörte Sebastian dem Landtag von Rheinland-Pfalz an. Sebastian, stets Direktkandidat des Wahlkreises Ahrweiler, arbeitete im Bundestag überwiegend im Verkehrsausschuss mit.

bmh ■



Dr. Angela Merkel, CDU/CSU, Bundeskanzlerin:

Ein militärisches Vorgehen ist keine Option für uns



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Jahrhundertlang waren die Beziehungen der europäischen Staaten von Rivalität, wechselnden Bündnissen und immer wieder schrecklichem Blutvergießen geprägt. Daran denken wir gerade in diesem Jahr, 2014, dem Jahr der Gedenktage, ganz besonders.

Wir denken an den Ersten Weltkrieg, der vor 100 Jahren ausbrach. Er war die erste große Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der alsbald die zweite folgen sollte: der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren mit dem Zivilisationsbruch durch die Shoah. Dass sich an diese Schrecken nunmehr über ein halbes Jahrhundert von Frieden, Freiheit und Wohlstand in weiten Teilen Europas anschloss, das grenzt immer noch an ein Wunder. Mit der europäischen Einigung hat Europa die Lehren aus seiner leidvollen Geschichte gezogen, zunächst im Westen Europas, nach 1989 darüber hinaus. Wir erinnern uns in diesem Jahr auch an den Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren und an den Beginn der EU-Osterweiterung vor 10 Jahren. Die europäische Einigung ist und bleibt auch im 21. Jahrhundert das große Versprechen von Frieden, von Freiheit und von Wohlstand.

Längst hat die Globalisierung unsere Welt – unsere Art zu leben, zu arbeiten, zu wirtschaften – bis in den letzten Winkel erfasst. Heute leben über 7 Milliarden Menschen auf der Erde. Sie alle wollen am Wohlstand teilhaben. Niemand kann sich mehr darauf beschränken, nur seine eige-

nen Belange im Blick zu haben, und wer es doch tut, der schadet sich selbst über kurz oder lang. Das gilt für alle: Das gilt für Deutschland, das gilt für unsere Nachbarn, das gilt selbst für ein so großes und starkes Land wie die Vereinigten Staaten von Amerika, ebenso für China und Russland. Wir sind alle, und zwar stärker und stärker, miteinander vernetzt – und eben auch Russland.

Ausdruck dessen sind zum Beispiel jährliche deutsch-russische Regierungskonsultationen, der Petersburger Dialog, das Deutsch-Russische Rohstoff-Forum, mehr als 20 bilaterale Abkommen Russlands mit der Europäischen Union, der Ostseerat, unsere Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen der G 8 und der G 20, der NATO-Russland-Rat, Verhandlungsmandate im Nahost-Friedensprozess und bei den Nukleargesprächen mit dem Iran und vieles, vieles mehr.

Das alles ist gelebte Globalisierung im 21. Jahrhundert. Sie ist Ausdruck der Erkenntnis, dass wir alle in Europa und darüber hinaus uns den großen Aufgaben gemeinsam stellen müssen. Sie ist Ausdruck dessen, dass jeder von uns allein weniger erreicht als gemeinsam.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Umfeld, in dem wir wie 2008 in Georgien und jetzt mitten in Europa, in der Ukraine, einen Konflikt um Einflussphären und um Territorialansprüche erleben, wie wir ihn eigentlich aus dem 19. oder 20. Jahrhundert kennen, einen Konflikt, den wir für überwunden gehalten hatten. Dass er ganz offensichtlich nicht überwunden ist, zeigen bereits drei Nachrichten der letzten 14 Tage:

27. Februar. Das Krim-Parlament setzt in nichtöffentlicher Sitzung eine neue Regierung ein und spricht sich in dieser Sitzung für eine Volksbefragung über den künftigen Status der Region aus, zunächst geplant für den 25. Mai. – Diese wurde dann vorverlegt auf den 30. März und schließlich auf den 16. März. Dies ist eine Verletzung der ukrainischen Verfassung, die Sezessionsreferenden in einzelnen Landesteilen ohne Zustimmung des Gesamtstaats nicht erlaubt.

1. März. Der Föderationsrat Russlands stimmt auf Bitten von Staatspräsident Putin in einem Vorratsbeschluss einem Militäreinsatz auf der Krim im Grundsatz zu, nachdem Russland zuvor, wie es heißt, um Beistand gebeten worden sei.

11. März. Das Krim-Parlament beschließt die Unabhängigkeit der Krim von der Ukraine, womit das in der ukrainischen Verfassung vorgesehene Verbot von Sezessionsreferenden umgangen werden soll.

Meine Damen und Herren, es ist offenkundig: Die territoriale Unversehrtheit und damit die staatliche Einheit der Ukraine werden ganz offen infrage gestellt und verletzt.

In einer Phase großer Unsicherheit in der Ukraine hat sich Russland nicht als Partner für Stabilität in dem mit ihm historisch, kulturell und wirtschaftlich eng verbundenen Nachbarland erwiesen, sondern nutzt dessen gegebene Schwäche aus. Das Recht des Stärkeren wird gegen die Stärke des Rechts gestellt, einseitige geopolitische Interessen über Verständigung und Kooperation.

Das ist Handeln nach den Mustern des 19. und 20. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert. Denn noch einmal: Niemand, schon gar nicht die Europäische Union oder Länder wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder auch Russland, niemand von uns kann sich heute im 21. Jahrhundert noch darauf beschränken, nur seine eigenen Belange im Blick zu haben. Wenn er es doch tut, dann schadet er sich über kurz oder lang selbst.

Es ist ganz ohne Zweifel beklemmend, was wir derzeit mitten in Europa erleben. Ich fürchte, wir werden einen langen Atem brauchen, um den Konflikt zu lösen. Aber wir können diese für Europa zentrale Herausforderung entschlossen annehmen. Es geht um die territoriale Unversehrtheit eines europäischen Nachbarlandes, um den Respekt vor den Prinzipien der Vereinten Nationen, um Prinzipien und Methoden des Interessenausgleichs im 21. Jahrhundert.

Weil in diesen Tagen von dem einen oder anderen der Vergleich mit dem Kosovo-Konflikt gezogen wird – vielleicht auch gleich in dieser Debatte –, erlaube ich mir dazu eine kurze Nebenbemerkung. Nachdem damals die Staatengemeinschaft den

sogenannten ethnischen Säuberungskriegen von Milosevic auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien jahrelang mehr oder weniger ohnmächtig zugesehen hatte, nachdem Sanktionen und Verhandlungen keinerlei Wirkung gezeigt hatten, entschloss sich die NATO, ohne UN-Mandat militärisch einzugreifen, auch weil Russland jeden Beschluss des UN-Sicherheitsrates für ein UN-Mandat blockiert hatte. Um es klipp und klar zu sagen: Die Situation damals ist in keiner Weise mit der in der Ukraine heute vergleichbar.

Doch wenn ich mich schon auf diesen aus meiner Sicht beschämenden Vergleich einlasse, dann hat ganz grundsätzlich Folgendes zu gelten: Das Vorgehen Russlands in der Ukraine stellt eindeutig einen Bruch grundlegender völkerrechtlicher Prinzipien dar. Dieser würde nicht dadurch relativiert, wenn es andere Völkerrechtsverletzungen gegeben hätte.

Es bleibt ein Bruch des Völkerrechts mitten in Europa, nach dem wir nicht zur Tagesordnung übergehen dürfen und nach dem wir nicht zur Tagesordnung übergegangen sind.

In dieser spannungsgeladenen und gefährlichen Situation gilt es, Wege aus der Krise zu finden. Militärisch ist der Konflikt nicht zu lösen. Ich sage allen Menschen, die Angst und Sorge haben: Militärisches Vorgehen ist keine Option für uns.

Die Politik der Bundesregierung und unserer Partner in der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika folgt vielmehr einem politisch-ökonomischen Dreiklang:

Erstens. Wir arbeiten intensiv für die Einrichtung einer internationalen Beobachterkommission und einer Kontaktgruppe beziehungsweise Koordinierungsgruppe; Sie können es nennen, wie Sie wollen. Wir arbeiten damit für einen politisch-diplomatischen Weg aus der Krise.

Ziel der Beobachtermission wäre es, Behauptungen zu überprüfen und ein objektives Bild der Lage überall in der Ukraine zu erreichen. Ziel einer Kontaktgruppe wäre es, einen Gesprächskanal zwischen Moskau und Kiew unter Vermittlung internationaler Partner aufzubauen. In solchen Gesprächen müssten all die Themen auf den Tisch, die zum jetzigen Konflikt geführt haben oder diesen in Zukunft noch anheizen könnten. Natürlich würde es dabei auch um Autonomiefragen gehen. Eines muss dabei aber unmissverständlich klar sein: Die territoriale Integrität der Ukraine steht nicht zur Disposition.

In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich erwähnt: Auch anderen

Staaten, wie der Republik Moldau oder Georgien, gebührt in dieser Situation unsere Solidarität.

Zweitens. Bei ihrem Treffen am 6. März 2014 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zu umfangreichen Hilfen für die Ukraine entschlossen. Wir haben das von der Kommission vorgelegte Unterstützungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 11 Milliarden Euro begrüßt. Dies umfasst auch Maßnahmen der europäischen Förderbanken EIB und EBRD. Schnelle Hilfe ist jetzt gefragt. Dabei ist auch eine enge Abstimmung mit dem IWF für die Unterstützung durch die EU essenziell. Eine IWF- und eine EU-Delegation sind bereits vor Ort in Kiew, um sich ein vollständiges Bild von der Lage in der Ukraine zu machen und erste Vorschläge für ein etwaiges Unterstützungs- und Reformprogramm zu erarbeiten.

Wir haben letzte Woche in Brüssel auch gemeinsam beschlossen, den politischen Teil des EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine bald zu unterzeichnen, der wichtige Impulse vor allem im Bereich der Rechtsstaatsentwicklung gibt. Einige der wirtschaftlichen Vorteile der im Abkommen angelegten umfassenden Freihandelszone will die EU kurzfristig durch einseitige Handels erleichterungen wie eine Senkung von Zöllen zugänglich machen.

Äußerst wichtig ist in dieser Situation natürlich auch, die Kontakte der Menschen untereinander zu befördern. Wir wollen die Verhandlungen zu Visaerleichterungen für die Ukraine beschleunigt vorantreiben. Auch im Energiebereich steht die EU bereit, die Ukraine bei einer Stärkung ihrer Energiesicherheit zu unterstützen, etwa durch eine größere Diversifizierung von Energiequellen und Transportwegen und durch Modernisierungsmaßnahmen.

Ganz wichtig werden aber auch Signale der Solidarität von Mensch zu Mensch sein – dies auch und vor allem in der Ostukraine. Hier können bestehende Städtepartnerschaften – es gibt eine ganze Reihe davon – und

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Angela Merkel (CDU/CSU, Bundeskanzlerin)

andere zivilgesellschaftliche Kontakte eine ganz wichtige Rolle spielen.

Ich möchte die deutschen Städte, aber auch Schulen, Universitäten und Vereine mit Partnern in der Ukraine dazu ermuntern, in dieser besonderen Zeit den Kontakt noch zu vertiefen und zu schauen, ob praktische Hilfeleistungen möglich sind.

Wir unterstützen die Übergangsregierung in Kiew darin, eine Regierung für alle Ukrainer zu sein. Es geht darum, Gräben zu überwinden, erste Schritte zur wirtschaftlichen Stabilisierung zu gehen und freie und faire Wahlen im Mai zu ermöglichen.

Die Ukraine sollte weiterhin ein Ort des friedlichen Zusammenlebens für alle ihre Bürger sein, ganz gleich, ob sie Ukrainisch, Russisch, Tatarisch oder eine der anderen Sprachen sprechen und welchen Glauben sie haben.

Wenn dieser Weg des Übergangs erfolgreich gemeistert werden kann, dann kann sich das europäische Angebot einer Reformpartnerschaft erfüllen, so wie sie im Assoziierungs- und vertieften Freihandelsabkommen niedergelegt ist. Die Zielsetzung ist sehr eng verwoben mit den Erwartungen, die in den Protesten auf dem Maidan zum Vorschein kamen: Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, mehr Transparenz, weniger Korruption und eine weitere Reduktion der Handelsbeschränkungen. Dieses Angebot zur Modernisierung ist ein Ansatz der Nachbarschaftspolitik, nicht der Geopolitik. Es ist gegen niemanden gerichtet.

Ich wiederhole in diesem Zusammenhang das, was ich in meiner Regierungserklärung zum EU-Gipfel zur Östlichen Partnerschaft am 18. November des letzten Jahres hier im Deutschen Bundestag gesagt habe, nämlich, dass sich weder die Östliche Partnerschaft noch die bilateralen vertraglichen Beziehungen, die die EU mit ihren Partnern abschließen will, gegen Russland richten.

Wir müssen – so habe ich damals gesagt – weiter daran arbeiten, dass es kein Entweder-oder zwischen einer Annäherung der Länder der Östlichen Partnerschaft an die EU und dem russischen Bemühen um eine engere Partnerschaft mit diesen Ländern geben sollte.

Die Ereignisse in diesen Wochen scheinen darüber hinwegzufegen: Richtig bleibt es trotzdem, auch jetzt nichts unversucht zu lassen, genau diesen Ansatz, für den die EU konkrete Vorschläge unterbreitet hat, weiterzuverfolgen.

Von der Stärkung und Modernisierung der Volkswirtschaften unserer osteuropäischen Partner profitierte im Übrigen auch Russland. Daher gehört für uns natürlich auch dazu, mit Russland über vermeintliche Nachteile aus einer ukrainischen Assoziierung für den ukrainisch-russischen Handel zu sprechen. Dazu gehört, zusammen mit Russland an Lösungsansätzen für ungelöste Konflikte in der gemeinsamen Nachbarschaft zu arbeiten.

Dazu würde auch gehören, mit Russland über ein neues Wirtschaftsabkommen zu beraten.

Drittens. Es gilt aber auch: Für den Fall, dass Russland nicht bereit ist, auf den Weg der Zusammenarbeit und des Rechts zurückzukehren, für den Fall, dass Russland unverändert nicht bereit ist, zur Entspannung beizutragen, haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union bei ihrem Treffen in der letzten Woche in Brüssel drei Stufen für ihr weiteres Vorgehen festgelegt.

In einer ersten Stufe haben wir die Verhandlungen über ein neues Abkommen zu den Grundlagen der EU-Beziehungen mit Russland und über Visafragen suspendiert. Wenn

es in den allernächsten Tagen nicht zu Verhandlungen mit Russland kommt, und zwar zu Verhandlungen, die Resultate hervorbringen und in denen nicht nur auf Zeit gespielt wird, dann werden die Außenminister der EU-Mitgliedstaaten in ihrem Rat am kommenden Montag, dem 17. März 2014, als zweite Stufe weitere Maßnahmen beschließen. Dazu gehören Einreiseperrren, Kontensperrungen und die Absage des EU-Russland-Gipfels.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, es ist in Ihrer aller Namen, wenn ich an dieser Stelle die Gelegenheit nutze, unserem Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu danken.

Ich danke ihm für seinen unermüdlischen Einsatz in schier endlosen, leider auch frustrierenden Gesprächen, aber nie nachlassend in unserem gemeinsamen Bemühen, einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Es versteht sich von selbst, dass sich der nächste reguläre Rat der Staats- und Regierungschefs neben den Punkten auf seiner seit langem geplanten Tagesordnung zu Klima- und Energiefragen natürlich auch mit dem weiteren Fortgang der Ereignisse in der Ukraine befassen wird.

Für den Fall, dass Russland die Lage in der Ukraine weiter destabilisiert – auch in der Ostukraine sehen wir besorgniserregende Entwicklungen –, haben die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen am 6. März eine dritte Stufe von Maßnahmen vereinbart, die wir bereit wären, zu ergreifen. Sie könnten in vielfältiger Weise die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland betreffen.

Um es unmissverständlich klarzumachen: Niemand von uns wünscht sich, dass es zu solchen Maßnahmen

kommt. Doch wir alle wären zu ihnen bereit und entschlossen, falls sie unumgänglich werden.

Wir alle, das sind die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union in engster Abstimmung mit unseren transatlantischen

Partnern und innerhalb der G 7. Gemeinsam haben wir auch in der G 7 in der vergangenen Woche beschlossen, unsere Beteiligung an den Vorbereitungsprozessen für den im Juni geplanten G-8-Gipfel auszusetzen, bis ein Umfeld hergestellt ist, in dem sinnvolle Gespräche im G-8-Rahmen wieder möglich sind.

Wenn Russland seinen Kurs der letzten Wochen fortsetzt, dann wäre das nicht nur eine Katastrophe für die Ukraine. Dann empfinden wir das nicht nur als Nachbarstaa-

ten Russlands als eine Bedrohung. Dann veränderte das nicht nur das Verhältnis der Europäischen Union als Ganzes zu Russland. Nein, dann schadete das nicht zuletzt – davon bin ich zutiefst überzeugt – massiv auch Russland, und zwar ökonomisch wie politisch. Denn – ich kann es gar nicht oft genug und nachdrücklich genug sagen – die Uhr lässt sich nicht zurückdrehen. Interessenkonflikte mitten in Europa im 21. Jahrhundert lassen sich erfolgreich nur dann überwinden, wenn wir nicht auf Muster des 19. und 20. Jahrhunderts zurückgreifen.

Sie lassen sich nur dann überwinden, wenn wir mit den Prinzipien und Mitteln unserer Zeit, des 21. Jahrhunderts, agieren.

Auch geopolitische Stärke entwickeln, das geht erfolgreich nur mit den Prinzipien und Mitteln unserer Zeit. Uns allen in Europa und der Welt – auch Russland – eröffnen sich auf diesem Weg so sehr viel mehr Chancen als Risiken. Dem folgt der Dreiklang unseres Handelns als Bundesregierung: Gespräche, Hilfen und Sanktionen, indem Deutschland in der aktuellen Krise in enger Abstimmung mit unseren Partnern die jeweils nächsten Schritte geht. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die territoriale Integrität der Ukraine steht nicht zur Disposition.



Bewaffnete umstellen eine Kaserne des ukrainischen Militärs nahe der Stadt Simferopol auf der Krim.

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 10. bis 14. März 2014 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Bundestagsnachrichten Antrag „Erneute Überweisung von Vorlagen aus früheren Wahlperioden“ (CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, 18/770).

Debatte zur Lage in der Ukraine / 20. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 13. März 2014

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Es gibt nur den Weg der Diplomatie



Gregor Gysi (*1948)
Wahlkreis: Berlin-Treptow - Köpenick

Putin will die gesamte Krise in der Ukraine militärisch lösen. Er hat nicht begriffen, dass die Probleme der Menschheit weder mit Soldaten noch mit Gewehren zu lösen sind, ganz im Gegenteil.

Auch die Probleme Russlands lassen sich so nicht lösen.

Sein Denken und Handeln ist falsch und wird von uns deutlich verurteilt.

Es ist aber dasselbe Denken, das im Westen vorherrschte und vorherrscht: bei Jugoslawien, Afghanistan, dem Irak und Libyen.

An die Stelle der Systemkonfrontation sind die Interessengegensätze der USA und Russlands getreten. Der Kalte Krieg ist beendet, aber solche Interessengegensätze können zu ganz ähnlichen Zügen führen.

Die USA wollen mehr Einfluss gewinnen und vorhandenen verteidigen, und Russland will mehr Einfluss gewinnen und vorhandenen verteidigen. Ich sage als Stichworte zu Russland nur: Georgien, Syrien, Ukraine.

Auch wenn man Putins Vorgehen verurteilt, muss man sehen, wie es zur gesamten Zuspitzung und Konfrontation kam. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Alles, was NATO und EU falsch machen konnten, haben sie falsch gemacht.

Ich beginne bei Gorbatschow im Jahre 1990. Er schlug ein gemeinsames europäisches Haus, die Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages und ein Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ mit Russland vor. Das hat die NATO ausgeschlagen. Sie hat gesagt: Den Warschauer Vertrag aufzulösen, ist okay, aber die NATO bleibt. Und aus dem Verteidigungsbündnis NATO wurde ein Interventionsbündnis gemacht.

Der zweite Fehler: Bei der Herstellung der deutschen Einheit erklärten der amerikanische Außenminister, unser damaliger Außenminister

Genscher und andere Außenminister gegenüber Gorbatschow, dass es keine Osterweiterung der NATO geben wird. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Es gab eine vehemente Ausweitung der NATO in Richtung Russland.

Der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert Gates bezeichnete die eifertige Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die NATO als schweren Fehler und den Versuch des Westens, die Ukraine in die NATO einzuladen, als schwere Provokation. Nicht ich, sondern der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister hat das erklärt.

Dann kam drittens der Beschluss, Raketen in Polen und Tschechien zu stationieren. Die russische Regierung sagte: Das tangiert unsere Sicherheitsinteressen; wir möchten das nicht. – Das hat den Westen überhaupt nicht interessiert. Es wurde dennoch gemacht.

Zudem hat die NATO im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg das Völkerrecht mehrfach und schwer verletzt. Das räumt inzwischen auch der damalige Kanzler Schröder ein. Serbien hatte keinen anderen Staat angegriffen, und es gab keinen Beschluss des UN-Sicherheitsrates. Es wurde dennoch mit erstmaliger bundesdeutscher Beteiligung nach 1945 bombardiert. Und die Bewohnerinnen und Bewohner des Kosovo durften in einem Volksentscheid die Loslösung von Serbien beschließen.

Ich habe damals die Völkerrechtsverletzung schwer kritisiert und Ihnen gesagt: Sie öffnen beim Kosovo eine Büchse der Pandora; denn wenn das im Kosovo erlaubt ist, müssen Sie es auch in anderen Gegenden erlauben. – Sie haben mich beschimpft. Sie haben es nicht ernst genommen, und zwar weil Sie glaubten, solche Sieger im Kalten Krieg zu sein, dass alle alten Maßstäbe für Sie nicht mehr gelten. Ich sage Ihnen: Die Basken fragen, warum sie keinen Volksentscheid machen dürfen, ob sie zu Spanien gehören wollen oder nicht. Die Katalanen fragen, warum sie keinen Volksentscheid machen dürfen, ob sie zu Spanien gehören wollen oder nicht. Natürlich fragen das nun auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Krim.

Durch Völkerrechtsverletzung kann man über Gewohnheitsrecht auch neues Völkerrecht schaffen;

das wissen Sie. Ich bleibe aber der Meinung, dass die Abtrennung der Krim völkerrechtswidrig wäre, genauso wie die Abtrennung des Kosovo völkerrechtswidrig war.

Ich wusste aber, dass sich Putin auf den Kosovo berufen wird, und er hat es auch getan. Jetzt sagen Sie, Frau Bundeskanzlerin: Die Situation ist doch eine völlig andere. Sie verkennen aber: Völkerrechtsbruch ist Völkerrechtsbruch.

Herr Struck hat damals erklärt: Die Bundesrepublik muss ihre Sicherheit am Hindukusch verteidigen. – Nun erklärt Herr Putin: Russland muss seine Sicherheit auf der Krim verteidigen. – Deutschland hatte am Hindukusch übrigens keine Flotte und war auch wesentlich weiter entfernt. Trotzdem sage ich: Beide Sätze waren beziehungsweise sind falsch.

Aber es bleibt auch Folgendes: Wenn viele Völkerrechtsverletzer dem Völkerrechtsverletzer Russland vorwerfen, das Völkerrecht zu verletzen, ist das nicht besonders wirksam und glaubwürdig. Das ist die Tatsache, mit der wir es zu tun haben.

Obama sprach genauso wie Sie, Frau Bundeskanzlerin, von der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten. Aber diese beiden Prinzipien wurden in Serbien, im Irak, in Libyen verletzt. Der Westen meinte, das Völkerrecht verletzen zu können, weil der Kalte Krieg vorbei sei. Man hat die chinesischen und die russischen Interessen grob unterschätzt. Sie haben Russland unter Jelzin, der häufig angetrunken war, überhaupt nicht mehr ernst genommen.

An die Stelle der Systemkonfrontationen sind die Interessengegensätze getreten.

Aber die Situation hat sich geändert. Sehr spät berufen Sie sich jetzt wieder auf die im Kalten Krieg entstandenen völkerrechtlichen Grundsätze. Ich bin sehr dafür, dass sie wieder gelten – aber dann für alle! Anders geht es nicht.

Dann gab es das Gezerre zwischen der EU und Russland an der Ukraine. Beide dachten und handelten gleich. Barroso, der Kommissionschef der EU, hat gesagt: Entweder Zollunion mit Russland oder Verträge mit uns! – Er hat nicht gesagt: „Beides“, sondern: „Entweder – oder!“. Putin hat gesagt: Entweder Verträge mit der EU oder mit uns! – Beide haben gleichermaßen alternativ gedacht und gehandelt. Das war ein verheerender Fehler von beiden Seiten.

Kein einziger EU-Außenminister hat versucht, mit der russischen Regierung zu sprechen und die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Russland fürchtet doch, dass nach engeren Beziehungen mit der EU die NATO in die Ukraine kommt. Es fühlt sich immer eingekreist. Aber es wurde nur an der Ukraine gezerrt.

Die EU- und NATO-Außenminister haben die Geschichte Russlands und der Ukraine völlig unberücksichtigt gelassen. Sie haben die Bedeutung der Krim für Russland nie verstanden. Die ukrainische Gesellschaft ist tief gespalten.

Auch das wurde nicht berücksichtigt. Diese tiefe Spaltung zeigte sich schon im

Zweiten Weltkrieg, und sie zeigt sich auch heute. Die Ostukraine tendiert in Richtung Russland. Die Westukraine tendiert in Richtung Westeuropa. Es gibt derzeit keine einzige politische Persönlichkeit in der Ukraine, die beide Teile der Gesellschaft repräsentieren könnte. Das ist eine traurige Wahrheit.

Dann gibt es noch den Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE. Die haben Sie in letzter Zeit schwer vernachlässigt, Frau Bundeskanzlerin und Herr Außenminister. Die Gelder für diese Organisationen wurden immer mehr zusammengestrichen, weil Sie meinten, dass sie nicht wichtig sind. Das sind aber die einzigen europäischen Organisationen, in denen sowohl Russland als auch die Ukraine organisiert sind. Deshalb müssen wir diese Organisationen wieder stärken – auch finanziell – und dürfen nicht über einen Ausschluss Russlands faseln; das ist völlig daneben.

Dann erlebten wir eine starke Zuspitzung auf dem Maidan. Wir erlebten Scharfschützen und viele Tote. Es gibt verschiedene Gerüchte. In solchen Situationen wird viel gelogen. Deshalb schlagen wir vor, eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen. Wir, aber vor allem die Ukrainerinnen und Ukrainer haben ein Recht, zu erfahren, was dort gelaufen ist und wer dort welche Verantwortung trägt. Ich freue mich, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, das unterstützen.

Auf dem Maidan gab es viele demokratische Kräfte, aber auch Faschisten. Der Westen machte direkt und indirekt mit.

Dann haben Außenminister Steinmeier, der französische und der polnische Außenminister mit Janukowitsch und der Opposition einen Vertrag geschlossen. Jetzt sagen Sie, Herr Außenminister, Janukowitsch habe die Vereinbarung durch seine Flucht hinfällig gemacht. Das

ist falsch. Die Menschen auf dem Maidan lehnten die Vereinbarung mit großer Mehrheit ab, und Sie, Herr Außenminister, haben auf dem Platz auch nicht für diese Vereinbarung geworben. Erst nach der Ablehnung verließ Janukowitsch Kiew.

Dann tagte das Parlament und wählte ihn mit 72,88 Prozent ab.

Die Verfassung schreibt aber 75 Prozent vor. Nun sagen Herr Röttgen und andere: Na ja, bei einer Revolution kann man nicht so genau auf die Verfassung achten. Ein paar

Prozentchen mehr oder weniger ... – Das kann man ja alles machen. Nur, Putin beruft sich darauf und sagt: „Es gab nicht die verfassungsmäßige Mehrheit für die Abwahl“, und stützt sich deshalb auf Schreiben, die Janukowitsch ihm sendet.

Außerdem: Bei der Abstimmung im Parlament standen lauter bewaffnete herum. Das ist nicht besonders demokratisch. Bei der Volksabstimmung auf der Krim am kommenden Sonntag stehen auch lauter bewaffnete Soldaten herum. Auch das ist nicht besonders demokratisch.

Interessant ist, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, sagen, ein solcher Volksentscheid sei nach der ukrainischen Verfassung verboten. Wann gilt sie denn nun und wann nicht? Bei der Abwahl des Präsidenten gilt sie nicht, und bei der Abstimmung auf der Krim soll sie plötzlich gelten. Sie müssen schon wissen: Akzeptieren Sie die ukrainische Verfassung ganz oder nur in bestimmten Teilen, wenn es Ihnen genehm ist? Das ist die Art, die ich kenne und die ich nicht mag.

Dann wurde eine neue Regierung gebildet, sofort anerkannt von Präsident Obama, auch von der EU, auch von der Bundesregierung. Frau Merkel! Der Vizepremierminister, der Verteidigungsminister, der Landwirtschaftsminister, der Umweltminister, der Generalstaatsanwalt – das sind Faschisten. Der Chef des nationalen Sicherheitsrates war Gründungsmitglied der faschistischen Swoboda-Partei. Faschisten haben wichtige Posten und dominieren zum Beispiel den Sicherheitssektor. Noch nie haben Faschisten freiwillig die Macht wieder abgetreten, wenn sie einmal einen Teil davon erobert hatten.

Zumindest die Bundesregierung hätte hier eine Grenze ziehen müssen, schon aufgrund unserer Geschichte.

Als Haider's FPÖ in die österreichische Regierung ging, gab es sogar Kontaktsperren und Ähnliches. Und bei den Faschisten in der

Kein einziger EU-Außenminister hat versucht, mit der russischen Regierung zu sprechen.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3: Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)

Ukraine machen wir nichts? Swoboda hat engste Kontakte zur NPD und zu anderen Naziparteien in Europa. Der Vorsitzende dieser Partei, Oleg Tjagnibok, hat Folgendes wörtlich erklärt. Ich zitiere jetzt; Sie müssen sich anhören, was er wörtlich gesagt hat – Anführungsstriche –:

Schnappt euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten.

Ende des Zitats. – Ich wiederhole. Dieser Mann hat gesagt – Anführungsstriche –:

Schnappt euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deut-

schon, die Judenschweine und andere Unarten.

Ende des Zitats. – Es gibt jetzt Übergriffe auf Jüdinnen und Juden und auf Linke, und gegen all das sagen Sie nichts? Mit diesen Swoboda-Leuten reden Sie? Ich empfinde das als einen Skandal. Ich muss Ihnen das ganz klar sagen.

Jetzt wollen Sie – auch das haben Sie angekündigt – Sanktionen verhängen, wenn es nicht anders ginge, wie Sie sagen. Aber die werden Putin nicht imponieren. Das spitzt doch die Situation nur zu. Kissinger, der ehemalige Außenminister der USA, hat recht. Er sagt, die Sanktionen seien nicht Ausdruck einer Stra-

tegie, sondern Ausdruck des Fehlens einer Strategie. Das gilt auch für die eskalierenden Militärflüge über Polen und die baltischen Republiken. Was soll das?

Konten von Janukowitsch und seinen Anhängern sind gesperrt, weil es gestohlenen Staatsgeld ist. Meine Frage: Das wussten Sie vorher nicht? Zweite Frage: Warum eigentlich nur deren Konten? Was ist mit dem Milliardenvermögen der Oligarchen, die andere Kräfte unterstützen? Warum machen Sie da nichts? Wie einseitig läuft das eigentlich alles?

Es gibt nur den Weg der Diplomatie.

Erstens. Der Westen muss die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands auf der Krim anerkennen, wie das übrigens auch US-Außenminister Kerry erkannt hat. Es muss ein Status für die Krim gefunden werden, mit dem die Ukraine, Russland und wir leben können.

Russland muss garantiert werden, dass die Ukraine nicht Mitglied der NATO wird.

Zweitens. Die Perspektive der Ukraine liegt in einer Brückenfunktion zwischen EU und Russland.

Drittens. Es muss in der Ukraine ein Prozess der Verständigung und Versöhnung zwischen Ost und West eingeleitet werden, vielleicht über einen

föderalen oder konföderalen Status, vielleicht auch über zwei Präsidenten.

Was ich der EU und der NATO vorwerfe: Bis heute ist kein Verhältnis zu Russland gesucht und gefunden worden. Das muss sich jetzt gründlich ändern.

Sicherheit in Europa gibt es weder ohne noch gegen Russland, sondern nur mit Russland. Wenn die Krise eines Tages überwunden ist, könnte ein Vorteil darin bestehen, dass das Völkerrecht endlich wieder von allen Seiten respektiert wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Der Kalte Krieg darf nicht nach Europa zurückkommen



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis: Köln III

Es besteht heute kein Zweifel: Dies ist eine ernste internationale Krise, und sie stellt einen tiefen Einschnitt in den Beziehungen zu Russland dar. Genau darauf muss das Schwergewicht in unseren Reden heute liegen, und wir dürfen nicht einem innenpolitischen Reflex folgen, wenn wir über Außenpolitik reden. Wir müssen dieser Situation gerecht werden, indem wir berücksichtigen, über wen wir hier sprechen, und indem wir darüber nachdenken, welche Auswege bestehen, um unser Verhältnis zu Russland letztlich wieder in eine friedliche Kooperation münden zu lassen.

Es ist angemessen, auch von dieser Stelle aus zu sagen: Es ist absehbar, dass durch die Vorgänge, die wir auf der Krim und in der Ukraine sehen und in den Beziehungen zu Russland erleben, Unsicherheit und neue Spannungen in Europa leider wieder wachsen werden. Ich persönlich hätte diesen Rückfall in Chauvinismus und das Denken in Einflusszonen nicht erwartet. Gerade von deutscher Seite haben wir viel dafür getan, um der Entspannungspolitik zum Durchbruch zu verhelfen und letztlich eine Verhal-

tenänderung in der Politik zu erreichen.

Insofern müssen wir den Bundesbürgern sagen: Es gibt unterschiedliche Dimensionen. Nicht nur die Ukraine ist unmittelbar betroffen – die Bundeskanzlerin hat es gesagt –; es geht auch um andere Länder, in denen russische Minderheiten wohnen und wo die Unsicherheit möglicherweise wächst, etwa in Bulgarien, im Baltikum, aber auch in Ländern Zentralasiens. Um diese Länder herum werden sich Spannungen aufbauen.

Außerdem werden die Vorgänge in der Ukraine – das muss man auch dem russischen Präsidenten sagen – auch Auswirkungen auf Russland selbst haben. Auch dort leben viele Minderheiten, die sich von Putins Politik möglicherweise beeinflussen lassen und eigene Forderungen in Richtung nationale Unabhängigkeit stellen. Natürlich legt auch die russische Politik heute eine andere Messlatte an. Sie spricht nicht mehr allein von russischen Staatsbürgern, sondern mittlerweile auch von ethnischen Russen, vom Slawentum. Das bringt die Gefahr zum Ausdruck, die für unseren Kontinent an dieser Stelle herrscht.

Wir machen uns insbesondere darüber Sorgen, dass sich Regierungen in anderen europäischen Ländern das Vorgehen Russlands möglicherweise zum Vorbild nehmen. Wir dürfen nicht vergessen: Selbst innerhalb der Europäischen Union und auch außerhalb der Europäischen Union gibt es Regierungen, die sich in diesen Denkstrukturen bewegen und überlegen, eigene politische Hasardeurritte in Europa zu unternehmen. Deswegen müssen wir von hier aus sehr deutlich machen: Es ist auch in unserem eigenen Interesse, zu versuchen, die-

sen Konflikt so gut wie möglich zu bewältigen.

Folglich ist die Frage angemessen: Hat der russische Präsident eine Strategie, oder ist er angesichts schwerwiegender innenpolitischer Probleme ein von Schwäche und Willkür Getriebener? Für beides gibt es Hinweise; für beides sprechen Fakten. Genau das ist das große Problem: Jemand, der innenpolitisch getrieben ist und sozusagen Innenpolitik über Außenpolitik machen will, birgt in sich die Gefahr, möglicherweise internationale Spannungen zu produzieren, um von innenpolitischen Problemen abzulenken.

Auf der einen Seite scheint es aber in der Tat eine Strategie zu geben; die Bundeskanzlerin hat darauf hingewiesen. Die von ihr genannten Daten deuten darauf hin, dass möglicherweise bestimmte Gruppen auf der Krim die Ereignisse frühzeitig für ihre politischen Ziele genutzt haben.

Auf der anderen Seite dürfen wir nicht verkennen: Russland ist in einer schweren Wirtschafts- und Modernisierungskrise. Der russische Präsident selbst hat im letzten Jahr in der Rede zur Lage der Nation auf diese Probleme hingewiesen. Hier bietet sich die Möglichkeit, Angebote zu unterbreiten, um ihm bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Modernisierungskrise zu helfen und im Grunde genommen also die innenpolitischen Herausforderungen aufzugreifen. Das schlägt uns auch aus der russischen Bevölkerung entgegen. Wir kennen doch die Meinungsumfragen. Das, was die russische Politik heute macht, ist gar nicht so unumstritten. Wir

wissen, dass die Bürger in Russland mittlerweile auch Angst vor dieser Situation haben. Nach meinem Dafürhalten sollten wir uns dies in weiteren Gesprächen mit Russland zunutze machen.

Ein weiterer Aspekt. Ich wäre froh, wenn wir nicht immer über die Ukraine reden würden und Vorschläge machen würden, wie zukünftig ihre Verfassung aussehen soll oder wie sie sich zukünftig verhalten soll, ob es also zwei Präsidenten und eine Föderalregierung oder anderes geben soll.

Ich würde mich vielmehr freuen, wenn wir die Integrität dieses Landes und die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger in der Ukraine anerkennen würden, egal welche politische Verantwortung wir heute im Deutschen Bundestag sehen.

Es geht deswegen hauptsächlich darum, zu beobachten, was in der Ukraine passiert. Die Proteste waren

am Anfang friedlich. Sie waren auch der Ausdruck von Findung einer Nation, die über Sprache, gemeinsames Verhalten und natürlich auch Hoffnungen Orientierung hatte. Natürlich ist Europa für

viele dort Vorbild. Aber in erster Linie müssen wir die nationale Identität der Ukraine respektieren; daran müssen wir auch unser politisches Handeln messen lassen.

Natürlich hat die Regierung Janukowitsch zur Brutalisierung der Verhältnisse auf dem Maidan beigetragen. Das müssen doch auch Sie vonseiten der Linken anerkennen. Staatliche Institutionen haben mit Brutalisierung und Gewalt auf dem Maidan, aber auch in der Ukraine insgesamt begonnen. Deswegen unterstützen wir die Bundeskanzlerin, wenn sie in ihrer Regierungserklärung fordert: Darüber muss aufgeklärt werden. Auch eine Übergangsregierung muss die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Das ist aber eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft in der Ukraine und eben nicht nur für die Regierung alleine.

Die Vorgänge in der Ukraine werden auch Auswirkungen auf Russland selbst haben.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich ganz herzlich für das, was die Bundesregierung in den vergangenen Tagen und Wochen unternommen hat. Das war Krisenmanagement. Man hat versucht, das Blutvergießen auf dem Maidan und in der Ukraine zu stoppen. Hier haben wir versucht, unsere moralischen Kategorien einzubringen und auch auf diplomatischem Wege den Konflikt auf dem Maidan zu beenden, der möglicherweise zu Schlimmerem geführt hätte. Wir wollten Schlimmeres verhindern. Die Bundeskanzlerin und insbesondere der Außenminister haben das zusammen mit anderen, aber nicht über die Köpfe anderer hinweg unternommen. Dafür gebührt der gesamten Bundesregierung Dank.

Beide haben in den vergangenen Tagen – auch das gehört zu einem Krisenmanagement – versucht, die verschiedenen Interessen der Europäischen Union zusammenzuhalten, zu bedenken und sozusagen auch zum Ausdruck zu bringen. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben das in Telefonaten, aber auch bei Besuchen wie gestern in Polen getan. Der Außenminister war im Baltikum. Gerade das sind ja Länder, die sich von dieser Situation international herausgefordert fühlen.

Im Nachhinein kann man natürlich immer sagen, was falsch gemacht worden ist. Aber dass das Blutvergießen gestoppt worden ist, müssen doch auch Sie, Herr Kollege Gysi, an dieser Stelle anerkennen. Genau das hat die Bundesregierung in den Gesprächen mit dem polnischen und dem französischen Außenminister erreicht. Dafür gebührt ihr in der Tat Anerkennung.

Wir dürfen nicht verkennen: Putin kann drohen, aber er kann auf die zivilgesellschaftliche Entwicklung in der Ukraine langfristig keinen Einfluss nehmen. Auch das muss Präsident Putin und den handelnden Akteuren in Moskau klar werden. Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass auch die russische Regierung an ihren Worten gemessen worden wäre, auch in der Auseinandersetzung über all das, was

falsch gelaufen ist. Auch Präsident Putin hat für Deeskalation geworben, und trotzdem hat er Manöver abgehalten, trotzdem hat er eine Interkontinentalrakete getestet, trotzdem ist er nicht auf den Vorschlag eingegangen, eine Kontaktgruppe zu bilden. Er hat sozusagen all die Wege, die von hier aufgezeigt worden sind, nicht angenommen. Er war eben nicht an Deeskalation interessiert. Ich finde, das, lieber Kollege Gysi, hätte man dem Präsidenten genauso vorhalten müssen.

In der Tat: Nach dem Ende des Kalten Krieges hat es Entwicklungen gegeben, bei denen die Inter-

essen Moskaus missachtet wurden – Sie, Herr Kollege Gysi, haben darüber gesprochen –: die NATO-Osterweiterung und vieles andere. Aber es war die letzte Große Koalition, die damals in schwierigen Gesprächen verhindert hat, dass neue Mitgliedstaaten in die NATO aufgenommen werden, weil wir eben die Sicherheitsinteressen Russlands beachtet haben. Ich glaube, man muss doch würdigen, dass das gerade von hier, von der Bundesregie-

lung und vom Deutschen Bundestag, ausgegangen ist. Deswegen bin ich der Meinung: Wir müssen aus beiderseitigem Verhalten lernen.

Russland ist in einer schweren Wirtschafts- und Modernisierungs-krise.

Russland hat eben nicht die Hand ausgestreckt: Bezüglich eines Assoziierungsabkommens traf man in allen Gesprächen, die geführt worden sind, auf Ablehnung von russischer Seite.

Insofern will ich Ihnen sehr deutlich sagen, Herr Kollege Gysi: Die Kritik der Linken allein um der Kritik willen wird

den außenpolitischen Herausforderungen nicht gerecht.

Ich habe mir mal die Mühe gemacht, nachzulesen, welche Hinweise Sie in der letzten Legislaturperiode dazu gegeben haben, was wir nach Ihrer Meinung alles falsch gemacht haben: Sie haben keine einzige Frage, keinen einzigen Antrag gestellt und keine Debatte im Plenum beantragt, um über die Ukraine und ihr schwieriges Verhältnis zu Russland zu diskutieren. Das ist Ihr Versagen als Opposition an dieser Stelle.

Es ist gut, dass wir auf Konfliktvermeidung achten, dass wir weiter den diplomatischen Weg gehen.

Für diejenigen, die immer auch das Empfinden Russlands in ihre Arbeit einbezogen haben, waren die letzten Wochen ein herber Rückschlag; es waren Tage der Verunsicherung und Enttäuschung. Dennoch bin ich der Überzeugung: Wir brauchen eine Entspannungspolitik in Zeiten neuer Spannungen, vor allem über den Tag hinaus. Der Kalte Krieg war ein Übel, das nicht nach Europa zurückkehren darf. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Unsere Aufgabe wird es sein, Konsequenzen zu ziehen



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Vor genau drei Wochen haben wir im Plenum des Deutschen Bundestages schon einmal über die Lage in der Ukraine debattiert. Das war der 20. Februar. Während wir hier debattiert haben, starben auf dem Maidan in Kiew Menschen durch die Schüsse von Scharfschützen. 82 Menschen sind es gewesen, die an diesem Tag zu Tode gekommen sind. Wenn man sich die Biografien dieser Menschen anschaut, dann sieht man: Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft, russisch- wie ukrainischsprachig haben dort ihr Leben gelassen.

Einer von ihnen ist Josef Schilling, 61 Jahre alt, Mitglied der jüdischen Gemeinde. An dem Tag, an dem wir hier debattiert haben, wurde ihm in der Nähe des Oktober-Palastes in den Kopf geschossen. Josef Schilling ist einer von 82, die für ihren Wunsch nach Freiheit, nach Demokratie mit dem Leben bezahlt haben. Der Maidan, der Ort der Revolution war, ist Ort des Gedenkens geworden, meine Damen und Herren.

Herr Gysi, wenn Sie sich heute hier noch einmal hinstellen und die Maidan-Bewegung diffamieren, wenn Sie sich hier noch einmal hin-

stellen und so tun, als wären es die rechten Kräfte gewesen, die den Maidan bestimmt hätten, wenn Sie so tun, als ob in der ukrainischen Regierung diese Kräfte die Oberhand hätten, dann will ich Ihnen eines sagen: Niemand hier im Haus wird verkennen, dass Swoboda und der rechte Sektor in der Ukraine Kräfte sind, mit denen es bezüglich dem, was wir an Werten und demokratischen Vorstellungen haben, nichts, ja, überhaupt nichts an Übereinstimmung gibt, meine Damen und Herren.

Es hilft nichts, mit einem Zitat von 2004 zu kommen. Es hilft auch nichts, dabei zu verschweigen, dass wir uns mit Blick auf die Krim schon fragen müssen, warum ausgerechnet Rechtspopulisten aus ganz Europa dort zur Wahlbeobachtung eingeladen werden.

Das dürfen Sie nicht verschweigen; denn dann ist klar: Die demokratische Bewegung in der Ukraine hat zu Recht unsere Unterstützung bekommen. Wir distanzieren uns in aller Form von den rechtsnationalen Kräften. Und es ist richtig so, dass wir trotzdem sagen: Die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung in der Ukraine werden ganz sicher auch damit fertig werden. Das ist der entscheidende Punkt.

Ich sage Ihnen: Ich bin sehr dankbar, dass sich Deutschland eben nicht neutral verhalten hat. Es war richtig, dass der deutsche Außenminister und das Weimarer Dreieck nach Kiew gereist sind, um zu vermitteln. Es war notwendig, dass Europa dem schamlosen Bruch des Völkerrechts durch ein Mitglied des Sicherheitsrates weder mit falscher Zurückhaltung noch mit militäri-

schen Drohgebärden, sondern mit Diplomatie und Besonnenheit begegnet ist.

Diplomatie bedeutet eben auch sichtbare Worte und klare Konsequenzen.

Wenn an diesem Wochenende das Referendum auf der Krim den Ausgang nimmt, den wir im Moment vermuten, dann muss man deutlich sagen: Es handelt sich um keine Abstimmung über Unabhängigkeit, sondern um eine ungültige Legitimation für eine völkerrechtswidrige Annexion. Das muss man so nennen. Das muss man so sagen. Das muss auch Frau Wagenknecht verstehen, die Verständnis dafür aufbringt. Ich, meine Damen und Herren, kann dafür kein Verständnis aufbringen.

Es ist beispiellos, wie hier eine Region militärisch besetzt wird, kritische Stimmen unterdrückt und mit

Hochdruck Fakten geschaffen werden. Ein so dreister und gefährlicher Rechtsbruch kann nicht ohne Konsequenzen bleiben. Weil wir eben keine EU wollen, die auf dem Zuschauerplatz sitzt, sondern ein einheit-

Die demokratische Bewegung in der Ukraine hat zu Recht unsere Unterstützung bekommen.

liches Vorgehen der EU wollen, kann man nicht zulassen, dass man zweifelt in Richtung NATO schaut. Deswegen ist es auch richtig, Sanktionen in drei Stufen vorzusehen. Das sind die Mittel, mit denen wir deutlich sagen können, was wir wollen. Sie sind ein Mittel der Diplomatie und nichts anderes.

Wenn man sich die Handelsbeziehungen anschaut, dann sieht man, dass es natürlich etwas ausmachen wird. Natürlich wird Russland nicht mehr einfach so weitermachen können wie bisher. Das ist selbstverständlich. Das ist klar. Das ist auch die Perspektive, vor der man steht,

wenn man klar und deutlich darüber spricht.

Ich möchte noch einen kritischen Punkt ansprechen. Ich glaube, dass wir in Deutschland, wenn wir über Sanktionen reden, tatsächlich über unsere eigene Politik sprechen müssen. Dabei geht es vor allem um unsere Rohstoffimporte. Es ist nicht egal, dass wir eine große Abhängigkeit vom russischen Gas haben. Es ist auch nicht egal, dass wir eine große Abhängigkeit von russischem Öl und russischer Kohle haben. Wenn wir in Deutschland die Energiewende nach wie vor mit angezogener Handbremse, wenn wir die Energiewende nach wie vor so zurückhaltend betreiben, dann wird unsere Abhängigkeit von solchen Rohstoffimporten weiterhin bestehen bleiben. Das ist für mich ein weiterer und ein sehr zentraler Grund dafür, warum wir die Energiewende vehement vorantreiben müssen.

Wenn wir in Europa über Sanktionen sprechen, dann können wir nicht einfach weiter wie bisher über Rüstungsexporte nach Russland reden.

Die Situation in der Ukraine ist nicht nur politisch prekär und wirtschaftlich desolat. Deswegen ist es gut und richtig, dass es Finanzhilfen gibt. Deswegen ist es gut und richtig, dass es Zoll- und Visaerleichterungen geben soll. Es muss eine klare Unterstützung für das Volk der Ukraine ge-

ben. Es muss klar und deutlich sein, was „europäische Perspektive“ eigentlich heißt. Diese europäische Perspektive ist nicht gegen jemanden gerichtet. Diese europäische Perspektive heißt vielmehr in allererster Linie, dass die Ukraine selbstständig, allein und eigenständig entscheiden können muss und nicht irgendjemand so tut, als könne man über die Ukraine und über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainer hinweg entscheiden. Das ist der entscheidende Punkt: Eigenständigkeit der Ukraine. Es geht um die Ukrainer, darum, was sie wollen und wohin sie wollen. Unser Angebot muss sein, sie darin zu unterstützen.

Unsere Aufgabe wird es sein, Konsequenzen zu ziehen und konsequent zu bleiben. Das tun wir mit diplomatischen, mit friedlichen Mitteln.

Es geht darum, dass die Menschen in der Ukraine eine klare Perspektive haben. Für Russland, das Verträge unterschrieben hat, in denen die Grenzen der Ukraine nicht nur akzeptiert, sondern auch garantiert werden, muss klar sein: Eine Annexion der Krim hat mit dem Völkerrecht nichts zu tun. Das ist unsere klare Position, und bei der werden wir auch bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)



Ein Plakat wirbt für die Teilnahme am Referendum auf der Krim.

Gerda Hasselfeldt, CDU/CSU:

Dies ist auch die Stunde Europas



Gerda Hasselfeldt (*1950)
Wahlkreis: Fürstenfeldbruck

Die Situation im Osten Europas ist gefährlich angespannt. Die Ukraine steckt mitten in einer Zerreißprobe.

Ich danke Ihnen, verehrte Frau Bundeskanzlerin, für Ihre besonnene und bestimmte Art, für Ihr besonnenes und bestimmtes, klares Handeln in dieser historisch schwierigen Situation.

Sie haben auch in Ihrer Regierungserklärung eindrucksvoll dargelegt, welche Schritte Deutschland und Europa gehen müssen, damit wieder ein friedliches und selbstbestimmtes Zusammenleben der Völker möglich ist. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken.

In diesen Dank schließe ich auch den Bundesaußenminister, Herrn Steinmeier, mit ein. Was Sie in den letzten Wochen und Monaten auf europäischer Ebene durch bilaterale Gespräche und Verhandlungen geleistet haben, verdient unser aller Dank, Respekt und Anerkennung.

Die Menschen in der Ukraine haben in den letzten Wochen großen Mut bewiesen. Sie haben wochenlang unter widrigsten Bedingungen gegen die damalige Regierung demonstriert, zunächst auf dem Maidan, später auch andernorts, im Osten des Landes. Sie haben für Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie demonstriert.

Diesen Menschen in der Ukraine, die ein Stück ihres Lebens eingesetzt haben, die immer wieder unter widrigsten Bedingungen für Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen sind, gilt unser Respekt, unsere Anerkennung, unsere Solidarität, aber auch unsere Unterstützung.

Gerade wir in Deutschland wissen, was es heißt, für Freiheit zu kämpfen. Wir wissen aus eigener Erfahrung: Es lohnt sich. Aber es geht nicht nur darum, zu kämpfen, sondern es geht auch darum, aufrecht zu stehen und immer wieder ein zentrales Menschenrecht einzufordern, nämlich Freiheit und damit auch Demokratie.

Die plötzliche Entscheidung des Staatspräsidenten, entgegen vorherigen Ankündigungen, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht zu unterzeichnen, hat gerade jungen Menschen die zunächst sicher geglaubte Zukunftsperspektive genommen. Sie gingen auf die Straße, weil sie genau das wollten, was wir in Europa seit langem haben, nämlich Freiheit, Sicherheit und Zukunftschancen. In dieser Zeit, denke ich, ist es gut, sich auch daran zu erinnern, welche beeindruckende Attraktivität und Anziehungskraft Europa für uns alle und gerade für die jüngere Generation hat.

Nun stehen sich auf der Krim russische und ukrainische Soldaten gegenüber. Russland hat auf die Freiheitsbemühungen von Anfang an mit Gegendruck reagiert, zunächst einmal wirtschaftlich, dann aber auch völkerrechtswidrig. Erst wurden Kreditzusagen zurückgenommen. Dann wurde der Gaspreis eklatant erhöht und damit die wirtschaftliche Daumenschraube zusätzlich angezogen. Schließlich wurde die Krim de facto durch nicht gekennzeichnete Soldaten besetzt. Einige andere Dinge wurden ja schon angesprochen.

All das, was in den letzten Tagen und Wochen vonseiten Russlands geschehen ist, war eindeutig eine Verletzung der territorialen Unversehrtheit eines europäischen Staates und verstößt eindeutig gegen das Völkerrecht und gegen bilaterale Verträge.

Aus meiner Sicht ist es ganz besonders bitter, dass damit auch all das, was in der Nachkriegsordnung und in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts mit der UN-Charta, der OSZE-Charta, den bilateralen Verträgen und im Europarat an Errungenschaften im europäischen, aber auch im internationalen Bereich aufgebaut wurde, durch so ein Verhalten mit Füßen getreten wird. Das können wir nicht akzeptieren. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Das müssen wir auch mit aller Deutlichkeit ansprechen.

Klar ist, dass dauerhafter Frieden nur mit Russland und nicht gegen Russland möglich ist. Deshalb ist das Gebot der Stunde, dass wir gemeinsam mit unseren Verbündeten und Freunden Russland zu echten Verhandlungen bewegen. Die Bemühungen der Bundeskanzlerin, des Außenministers und ihrer Kollegen auf europäischer Ebene dazu sind bekannt. Das muss gemeinsam mit der Europäischen Union, den G-7-Staaten, der NATO und der OSZE geschehen. Vorrangig sind natürlich Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland.

Ich begrüße sehr die Bemühungen um die internationale Kontaktgruppe und um die Beobachtergruppe. Das Ziel dieser internationalen Kontaktgruppe muss sein, Vertrauen zu schaffen und Vertrauen wiederherzustellen, aber vor allem die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine und nicht zuletzt auch Menschenrechte und Minderheitenrechte zu sichern.

Wir alle wissen, dass der Weg zur Erreichung dieser Ziele weit und alles andere

als einfach ist. Wir wissen, dass dabei Besonnenheit und Diplomatie gefragt sind und ein langer Atem, wie es die Bundeskanzlerin heute ausgedrückt hat, sicher notwendig ist. Bei allem Verständnis für die historischen Entwicklungen und Zusammenhänge und für die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Länder muss dabei ein klarer Kompass sichtbar werden. Dieser Kompass muss meines Erachtens folgendermaßen aussehen: erstens keine Verletzung des Völkerrechts und bilateraler Verträge, zweitens Wahrung der territorialen Souverä-

nität und der Integrität der Ukraine, drittens Sicherung der Freiheitsrechte, der Menschenrechte und der Minderheitenrechte für die Leute dort.

Zur Erreichung dieses Ziels kann es notwendig sein, Druckmittel einzusetzen; denn mit dem Propagieren von Zielen allein ist es nicht getan. Verhandlungen, Gespräche, das Aufzeigen von Konsequenzen sind das eine – bei den Verhandlungen muss man auch klare Kante zeigen –, aber notfalls müssen eben auch entsprechende Druckmittel eingesetzt werden. Die Stufen, die die Europäische Union vorgegeben hat, sind be-

kannt.

Es gilt aber auch, den Menschen in der Ukraine zu helfen. Es reicht nicht, unsere Solidarität zu bekunden, sondern wir müssen sie auch sichtbar werden lassen durch solidarische Unterstützung

auf europäischer, aber auch auf internationaler Ebene. Ich begrüße die Initiativen der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds sehr, vor allem aber auch die Bereitschaft Polens, Frankreichs und Deutschlands, im Verwaltungsbereich gemeinsam Hilfe zur Verfügung zu stellen, was gestern zum Ausdruck gebracht wurde. Das ist Solidarität für die Menschen vor Ort, die sich nicht nur in einer schwierigen politischen, sondern auch in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden. Auch dem müssen wir Rechnung tragen.

Gerade wir in Deutschland wissen, was es heißt, für Freiheit zu kämpfen.

Marieluise Beck, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir wollen die Tür für Russland offen halten



Marieluise Beck (*1952)
Landesliste Bremen

Wenn wir heute über die Ukraine sprechen, sprechen wir auch über die Zukunft Europas. Der große Traum von Michail Gorbatschow, das gemeinsame europäische Haus, war nie so bedroht wie heute. Selbst wenn es so sein mag, dass wir 10 oder 20 Jahre

zurückgeworfen werden, und wenn das Vertrauen aktuell tief erschüttert ist: Russland muss um seiner Bürger und Bürgerinnen willen Teil dieses gemeinsamen europäischen Hauses bleiben.

Es ist die jetzige russische Führung, die auf Gegenkurs zu Europa gegangen ist. Wir alle aber wollen die Tür für Russland offen lassen. Ich glaube, das kann ich für das ganze Haus feststellen.

Die Krise um die Ukraine ist zugleich ein Prüfstein für die internationale Politik. Die Ukraine ist ein Land mit ehemals der drittstärksten atomaren Bewaffnung und war freiwillig bereit, diese einseitig abzugeben. Im Gegenzug wurde ihr mit dem Budapester Memorandum die Integrität der Grenzen zugesichert, und zwar durch die USA, Großbritannien und Russland. Nun muss die Ukraine erleben, dass das Papier, auf dem dieser Vertrag steht, nichts wert ist. Dieser Vertrauensbruch wird

Meine Damen und Herren, ich denke, dies ist letztlich auch die Stunde Europas. Trotz unterschiedlicher Interessen ist es gelungen, immer wieder mit einer Stimme zu sprechen. Das ist auch das Verdienst kluger Außenpolitiker, der Bundeskanzlerin und unseres Außenministers. Europa ist das größte Friedens-, Freiheits- und Demokratiprojekt des vergangenen Jahrhunderts und der jetzigen Zeit. Ich denke, jetzt muss Europa zeigen – das kann es auch zeigen –, dass dieses Europa nicht nur eine gut gemeinte Idee ist, dass es weit mehr ist als ein wirtschaftlicher Zusammenschluss, dass diese Gemeinschaft Europa sich nicht darin erschöpft, sich Regelungen für alles Mögliche im Detail auszudenken. Nein, es muss deutlich werden: Wir sind eine Wertegemeinschaft, deren Strahlkraft für Demokratie, deren Strahlkraft für Freiheit über die Grenzen Europas und der Europäischen Union hinausreicht. Deshalb müssen wir hier mit einer Stimme sprechen, mit der Stimme der Freiheit, der Demokratie, des Selbstbestimmungsrechts der Menschen und der Staaten. Da tragen wir alle miteinander eine große Verantwortung.

Ich danke Ihnen, verehrte Frau Bundeskanzlerin und Herr Bundesaußenminister, herzlich für das, was Sie bisher geleistet haben, und ich wünsche Ihnen weiterhin eine glückliche Hand.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Union wäre ohne die Ukraine nichts wert.

Der Dreistufenplan ist richtig, um dem zu begegnen. Ich möchte Ihnen, Herr Gysi, sagen: Ja, es gibt rechte Kräfte in der Ukraine, aber sie werden umso stärker werden, je aggressiver Putin vorgeht.

Dann werden im Sinne einer Self-fulfilling Prophecy die Rechten in der Ukraine auf der Straße und in der Regierung sein. Das ist das Szenario, das Realität wird, wenn das Völkerrecht nicht auch durch unser entschiedenes Handeln durchgesetzt wird.

Die Marionettenregierung auf der Krim stellt die Bevölkerung vor die Wahl: Russland oder Faschismus?

Das soll die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg hervorrufen. Aber sie steht heute nicht vor der Wahl: Hitler-Faschismus oder Sowjetunion. Heute geht es um den Konflikt zwischen Demokratie und Autokratie in Europa. Der Maidan ist eine antiputinistische Bewegung. Dort waren auch Armenier und Belarussen, weil es auch um ihre Freiheit geht.

Wie sieht das Putin-Russland heute aus? Bürgerrechte werden abgebaut, Homosexuelle werden diskriminiert, die nationalistische Rechte wird immer stärker, der Rassismus gegenüber Minderheiten im Land nimmt zu, und im Netz verbreitet sich die Botschaft: Die Krim war nur der Anfang. Putin spielt mit dem Geist des großrussischen Nationalismus, und man muss befürchten, dass er selbst Gefangener dieser Rhetorik wird.

Es erreichen uns von der Krim Hilferufe, etwa aus Synagogen. Tatsache ist aber auch, dass tatarische Häuser mit Kreuzen gezeichnet werden. 20 Jahre nach dem Zerfall Jugoslawiens – ich weiß wirklich, wovon ich spreche – wird wieder die ethnische Karte gespielt, um territoriale Herrschaftsansprüche militärisch durchzusetzen. Dafür werden Menschen gegeneinander aufgehetzt. Ich wünsche mir, dass die Ukrainer stark genug sind, dagegenzuhalten. Dabei müssen wir sie unterstützen.

Eines möchte ich noch sagen: Es gibt eine junge Generation in Europa, die sich vernetzt, die sich kulturell nah ist, die Demokratie, Rechtsstaat und offene Gesellschaften möchte. Sie will ein Europa ohne Grenzen. Wir schulden dieser jungen Generation, dass wir keine Mauern aufbauen. Ich bitte das Haus, ich bitte die Bundesregierung und die Europäische Union: Machen Sie für diese jungen Menschen die Türen auf! Ein erster machbarer Schritt wäre: Lassen Sie endlich dieses kleinliche Visaregime fallen! Lassen Sie die jungen Leute reisen! Die Menschen auf dem Maidan sagen: Wir wollen nach Europa. – Wir müssen ihnen sagen: Ihr seid Europa. Seid willkommen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Andreas Schockenhoff, CDU/CSU:

Wir hoffen, dass Moskau wieder zur Vernunft kommt



Andreas Schockenhoff (*1957)
Wahlkreis: Ravensburg

Wenn am Sonntag auf der Krim das Referendum über die Loslösung von der Ukraine durchgeführt wird, dann ist das eine neue Stufe der Eskalation, die Moskau betreibt. Das gilt erst recht, wenn dann eine Annexion der Krim durch Russland erfolgt.

Welches sind die fatalen Botschaften, die von diesem Verhalten Moskaus gegenüber der Ukraine an die Völkergemeinschaft ausgehen?

Erstens. Der Verzicht auf die Atomwaffen, den die Ukraine gegen russische Sicherheitsgarantien eingegangen ist, rächt sich jetzt. Das wird einige Staaten in ihrer Absicht bestärken, sich Atomwaffen anzuschaffen. Das ist die erste fatale Botschaft Moskaus, nicht nur in Richtung Nordkorea oder Iran; es ist die Ermutigung zu nuklearer Proliferation.

Zweitens. Russische Sicherheitsgarantien, die Moskau im Budapester Abkommen der Ukraine gegeben hat, stehen bloß auf dem Papier und sind in der Wirklichkeit nichts wert.

Drittens. Wenn die Abspaltung der Krim vom Kreml betrieben wird und die Krim von Russland annektiert wird, dann lautet die Botschaft an die Völkergemeinschaft: Für Moskau hat das Völkerrecht ausgedient; es wird willkürlich gebeugt und gebrochen.

Ein solches Verhalten Moskaus ist ein gravierendes Vergehen gegen seine Pflichten als ständiges Mitglied der Vereinten Nationen, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren. Moskau tut genau das Gegenteil. Und: Das Verhalten Moskaus steht in eklatantem Widerspruch zu den Pflichten eines führenden OSZE-Mitglieds, das Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fördern und nicht Europa destabilisieren soll.

Noch ist es möglich, diese Eskalation zu vermeiden: indem Moskau auf ein Referendum auf der Krim und ihre Abspaltung von der Ukraine verzichtet, dem eine klare Absage erteilt, indem es seine illegal auf der Krim stationierten Truppen zurückzieht,

indem es die OSZE-Beobachter ihre Arbeit auf der Krim machen lässt, indem es direkte Gespräche mit der legitimen ukrainischen Regierung führt und indem es der Einsetzung einer Kontaktgruppe endlich zustimmt. Wenn Moskau dazu nicht bereit ist, werden Sanktionen, wie sie die Bundeskanzlerin vorhin als nächsten Schritt beschrieben hat, unverzichtbar. Wir können nicht darüber hinwegsehen, wenn in Europa Völkerrecht gebrochen wird. Wir hoffen, dass Sanktionen nicht erforderlich sind. Wir sagen aber auch: Wenn es erforderlich ist, dann sind wir, dann ist Europa stark genug, Sanktionen zu ergreifen, auch wenn sie uns selbst wehtun.

In Richtung der Kritiker von Sanktionen frage ich: Können wir tatenlos zusehen, wenn Völkerrecht gebrochen wird? Sollen wir tatenlos zusehen, wenn ein souveränes Land besetzt wird, nur weil Moskau seine politische Ausrichtung auf das freiheitliche, rechtsstaatliche und politisch wie wirtschaftlich wesentlich attraktivere Europa nicht passt? Was wird der nächste russische Schritt sein, wenn Moskau die Botschaft erhält, dass Völkerrechtsbruch ohne Konsequenzen bleibt? Wird es dann der Osten der Ukraine sein? Was wird es dann sein? Das können wir nicht hinnehmen. Deswegen war die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs vom letzten Donnerstag notwendig und richtig.

In dieser Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Geschlossenheit innerhalb der Europäischen Union wichtig und unverzichtbar. Denn wir müssen davon ausgehen, dass Russland Gegenmaßnahmen ergreift, allerdings nicht gegen die gesamte EU, sondern dass es sich, wie auch in der Vergangenheit üblich, einige EU-Länder herauspicks – mit dem Ziel, die EU zu spalten – und gegen diese Länder empfindliche Wirtschaftssanktionen verhängt. Dass Moskau uns auseinanderdividiert, dürfen wir nicht zulassen. Deshalb waren die Besuche von Bundeskanzlerin Merkel in Warschau und von Außenminister Steinmeier in den baltischen Staaten so wichtig. Sie geben das klare Signal: Die EU lässt sich in dieser Frage nicht auseinanderdividieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die politisch stärkste Maßnahme wird allerdings sein, dass wir unsere Kräfte so einsetzen, dass die Ukraine zu einer Erfolgsgeschichte wird; das heißt, dass wir ihre politische und wirtschaftliche Modernisierung entschieden fördern und dies auch den Russen in der Ukraine, auch in der Ostukraine, zugutekommt. Denn nichts setzt die Politiker in Moskau

mehr unter Druck, als wenn die eigene russische Bevölkerung fragt, warum es den Russen in einer demokratischen und europäischen Ukraine besser geht als den Russen im eigenen Land.

Deshalb war es richtig, dass die EU das Hilfspaket in Höhe von 11 Milliarden Euro so schnell zur Verfügung gestellt hat. Die EU hat damit deutlich gemacht, dass sie der Ukraine auf diesem schwierigen Weg nicht nur schöne Worte mitgibt, sondern auch ganz konkret hilft. Deshalb ist es so wichtig, dass gerade auch der Osten der Ukraine von diesen Wirtschafts- und Finanzhilfen profitiert. Denn dann lautet die Botschaft an die Menschen dort: Während Moskau nur mit Truppen droht, leistet Kiew mithilfe der EU konkrete Hilfe. Herr Gysi, wir unterstützen nicht einzelne Politiker, wir unterstützen nicht einzelne Parteien, wir unterstützen auch nicht einzelne Regionen, sondern wir geben der gesamten Ukraine eine wirtschaftliche und politische Perspektive.

Die Menschen auf dem Euromaidan – das ist verschiedentlich gesagt worden – haben monatelang für das Assoziierungsabkommen mit der EU demonstriert; sie haben sich auch von den Scharfschützen des Janukowitsch-Regimes nicht davon abschrecken lassen.

Es erfüllt uns mit tiefem Respekt, wie diese Menschen für ihre Freiheit, für ihre Zukunft und für die EU-Perspektive ihres Landes eingetreten sind; einige haben dafür sogar ihr Leben gelassen. Deshalb ist es gut, dass die Staats- und Regierungschefs der EU klargemacht haben, dass sie den politischen Teil des Assoziierungsabkommens so bald wie möglich unterschreiben wollen – und auch den Handelsteil –, wenn sichergestellt ist, dass dadurch keine negativen Auswirkungen auf die ukrainischen Exporte nach Russland entstehen.

Eine wichtige Maßnahme zur Stabilisierung und Modernisierung der Ukraine sind auch die Finanzhilfen des IWF. Klar ist allerdings auch: Mit diesen Finanzhilfen werden tiefgreifende politische und wirtschaftliche Strukturereformen einhergehen müssen; sonst würden wir viel Geld in ein Fass ohne Boden werfen, statt der Ukraine durch die notwendige Modernisierung eine Zukunftsperspektive zu eröffnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen uns keine Illusionen machen: Diese Reformen werden für die ukrainische Bevölkerung erhebliche Belastungen mit sich bringen, beispielsweise eine deutliche Anhebung der Energiepreise. Es ist klar, dass Moskau diese schwierige Situation mit dem Schüren neuer Unzu-

friedenheit und mit neuen Demonstrationen ausnützen und jeden Versuch zur Destabilisierung unternehmen wird, um den Eindruck zu erwecken, eine Einverleibung in den Moskauer Machtbereich stelle für die Menschen in der Ukraine eine bessere Alternative dar als die EU-Perspektive.

Deshalb ist es so wichtig, dass mit dem Assoziierungsabkommen die Botschaft einhergeht: Die Ukraine hat eine klare EU-Perspektive. Ja, die Ukraine soll, wenn sie es will, eng an die Europäische Union angebunden werden. – Diese Botschaft muss auch konkret untermauert werden, beispielsweise durch eine schnelle Realisierung der Visafreiheit und durch Städtepartnerschaften; die Bundeskanzlerin hat ja eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen genannt.

Wir wollen ein starkes Russland, wir wollen ein modernes Russland, wir wollen ein friedliches und demokratisches Russland als unseren Nachbarn haben. Wir wollen ein Russland als Partner haben, das die Lösung der globalen Herausforderungen mitgestaltet, statt auf destruktive Nullsummenpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts zu setzen, welche letztlich Russland selbst am meisten schadet. Russland muss erkennen, dass es heute politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich kein international attraktives Modell für andere Länder darstellt, ganz im Gegenteil.

Russland muss erkennen – dies gilt auch mit Blick auf Syrien, auf die Transformationsländer der arabischen Welt und andere Problemzonen –: Dieses Russland hat keine Soft Power. Dieses Russland kann zur Lösung internationaler Krisen nicht beitragen. Die Menschen auf dem Maidan haben eben auch zum Ausdruck gebracht: Nach diesem Modell, wie es von Moskau zurzeit propagiert wird, wollen sie nicht leben. Sie wollen europäische Werte, sie wollen Freiheit, sie wollen Souveränität, sie wollen Selbstbestimmung. Mit militärischen Drohungen und Völkerrechtsbruch wird sich Moskau weiter isolieren und sich damit selbst schwächen. Die Politik, die Moskau betreibt, schadet seinen eigenen Interessen und seiner Zukunft. Das ist nicht in unserem Interesse.

Wir hoffen, dass Moskau wieder zur Vernunft kommt. Wir wollen, dass Moskau politisch und ökonomisch ein starker Partner ist. Auch ökonomisch kann dieses Russland langfristig kein Partner sein. Es schadet damit seinen eigenen Entwicklungschancen. Deswegen hoffen wir sehr, dass man in Moskau wieder zur Vernunft kommt, eine Partnerschaft wieder möglich wird. Das würde Russland nutzen, das würde uns nutzen, das würde der Ukraine nutzen, das würde Chancen für eine friedliche Gestaltung der Welt des 21. Jahrhunderts bieten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Gernot Erler, SPD:

Russland begeht einen klaren Vertragsbruch



Gernot Erler (*1944)
Landesliste Baden-Württemberg

Wir alle haben das Gefühl: Die Vorgänge, die gegenwärtig zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation ablaufen, können zur Entstehung neuer Bruchlinien führen – Bruchlinien, die uns allen schaden werden, Bruchlinien, die sehr kostspielig werden können, und zwar für alle Beteiligten, Bruchlinien, die – das haben wir nicht mehr für möglich gehalten – mitten durch unseren Kontinent laufen. Wir sind in einem Prozess, der mit wachsender Wahrscheinlichkeit zu einem fatalen Tabubruch führen wird, nämlich zu einer mutwilligen und rechtswidrigen Veränderung von Grenzen.

Wir befinden uns in diesem Jahr in einem Gedenkjahr, in dem an zwei Weltkriege gedacht wird; die Bundeskanzlerin hat daran erinnert. In der Vergangenheit sind Millionen Menschen dafür gestorben, dass Grenzen verändert werden sollten, oder beim Kampf dafür, solche Grenzveränderungen zu verhindern. In Deutschland erinnern wir uns außerdem daran, wie wichtig es friedenspolitisch war, dass unser Land die im Zweiten Weltkrieg neu gezogenen Grenzen anerkannt hat. Ohne diese Anerkennung, ohne die glaubhafte Selbstverpflichtung, diese Grenzen nie wieder verändern zu wollen, hätte es die Ost- und Entspannungspolitik von Egon Bahr und Willy Brandt, die all ihre Nachfolger fortgesetzt haben, nicht geben können.

Die schrittweise Grenzveränderung auf der Halbinsel Krim – erst Unabhängigkeitserklärung, dann Referendum, dann Eingliederung in die Russische Föderation, und das alles wahrscheinlich innerhalb von nicht viel mehr als einer Woche – stellt einen gefährlichen Tabubruch dar.

Wenn russische Kolleginnen und Kollegen über die Ukraine sprechen, habe ich immer wieder das Attribut „Brudervolk“ als Ausdruck für eine besondere sprachliche, kulturelle,

geschichtliche und auch emotionale Nähe gehört.

Aber wohin soll es führen, wenn man so mit einem Brudervolk umgeht? In der internationalen Politik gibt es Werte, Regeln und Prinzipien, zu denen sich alle bekennen und für deren Kontrolle und Einhaltung wir Organisationen geschaffen haben, etwa die Vereinten Nationen, den Europarat oder die OSZE. Niemand behauptet, dass diese Regelwerke und Prinzipien immer, auch dem Geiste nach, eingehalten werden; aber sie sind wichtig, ja unverzichtbar für das Zusammenleben auf unserem Planeten und auf unserem Kontinent.

Das weiß auch Russland. Es ist noch nicht lange her, dass Moskau in zwei verlustreichen Kriegen die Separation Tschetscheniens im Nordkaukasus gestoppt hat. Wollen jetzt unsere Duma-Kolleginnen und -Kollegen tatsächlich einen Berufungstatbestand für künftige separatistische Bestrebungen schaffen? Ist das wirklich eine vernünftige, nachvollziehbare Vertretung russischer Interessen?

Noch eines: Im Budapester Memorandum von 1994 und im bilateralen Vertrag über Freundschaft, Kooperation und Partnerschaft von 1997 hat Russland die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Ukraine vertraglich garantiert. Wenn in den nächsten Tagen das eintritt, was wir befürchten, dann haben wir es auch mit einem eklatanten Vertragsbruch zu tun, und zwar durch eine sehr starke Macht gegenüber einem Nachbarland, das sich in der Realität nicht dagegen wehren kann.

Ich frage unsere Abgeordnetenkollegen in Moskau: Kann es wirklich im Interesse Russlands sein, ein solch schlechtes Beispiel für die internationale Politik zu geben? Wie will derjenige, der selbst vertragsbrüchig wird, noch auf Einhaltung von Verträgen pochen, wenn sie im eigenen Interesse – und da fallen mir einige für Russland ein – sind?

Über all dies muss geredet werden, und zwar zwischen den Betroffenen: zwischen Vertretern Russlands und der Ukraine. Die russische Kontaktsperre gegenüber den Repräsentanten der ukrainischen Übergangsregierung ist der Brisanz der Lage nicht angemessen.

Erwachsene Nationen finden einen Weg zum wechselseitigen Dialog, auch wenn Legitimationen infrage gestellt werden. Auch dafür findet man übrigens in der jüngsten deutschen Geschichte Beispiele, die in Moskau wohlbekannt sind.

Die Bundesregierung hat gekämpft: sowohl die Bundeskanzlerin als auch Außenminister Frank-

Walter Steinmeier. Ich glaube, der wichtigste Erfolg war das Abkommen vom 21./22. Februar, weil es die Gewalt in Kiew, die zu vielen Opfern führte, beendet hat.

Die Bundesregierung hat für eine Kontaktgruppe zur Überwindung der eskalationsfördernden Sprachlosigkeit gekämpft. Die russische Führung hat nicht einfach Nein gesagt, aber den inzwischen von vielen anderen Ländern unterstützten Vorschlag dilatorisch behandelt. Das hat die Lage verschlechtert, auch deshalb, weil

Erwachsene Nationen finden einen Weg zum wechselseitigen Dialog.

die Realitätswahrnehmungen zwischen Russland und der westlichen Welt immer weiter auseinanderdriften. Dafür hat es auch Beispiele in dieser Diskussion gegeben: Der Maidan ist für die einen ein faschistisch gesteuerter Umsturz mit großen Gefahren für alle russischsprachigen Ukrainer. Für die anderen ist der Maidan ein von mutigen Menschen von unten erzwungener Regime Change, der sich gegen keine andere

Gruppe der Bevölkerung wendet. Das sind letztlich zwei unvereinbare Wahrheitsansprüche, die möglicherweise beide korrigiert werden müssen.

Wir wissen aber aus der Konfliktforschung, dass eine solche Drift von Realitätswahrnehmung tendenziell zu einer gefährlichen Dialogunfähigkeit führt, weil sich jeder in seiner Sicht der Dinge einigelt und damit sein politisches

Vorgehen legitimiert. Deswegen noch einmal: Das muss geklärt werden, darüber muss gesprochen werden, und zwar besser heute als morgen.

Ich finde, die Politik der Bundesregierung verdient Unterstützung vom ganzen Haus. Die EU hat einen Stufenplan von Sanktionen beschlossen. Niemand sollte sich Illusionen über die Handlungsfähigkeit der EU machen. Zug um Zug wird dieser Stufenplan vollzogen, wenn es keine Änderung der russischen Politik gibt.

Wir brauchen und erwarten aber, dass zwischen jedem dieser Schritte eine Tür mit der Aufschrift „Exit“ offen steht, mit der Einladung zur gemeinsamen Suche nach einer politischen Lösung. Es ist nie zu spät, durch diese Tür zu gehen. Das ist mein letzter Appell an die russische Führung und an unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem russischen Parlament.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Karl-Georg Wellmann, CDU/CSU:

Es besteht die Gefahr einer neuen Eiszeit zwischen EU und Russland



Karl-Georg Wellmann (*1952)
Wahlkreis: Berlin-Steglitz - Zehlendorf

Es droht, in Europa politisch eiskalt zu werden. Wenn wir nicht sehr aufpassen, dann bekommen wir eine neue Eiszeit zwischen der EU und Russland. Ich fürchte, es wird sehr viele Jahre dauern, um wieder zu einem geregelten Miteinander zu kommen. Ich persönlich gehe inzwischen sicher davon aus, dass Russland die Krim annektieren wird. Das widerspricht allem Völkerrecht. Die Bundeskanzlerin hat das Notwendige dazu gesagt. Russland wird es aber trotzdem tun und sich durch nichts davon abbringen lassen.

Bisher gibt es keinerlei Zeichen Moskaus für eine politische Kooperation. Damit stoßen sie vor allem jene vor den Kopf, die sich für ein besseres Verhältnis mit Russland eingesetzt haben. Ich darf daran erinnern, dass das die große Mehrheit dieses Hauses ist. In der aktuellen Koaliti-

onsvereinbarung steht ein ganzer Passus, der sich mit der Verbesserung des Verhältnisses mit Russland beschäftigt.

Die russische Westpolitik und vor allem die russische Ukraine-Politik sind krachend gescheitert. Man muss sich einmal bei Licht ansehen, was Putin mit seiner Gewaltanwendung auf der Krim bewirkt: Erstens. Er hat eine nie gesehene europäische Dynamik in der Ukraine ausgelöst, vor allem bei der jungen Generation. Putin hat damit das Gesicht der Ukraine nach Westen gedreht. Zweitens. Putin hat mit seiner Politik Entschlossenheit und Dynamik bei der EU hervorgerufen und dafür gesorgt, dass sich die europäische Staatengemeinschaft herausgefordert fühlt und dass sie ungeahnte, nicht geplante Anstrengungen unternehmen wird, um den Ukrainern zu helfen. Schon nächste Woche soll das Assoziierungsabkommen abgeschlossen werden.

Putin hat auch dafür gesorgt, dass alte Vorurteile über die Russen wieder Konjunktur haben, Vorurteile, nach denen die Russen nur eine Sprache verstehen: die Sprache der Macht. Putin hat ironischerweise für eine Revitalisierung der NATO gesorgt. Wer von uns hat geahnt, dass es wieder Bedrohungsgefühle gegenüber dem Osten geben könnte, so große Bedrohungsgefühle, dass wieder NATO-Flugzeuge an die Ostgrenzen verlegt werden? Sogar die harmlosen Schweden fangen jetzt an, darüber zu diskutieren, ob sie nicht grö-

ßere Verteidigungsanstrengungen unternehmen und ihr Verhältnis zur NATO positiv gestalten müssen. Putin sorgt dafür, dass Europa mit einer Stimme redet.

Es war und bleibt richtig, dass Frau Merkel und Herr Steinmeier alles versucht haben, um zunächst diplomatische Möglichkeiten auszuschöpfen. Das ganze Haus sollte Steinmeier und Sikorski dafür danken, dass sie im Februar mit großem physischen und intellektuellen Einsatz das Morden auf dem Maidan beendet haben. Allein dafür hat sich die Mission gelohnt.

Mir macht die geradezu gespenstische Propaganda Sorgen, die im Moment die Seelen der russischen Menschen vergiftet. Wer russisches Fernsehen sieht, muss wirklich den Eindruck gewinnen, in Kiew hätten die Faschisten die Macht übernommen.

Danach müsste man dem russischen Militär geradezu dankbar sein, dass es die Menschen vor marodierenden Neonazihorden schützt. – Es wurde im russischen Fernsehen auch darüber geredet, man dürfe in der Ukraine jetzt nicht mehr die russische Sprache benutzen, das sei verboten, und Menschen, die das täten, liefen Gefahr, an der nächsten Laterne aufgehängt zu werden. – Unsäglich!

Damit eines klar ist – ich sage es gerne noch einmal, auch wenn das in diesem Haus Konsens ist –: Wir sind strikt gegen irgendwelche rechtsradikalen oder gar antisemitischen Kräfte in der Ukraine. Keiner will sie unterstützen, und das bleibt auch so.

Es gibt noch viel schlimmere Sachen. Ein führender russischer Politiker sagte, es gebe Hunderttausende von Wahhabiten auf der Krim.

Ich habe erst gar nicht verstanden, was er damit meinte. Er meint damit die muslimischen Krimtataren. Diese Volksverhetzung, die für die Erreichung militärischer Ziele genutzt wird, ist unglaublich.

Wie müssen wir reagieren? Es ist richtig, was die Staatschefs in Brüssel kürzlich beschlossen haben. Wir können keine gute Miene zum bösen Spiel machen. Wir müssen über staatliche Sanktionen reden; das muss sein. Aber das kommt von alleine. Es haben schon jetzt deutsche Firmen Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe in Russland storniert, weil sie sagen: In diesem Umfeld können wir nicht investieren. – Banken berichten mir von einem rasanten Abzug von Kapital aus Russland.

Ein hochrangiger russischer Gesprächspartner hat mir am Montag gesagt, Russland bereite gerade die Exploration neuer Gasfelder im Nordmeer vor, schon im nächsten Jahr könne die Firma Exxon beginnen, dort Gas zu fördern. – In Washington wird man das gerne hören.

Es wird nur eines einzigen Anrufs aus dem Weißen Haus bedürfen, und Exxon wird auf diese Investitionen verzichten. Die Russen werden dann diese Erdgasvorkommen, die für sie so wichtig sind, nicht erschließen können.

Mit anderen Worten: Die ökonomischen Kosten dieses militärischen Abenteuers werden für die Russen viel größer sein als der Nutzen, den sie durch die Besetzung der Krim erzielen könnten. Wenn sich das – ich sage das ganz deutlich – zu einem Kalten Krieg auswächst, dann werden die Westeuropäer alles tun, um sich zukünftig noch unabhängiger von Russland zu machen.

Dabei muss man die Tatsache bedenken, Frau Beck, dass die russische Wirtschaft in einem katastrophal schlechten Zustand ist. Putin müsste eigentlich das Gegenteil von dem tun, was er tut. Er schadet sich und den Menschen in seinem Land in hohem Maße.

Ich sage noch etwas anderes. Es gibt eine Millionen Köpfe zählende

russische Mittel- und Oberschicht. Diese Menschen genießen den westlichen Way of Life, das Dolce Vita, den Luxus des Westens: an der Côte d'Azur, in Kitzbühel. Sie mögen unsere Banken, vor allem die in Zypern.

Die Familien dieser Menschen fühlen sich in London wohl, und sie meinen, dass ihre Kinder in englischen oder schottischen Internaten am besten aufgehoben seien. Damit ich nicht missverstanden werde: Diese Entwicklung ist gut. Das ist Europa. Aber in Russland muss man

wissen, was auf dem Spiel steht, wenn man internationale Vereinbarungen auf diese Weise bricht und damit Europa seine Verachtung zeigt.

Ich finde das alles tragisch, weil der Westen seit Ende letzten Jahres zu einem echten politischen Dialog mit Russland bereit war. Russland hätte in einem Dialog sehr viel erreichen können, wenn man sich zusammengesetzt und einen stabilen politischen Prozess in Europa initi-

Die ökonomischen Kosten werden für die Russen viel größer sein als der Nutzen der Krim.

Franz Thönnies, SPD:

Die Stärke des Rechts muss gelten und nicht das Recht des Stärkeren



Franz Thönnies (*1954)
Landesliste Schleswig-Holstein

Manchmal muss man Handelnde an ihre Worte erinnern, die sie vor kurzer Zeit ausgesprochen haben. Präsident Putin hat am 12. Dezember 2013 in seiner Jahresbotschaft an die Föderale Versammlung der Russischen Föderation unter anderem gesagt:

Wir mischen uns nicht in fremde Interessen ein. Wir zwingen uns niemandem auf. Wir sagen niemandem, was er tun oder was er lassen soll. Aber wir werden bestrebt sein, eine Führungsrolle innezuhaben, indem wir das Völkerrecht schützen und uns für die Achtung der nationalen Souveränität, Selbstständigkeit und Eigenart der Völker einset-

zen. Für einen Staat wie Russland ist es absolut objektiv und nachvollziehbar – bedenkt man seine große Geschichte und Kultur sowie seine jahrhundertelange Erfahrung –, nicht in sogenannter Toleranz, geschlechtslos und unfruchtbar, sondern in dem organischen Miteinander unterschiedlicher Völker in einem ungeteilten Staat zu leben. Wie die Situation um Syrien und nunmehr um den Iran zeigt, kann und muss jedes internationale Problem ausschließlich mit politischen Mitteln gelöst werden, ohne den Einsatz von Gewalt, die perspektivlos ist und in den meisten Ländern der Welt auf Ablehnung stößt.

Lassen Sie es mich bitte noch einmal unterstreichen: Russland ist bereit, mit allen Partnern im Interesse einer gemeinsamen, gleichen und unteilbaren Sicherheit zusammenzuarbeiten. Wir zwingen niemandem etwas auf.

Ich denke, daran muss der Präsident heute erinnert werden, wenn ich sehe, dass auf der Krim Soldaten in Uniform ohne Nationalitätsabzeichen eingesetzt werden. Wir wissen, nachdem die OSZE ihren Bericht vorgelegt hat, dass es sich dabei – das haben wir schon vermutet – um russische Soldaten handelt. Damit werden die Worte des russischen Präsidenten von Dezember 2013 unglaubwürdig.

Es ist auch zu kritisieren, dass die Entwaffnung der illegalen Waffenträger in der Ukraine und insbesondere in Kiew gemäß dem Abkommen vom 21. Februar nicht umgesetzt worden ist. Wenn diese sogenannten

maskierten Selbstverteidigungskräfte in Uniform ukrainische Kasernen umstellen, ukrainische Soldaten und Polizeikräfte bedrohen und von diesen erwarten, ihre Waffen abzugeben, dann wird der letzte Rest des in der Ukrai-

ne existierenden staatlichen Gewaltmonopols zunichtegemacht. Auch das führt die Worte von Präsident Putin ad absurdum.

Vor diesem Hintergrund lautet die zentrale Botschaft: Herr Putin, tun Sie das, was Sie im Dezember gesagt haben! Ermöglichen Sie dem ukrainischen Volk ein organisches Miteinander unterschiedlicher Völker in einem ungeteilten Land!

Die Umsetzung dessen, was im Dezember gesagt wurde, muss nun eingefordert werden. Herr Putin, wenn Sie angeblich bereit sind, mit allen Partnern zu reden, dann fordere ich Sie auf: Stimmen Sie einer OSZE-Vermittlung zu! Stimmen Sie der

Einrichtung einer Kontaktgruppe zu! Setzen Sie sich an einen Tisch, und sprechen Sie miteinander! Seien Sie bereit, sich auf Vermittlungslösungen einzulassen! Hören Sie auf, mit Gewalt zu drohen oder Gewalt gar anzuwenden!

In der gleichen Rede vom Dezember wird gesagt, man müsse Russland wirtschaftlich neu aufstellen und es modernisieren. Nun wird all das infrage gestellt, was eingeleitet werden soll; denn der Investitionsstandort Russland wird aufgrund der nun vorgesehenen Maßnahmen unattraktiv. Kapital wird zurückgehalten oder fließt ins Ausland.

Der russische Präsident handelt hier gegen die Interessen seines eigenen Landes und widerspricht damit seinen eigenen Worten von Dezember 2013.

Deswegen gilt es, im Kern daran zu arbeiten und dafür zu sorgen – das war die Philosophie von Willy Brandt und Egon Bahr –, dass die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren, dass das, was an Völkerrecht verabredet worden ist, auch eingehalten und das, was am 21. Februar aufgeschrieben worden ist, ebenfalls eingehalten wird. Das heißt für die Ukraine, möglichst bald durch Neuwahlen zu einer inklusiven Regierung zu kommen, die den wirklichen Willen des Volkes widerspiegelt. Dann löst sich vielleicht das Problem mit den Nationalisten und Faschisten ganz von alleine.

Es ist auch notwendig, dass die Rechte neutraler Minderheiten ge-

Wir müssen darüber reden, wie wir reagieren, wenn sich die Bevölkerung auf der Krim möglicherweise mit großer Mehrheit für einen Anschluss aussprechen wird.

Wir müssen einen kühlen Kopf behalten. Es gibt viele, die jetzt versuchen, mit strammer Haltung scharfe Maßnahmen gegen Russland zu fordern. Das sagt sich von Washington aus möglicherweise leichter als anderswo. Wir müssen auch daran erinnern, dass wir irgendwann wieder Politik machen müssen und nicht alle Türen zuschlagen können.

Zum Schluss. Wenn wir über die Vorschläge, die in der nächsten Woche von der russischen Regierung kommen werden, sprechen, dann muss eines klar sein: Das Ergebnis kann nur sein, dass die Russen letztendlich den europäischen Weg der Ukraine, ihre Integration beziehungsweise Assoziierung, anerkennen müssen. Ohne das wird es nicht gehen. Die russische Regierung hat nun die Wahl zwischen einem neuen Kalten Krieg und einem geregelten, zivilisierten Nebeneinander im Europa des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

achtet werden. Minderheiten müssen das Recht erhalten, ihre Sprache zu sprechen. Militanter Antisemitismus und Rechtsextremismus dürfen in einer Ukraine, die ihren Blick nach Europa richtet, keinen Platz haben.

Die tragischen Ereignisse vom Februar dieses Jahres mit rund 100 Toten und mit Hunderten von Verletzten sind aufzuarbeiten, und die Verantwortlichen sind zur Rechenschaft zu ziehen.

Für Russland gilt, dass wir erwarten, dass die Integrität der Ukraine respektiert und das Völkerrecht und die bestehenden Abkommen geachtet werden. Die zusätzlichen Truppen auf der Krim sind abzuführen. Es geht der Appell an die russische Regierung, im direkten Gespräch mit der aus dem Parlament heraus legitimierten Regierung in Kiew zusammenzukommen und zu verhandeln. Präsident und Regierung in Moskau sind nun aufgerufen, der Bildung einer Kontaktgruppe, einer Fact-Finding-Kommission und einer OSZE-Beobachtergruppe zuzustimmen. Auch angesichts der angespannten Lage, die wir zurzeit haben, gilt der Rat von Willy Brandt: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU) und Norbert Spinrath (SPD).

Der russische Präsident handelt hier gegen die Interessen seines eigenen Landes.

Debatte über die Energiewende / 20. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 13. März 2014

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Mit grünen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Wer in den vergangenen Wochen und Monaten aufmerksam die Zeitung verfolgt hat, konnte lesen, dass über Großbritannien und Irland über Wochen und Monate immer wieder schwere und schwerste Stürme niedergegangen sind, dass in vielen Regionen seit Monaten Häuser und ganze Ortschaften unter Wasser stehen und dass nach dem fünften schweren Orkan an der Westküste Irlands inzwischen diskutiert wird, welche Ortschaften aufgegeben werden müssen und welche gegen das sich ändernde Wetter und Klima gehalten werden können. Das ist nicht etwas, das in ferner Zukunft passiert, sondern etwas, das gerade jetzt passiert.

Wenn wir uns am wunderschönen Frühlingwetter der letzten Wochen erfreuen, sollten wir bedenken – wir hatten am 9. März 2014 einen neuen Temperaturrekord von fast 24 Grad in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen –: Eigentlich ist noch Winter. Temperaturen von 24 Grad im Winter sind mehr als ungewöhnlich. Jetzt mögen Skeptiker argumentieren: Einzelne Wetterereignisse stellen noch keine Klimaveränderung dar. Wenn wir uns aber die Häufung dieser Wetterereignisse – schwerste Orkane und Wirbelstürme in Südostasien, schwerste Überschwemmungen in Großbritannien, Extremsturm in Nordamerika, extrem warme Sommer bei uns – anschauen, dann erkennen wir, dass diese Ereignisse vollkommen in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen der Klimawissenschaft stehen. Diese besagen nämlich, dass die Klimakatastrophe längst begonnen hat.

Es ist eine ganz entscheidende Aufgabe für uns, die Klimakatastrophe – verhindern können wir sie eh nicht mehr – so zu bremsen, dass die Lebenschancen auf unserem Plane-

ten für künftige Generationen erhalten bleiben.

Dieses Jahr ist ein ganz entscheidendes Jahr. 2015 findet in Paris die internationale Klimakonferenz statt, und 2014 legt die Europäische Union ihre Klimaschutzziele bis zum Jahr 2030 fest. Es muss uns bewusst sein: Die Klimakonferenz 2015 in Paris wird nur ein Erfolg, wenn Europa ehrgeizige Ziele vorgibt. Nur so haben wir die Chance, die Klimakatastrophe beziehungsweise den Klimawandel zu bremsen, sodass er unsere Ökosysteme und damit unsere Lebensgrundlage nicht überfordert.

Was sind die zentralen Bausteine, damit uns das gelingt? Zum einen müssen wir dafür sorgen, dass der CO₂-Zertifikatehandel, der sogenannte Emissionshandel, wieder funktioniert. Es kann nicht sein, dass eine Tonne des Klimakillers CO₂ nur ein bisschen mehr kostet als eine Schachtel Zigaretten; was zur Folge hat, dass die schmutzige Braunkohle am Markt boomt. Den Emissionshandel müssen wir reparieren.

Was ist des Weiteren notwendig? Des Weiteren ist notwendig, dass wir starke CO₂-Minderungsziele bis 2030 beschließen. Die Bundesrepublik Deutschland darf ihre armseligen nationalen Ziele nicht auf die EU übertragen. Vielmehr brauchen wir ehrgeizige Ziele, Ziele, mit denen wir das sogenannte 2-Grad-Ziel erreichen können.

Es ist ferner notwendig, dass wir den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen; denn sie sind ein Schlüssel dafür, den CO₂-Ausstoß zu senken und uns von Importen fossiler Energien unabhängig zu machen.

Es ist dringend notwendig, dass wir die Energieeffizienz verstärken; denn die billigste Kilowattstunde Strom ist die Kilowattstunde, die ich gar nicht benötige.

Die Bundesregierung allerdings ist in den letzten Wochen und Monaten – man muss leider sagen: in den letzten Jahren – auf EU-Ebene nur durch armselige Lobbypolitik für Ausnahmen innerhalb des EEG aufgefallen. Diese Ausnahmen sind inzwischen so zahlreich, dass sie bald die Regel darstellen. Das ist nicht nur klimaschädlich, sondern das führt auch zu einer Wettbewerbsverzerrung; denn man muss sich fragen: Wer bezahlt für diese Ausnahmen? Das sind jene Unternehmen, die den kompletten Preis zahlen müssen, sowie die Verbraucher. Das ist skandalös.

Die Koalition behandelt die Energiewende so, als wäre sie nicht in der

Lage, ihre Chancen zu erkennen. In der Energiewende liegen große Chancen, aber Sie beharren auf alten Strukturen.

Ökologie und Ökonomie sind eben kein Widerspruch, wenn ich kluge Politik gestalte. Mit grünen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben.

Die Energiewende kann eine große Chance für die europäische Wirtschaft sein.

Nehmen wir als Beispiel die Stahlindustrie. Die europäische Stahlindustrie leidet unter massiven Überkapazitäten. Aber diese bekommen Sie dadurch, dass Sie versuchen, den Industriestrom noch etwas günstiger zu machen, nicht in den Griff.

Überkapazitäten bekommen Sie nur durch eine entsprechende Nachfrage beziehungsweise Investitionen in den Griff.

Wenn Sie eine moderne Windkraftanlage bauen – vielleicht wissen Sie nicht, dass das inzwischen ein großes Industrieprodukt ist –, dann benötigen Sie dafür so viel Stahl wie für 500 Automobile. Man sieht: In-

vestitionen in erneuerbare Energien sind eine Chance für die europäische Stahlindustrie. Deswegen darf der Ausbau nicht gebremst werden.

Wenn man es richtig macht, dann passen alte Industrien und neue Energien wunderbar zusammen.

Die Menschen in Deutschland erkennen auch, welche Chancen in einer innovativen Energiepolitik liegen. Deshalb fordern über 80 Prozent von der Bundesregierung, ehrgeizigere Ziele zu setzen; denn sie wissen, wie wichtig das für die Zukunft ihrer Kinder und für ihre Jobs ist.

Es gibt einen weiteren Grund, einen Grund, den ich schon angesprochen habe: Europa importiert für circa 500 Milliarden Euro fossile Energieträger. Allein Deutschland importiert für 33 Milliarden Euro fossile Energieträger aus Russland, Erdgas und Erdöl.

Wind und Sonne schicken uns keine Rechnung.

Das System Putin schickt uns durchaus eine Rechnung.

Setzen Sie deshalb auf die Beschleunigung der Energiewende! Setzen Sie auf den Ausbau der erneuerbaren Energien! Dann wird das Geld hier investiert, dann wird lokal investiert. Das ist eine Chance für

unser Handwerk, und das macht uns entsprechend unabhängig.

Zum Abschluss: Man muss sich vielleicht einmal klarmachen, welche Verantwortung wir hier haben. Ganz Europa und die ganze Welt schauen darauf, ob in Deutschland die Energiewende gelingt. Die ganze Welt schaut darauf, ob sie in Deutschland und in Europa gelingt. Wenn die Energiewende in Deutschland und in Europa, diesem reichen

Die Energiewende kann eine große Chance für die europäische Wirtschaft sein.

Kontinent, gelingt und die Klimaschutzziele eingehalten werden, dann kann sie weltweit gelingen. Es muss auch weltweit gelingen. Wenn wir nämlich unsere Lebensgrundlagen zerstören, dann hinterlassen

wir unseren Kindern und Kindeskindern einen zerstörten Planeten. Das darf nicht unsere Politik sein.

Ich gestehe gern zu, dass das kein leichtes Projekt ist. Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Aber es lohnt sich, diese Herausforderungen anzupacken, für den Klimaschutz, für eine lebenswerte Welt und für unsere und die Zukunft unserer Kinder und Kindeskin-

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Joachim Pfeiffer, CDU/CSU:

Sie reden der Deindustrialisierung Deutschlands das Wort



Joachim Pfeiffer (*1967)
Wahlkreis: Waiblingen

Wenn man den Antrag in die Hand bekommt und den Titel „Energiewende europäisch verankern“ liest, dann hört sich das zunächst gut an. Wenn man dann aber den Antrag liest, stellt sich leider heraus, dass der Inhalt eigentlich im genauen Gegensatz zum Titel steht. Die konkreten Vorschläge, die Sie dort machen, sind nämlich

keine europäisch verankerte Energie- und Klimapolitik. Sie setzen auf nationale Kleinstaaterei, staatlichen Zwang und planwirtschaftliche Instrumente, die immer nur zu weiteren Belastungen führen, aber sicher nicht im europäischen Sinne sind, statt auf die Harmonisierung von wettbewerblich organisierten und effizienzsteigernden Fördersystemen. Auch auf EU-Ebene wollen Sie ideologiebetriebene Verbots- und Gebotspolitik umsetzen.

Sie sprechen sich in Ihrem Antrag beispielsweise gegen die Überlegung der EU-Kommission aus, nur ein Klimaschutzziel festzulegen und dieses entsprechend zu untermauern. Wenn die Lage so ist, wie gerade von Herrn Hofreiter beschrieben, dass nämlich der Weltuntergang in Irland und anderen Ländern der Europäischen Union unmittelbar bevorsteht, dann müsste es doch richtig sein, genau an diesem Ziel anzusetzen und ein europäisches Emissionsreduktionsziel festzulegen, das technologieoffen im Wettbewerb Reduk-

tionen ermöglicht. Genau das aber wollen Sie nicht. Sie wollen, dass in Europa mehrere Ziele nebeneinander bestehen und zum gleichen Ergebnis wie in Deutschland führen, wo sich zahlreiche Ziele gegenseitig konterkarieren. Ein Beispiel dafür ist KWK. Mit großer Mehrheit haben wir hier im Haus 2008 ein KWK-Ziel von 25 Prozent beschlossen. Wir sind weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen, weil es durch andere Ziele, beispielsweise das EEG, konterkariert wird. Im Ergebnis führt das dazu, dass heute Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen nicht nur nicht neu gebaut werden, sondern bestehende, sowohl im industriellen Bereich als auch bei Stadtwerken, nicht rentabel sind.

Jetzt komme ich auf die Emissionen zu sprechen. Sie wollen die Emissionen bis 2030 um 55 Prozent reduzieren. Wie sieht die Realität aus? Die EU hat sich verpflichtet, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Sie hat in Aussicht gestellt,

die Quote auf 30 Prozent zu erhöhen, wenn es gelingt, ein Kioto-Nachfolgeregime zu vereinbaren. Leider sind wir im Moment von der Festlegung auf ein solches Nachfolgeregime weit entfernt. Ich bin sehr skeptisch, dass es gelingt, im nächsten Jahr in Paris diesbezüglich entscheidend weiterzukommen.

Bis 2020 wollen wir die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 20 Prozent reduzieren. In diesen Zeitraum von 30 Jahren fallen die Deindustrialisierung, die quasi stattgefunden hat, und der völlige Neuaufbau der Konversionsländer Osteuropas.

Das betrifft auch die fünf neuen Bundesländer. In der Quote von 1990 sind auch die damaligen Emissionen in den fünf neuen Bundesländern enthalten, die bereits – das war einmalig – reduziert wurden. Wir sagen: Zwischen 2020 und 2030 wollen wir quasi das Gleiche erreichen, nämlich noch einmal eine Reduktion um 20 Prozent. Ich glaube, das ist mehr als ambitioniert. Sie sagen jetzt, dass Sie eine Reduktion um 55 Prozent bis 2030 erreichen wollen. Ich halte das, ehrlich gesagt, für weltfremd und nicht erreichbar.

In Deutschland haben wir die Emissionen bereits um weit über 20 Prozent reduziert. Der Anteil der Emissionen in Deutschland lag 1990 im weltweiten Vergleich bei 4,7 Prozent. Heute beträgt er 2,4 Prozent. Die EU insgesamt hat ihre Emissionen um über 16 Prozent reduziert. Der Anteil der EU am globalen CO₂-Ausstoß liegt heute bei gerade einmal 10 Prozent. Das ist die Hälfte der Quote von 1990. Damals lag sie bei 20 Prozent. Das heißt, selbst wenn wir in Europa um 100 Prozent reduzieren – das betrifft alle industriellen Prozesse; da kommt man auch an physikalische Grenzen –, dann würden wir dem Weltklima damit im Ergebnis kaum helfen. Wer etwas anderes suggeriert, der erzählt bewusst etwas Falsches.

China hat seit 1990 seine Emissionen vervierfacht, Indien hat seine Emissionen vervierfacht und auch in den ASEAN-Ländern steigen die Emissionen. Insofern nutzt es uns in Europa nichts, Zahlenfetischismus zu betreiben. Vielmehr müssen wir den Rest der Welt davon überzeugen, mitzumachen. Wie machen die anderen Länder mit? Am besten, indem wir hocheffiziente Kraftwerkstechnologien dorthin liefern, sodass in diesen Ländern die Energieeffizienz steigt und der CO₂-Ausstoß reduziert wird. Es nutzt nichts, wenn wir die weltweit Klimaschonendsten und Energieeffizientesten sind.

Sie fordern in Ihrem Antrag, dass das EEG mehr oder weniger so erhalten bleibt, wie es jetzt ist, und dass das Einspeiseregime so fortgeführt wird. Dass das nicht funktioniert, haben wir in Deutschland, glaube ich, mittlerweile begriffen. Die jähr-

liche Belastung allein durch die EEG-Umlage beträgt inzwischen 24 Milliarden Euro. Um sich das noch einmal zu vergegenwärtigen: Nach den neuesten Zahlen summiert sich die Gesamtbelastung durch das EEG für die Zeit von 2014 bis 2030 – so die heutige Vorausschau; durch die langen Laufzeiten ist ja vieles schon festgelegt – auf rund 450 Milliarden

Euro. Das ist das Eineinhalbfache des Bundeshaushalts.

Wenn Sie angesichts dieser Zahlen ernsthaft der Meinung sind, dass wir das in ganz Europa so betreiben können, muss ich Ihnen sagen: Das wird

nicht funktionieren. Wir haben gerade erfahren, dass bei dem Aland-Verfahren zwischen Schweden und Finnland der Generalanwalt beim EuGH leider die Meinung vertritt, dass es europarechtswidrig und binnenmarktrechtswidrig ist, wenn man eine Förderung der Erneuerbaren nur national betreibt. Wenn der EuGH so entscheiden sollte, dann würde das bedeuten, dass unser EEG quasi für ganz Europa zur Verfügung stünde. Was das wiederum bedeuten würde, ist, glaube ich, jedem klar: So kann es nicht weitergehen. Deshalb brauchen wir in Europa die Harmonisierung der Fördersysteme im Bereich der Erneuerbaren. Nicht 28 unterschiedliche Regime der Förderung erneuerbarer Energien und am besten noch 28 Kapazitätsmärkte darf es geben. Den Binnenmarkt müssen wir entsprechend stärken. Es gilt, einheitliche Preiszonen – die zentraleuropäische Preiszone ist hier Vorbild – sukzessive auszuweiten, sodass wir einen europäischen Strompreis haben. Dazu brauchen wir Interkonnektoren. Dazu brauchen wir einen europäischen Netzausbau und, wie gesagt, die Harmonisierung der Marktsysteme statt nationaler Kleinstaaterei. Es geht nicht an, zu sagen: „Wir müssen das EEG so erhalten, wie es bisher besteht“, weil es uns dann nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa um die Ohren fliegt.

Leider machen Sie in Ihrem Antrag immer die Industrie, insbesondere die energieintensive Industrie, für den angeblichen Anstieg der Strompreise verantwortlich und führen das auf eine unsachgemäße Ausweitung des Fördertatbestands zurück; vorhin hat das der Kollege Hofreiter auch wieder so dargestellt. Was ist der Sachverhalt? Wir haben in der Tat die Zahl der durch das EEG Begünstigten 2012 ausgeweitet; das waren vor allem mittelständische Unternehmen. Begünstigt ist jetzt nicht nur eine dreistellige, sondern eine mittlere vierstellige Zahl von Unternehmen. Nur: Die Strommenge, die zusätzlich begünstigt ist, beträgt gerade einmal 10 Prozent.

Sie fordern, dass über die EU-Stromkompensationsrichtlinie entsprechend entlastet wird.

Was würde das bedeuten? Das würde bedeuten, dass beispielsweise die Bauindustrie oder die Zementindustrie in Deutschland nicht mehr entlastet würde. Was wäre die unmittelbare Folge? Das ist alles nachzulesen; das ist alles untersucht. Rund 60 Prozent der Zementproduktion in Deutschland wären sofort gefährdet, und dann würde aus dem Ausland nach Deutschland geliefert. Dem Klima würde das überhaupt nichts nützen.

Sie wollen die Entlastung abschaffen. Das Ergebnis wäre: Sie würden Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichten, und Sie würden die Wertschöpfungsketten durchtren-

nen. Wir in der Bundesregierung sind gerade in intensivsten Gesprächen mit der EU-Kommission, damit dies nicht passiert.

Sie reden der Deindustrialisierung Deutschlands das Wort.

Vielleicht ist das aber auch der wahre Hintergrund; denn nur dann, wenn Sie die Industrie so vernichten, wie Sie es vorschlagen, können Sie Ihre Reduktionsziele erreichen. In der Tat, wenn wir keine Aluminiumproduktion, keine Stahlproduktion, keine Chemie mehr in Deutschland und Europa haben, können wir diese Reduktionsziele erreichen. Das ist aber nicht unser Weg.

Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien wirtschaftlich vernünftig gestalten, in einem wettbewerblichen Rahmen. Wir wollen den Industriestandort Deutschland und Europa erhalten, und das werden wir auch tun. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie in Ihrem Antrag vorschlagen. Diese Bundesregierung wird dies in der nächsten Woche in und mit Brüssel hoffentlich auch erreichen.

Sie bekämpfen mit Ihrem Antrag eher den Standort Deutschland, als dass Sie die europäische Energiepolitik voranbringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eva Bulling-Schröter, DIE LINKE:

Europäische Energiepolitik muss Klimaschutzpolitik sein



Eva Bulling-Schröter (*1956)
Landesliste Bayern

Es steht viel auf dem Spiel, und wir haben nicht viel Zeit. Europäische Energiepolitik muss deshalb Klimaschutzpolitik sein.

Diese muss sich am 2-Grad-Ziel orientieren. Wenn ich mir aber die Vorschläge der EU-Kommission zum Rahmen der Klima- und Energiepolitik anschau, muss ich sagen: Ich halte sie für eine Bankrotterklärung. Denn das Ziel einer Minderung um 40 Prozent bis 2030 bedeutet nichts anderes, als dass wir 2050 maximal bei minus 70 Prozent statt bei minus 80 bis 95 Prozent herauskommen. Wenn ich mir dann vorstelle, wie wir als EU-Verhandlungsdelegation nächstes Jahr in Paris stehen – wir sind ja mit dabei –, kann ich nur sagen: Eigentlich können wir uns da gar nicht blicken lassen. Ich finde das, was hier passiert, ganz peinlich.

Statt der nun vorgeschlagenen Reduzierung um 40 Prozent bräuchten wir als Ziel bis 2030 mindestens eine Reduzierung um 55 bis 60 Prozent der CO₂-Emissionen gegenüber 1990.

Auch der Vorschlag der Kommission im Hinblick auf ein Reförmchen des europäischen Emissionshandels ist absolut ungenügend. An den der-

zeit 2 Milliarden Überschüssen an Zertifikaten, die eigentlich sofort stillgelegt werden müssten, wird mit der sogenannten Marktstabilitätsreserve eben kaum gerüttelt; das funktioniert alles nicht, Herr Pfeiffer. Deshalb werden die CO₂-Preise weiterhin im Keller bleiben; sie sind übrigens sogar niedriger als der Preis für eine Schachtel Zigaretten.

Auf gut Deutsch heißt das, dass weitere 10 bis 15 Jahre aus dem Emissionshandel kein Klimaschutz erwachsen wird. Wir rechnen es einmal hoch: Bis 2030 gibt es dann immer noch einen Überschuss von 650 Millionen Zertifikaten. Das kann einfach nicht sein; das funktioniert nicht. Das ist eine weitere Bankrotterklärung. Da kann man nur noch baff sein. Schließlich sollte der Emissionshandel das wichtigste Klimaschutzinstrument sein. Ich sage Ihnen: Er hat absolut versagt. Die Dimension dieses Totalversagens ist bisher aber noch gar nicht so öffentlich. Wir müssen auch die Bevölkerung darüber aufklären, was hier wirklich passiert.

Vor dem Hintergrund der deutschen Entwicklung bekommen diese EU-Bankrotterklärungen wirklich ein besonderes Geschmäckle. Denn Deutschland verabschiedet sich selbst von den Klimazielen; wir haben es ja gehört, Herr Pfeiffer. Die Bundesregierung tut eben nichts, um die dramatische Entwicklung der Kohleverstromung in Deutschland aufzuhalten. Mit hoffnungsvollen Augen hat man im Ausland auf die deutsche Energiewende geblickt. Sie war bislang ein Modell mit Vorbildfunktion; „Energiewende“ ist ein Wort, das auch im Ausland verwendet wird. Doch die Chance der Er-

neuerbaren, wegzukommen von monopolistischen Kohle- und Atomkonzernen, hin zu kommunalen Stadtwerken, zur Bürgerenergie, wird gerade verzockt.

Ich sage Ihnen: Die massive Kohleverstromung ist nicht der Preis, zu dem wir die Erneuerbaren haben wollten. Das ist Konsens in der Bevölkerung; das wollen die Menschen nicht. Das ist auch nicht nur ein Wertmüßer beim Ausbau der Erneuerbaren. Das ist eine völlig verfehlte Politik, eine Politik, die vor der Kohlelobby einknickt. Denn während Kohle so billig ist wie nie und die Klimaziele in weite Ferne rücken, sind klimafreundlichere Gaskraftwerke nicht konkurrenzfähig. Wer will ein solches Modell dann in Europa anpreisen?

Die Energiewende soll ausgebremst werden, und dadurch soll die Kohleverstromung weiter gestärkt werden. Deshalb fordern wir ein nationales Kohleausstiegsgesetz. Wir wollen uns dabei unter anderem an Großbritannien orientieren.

Dort wird für jedes Kraftwerk ein festes CO₂-Budget festgelegt.

Somit werden also nicht direkt Kapazitäten begrenzt, sondern produzierte Strommengen. Das ist dringend notwendig.

Ich sage Ihnen: Das würde im Übrigen auch einen erheblichen Teil des Netzausbaus einsparen. Die Proteste werden Ihnen noch große Sorgen machen. Denn die Menschen vor Ort wollen keine Stromleitungen für Kohlestrom, sondern höchstens solche für regenerative Energien.

Das ist auch gut so. Es muss diskutiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung tut nichts um die Kohleverstromung in Deutschland aufzuhalten.

Wolfgang Tiefensee, SPD:

Unterschiedliche europapolitische Rahmenbedingungen



Wolfgang Tiefensee (*1955)
Landesliste Sachsen

Mit dem uns vorliegenden Antrag widmen sich die Grünen einem wichtigen Aspekt der deutschen Energiewende, nämlich ihrer europäischen Einbindung. Wir wollen diese Einbindung. Wir wollen genauso wie Sie, Herr Hofreiter, dass der Kampf gegen den Klimawandel in Deutschland Erfolg hat. Wir wollen, dass er in Europa Erfolg hat; wir wollen auch, dass er international Erfolg hat. Mit Blick auf Ihren Antrag müssen wir uns aber zunächst fragen: Was sind eigentlich die Voraussetzungen für eine europäische Einbindung der deutschen Energiewende? Ich will drei Voraussetzungen nennen, die mir zentral scheinen:

Erstens. Wir müssen uns vor Augen führen, dass die energiepolitischen Rahmenbedingungen in den Mitgliedsländern der EU unterschiedlich sind.

Zweitens. Voraussetzung für eine europäische Verankerung der Energiewende ist ein kritischer Blick auf unsere eigene Energiepolitik, auf unsere Erfolge, die zweifellos vorhanden sind, aber auch auf unsere Irrtümer.

Drittens. Nicht zuletzt brauchen wir für die europäische Energiepolitik eine Vorstellung von einem gemeinsamen Rahmen, der den unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen europäischen Ländern Rechnung trägt und schrittweise ausgebaut wird.

Auf diese Unterschiede – das ist meine Hauptkritik – gehen Sie in Ihrem Antrag viel zu wenig ein. Dies führt dann zu unterschiedlichen Einschätzungen, wie die Energiewende auf europäischer Ebene verankert werden kann. Das will ich im Einzelnen ausführen.

Deutschland wird sich für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen innerhalb der EU um mindestens 40 Prozent bis 2030 einsetzen, als Teil einer Zieltrias aus Reduktion der Treibhausgasemissio-

nen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

Die Bundesrepublik macht sich stark für ein verbindliches Ziel für den Ausbau der erneuerbaren Energien – das Ziel sind 30 Prozent –; das ist Bestandteil unseres Koalitionsvertrages, und das sagt auch die Bundesregierung beziehungsweise der Minister an jeder Stelle.

Meine Damen und Herren, wenn wir von Europa reden, dürfen wir nicht nur die Europäische Kommission im Blick haben. Der Ansatz, den ich geschildert habe, deckt sich mit dem des Europäischen Parlaments. Das Europäische Parlament hat im Februar dieses Jahres mit drei verbindlichen Zielen der EU für das Jahr 2030 Akzente gesetzt, nämlich Reduktion der CO₂-Emissionen um mindestens 40 Prozent, Ausbau der erneuerbaren Energien auf 30 Prozent und eine Senkung des Energieverbrauchs um 40 Prozent. Die Ziele im Antrag der Grünen sind zum Teil ambitionierter; ansonsten sind wir hinsichtlich der Zieltrias nicht weit auseinander.

Unseres Erachtens ist es wichtig, sicherzustellen, dass jeder Mitgliedstaat einen verlässlichen Beitrag zum Erreichen dieser Zieltrias leistet. Ich kann Ihnen allerdings nicht zustimmen, wenn Sie die nationale Energiewende auch in Europa verankern wollen, um ihren Fortgang damit effizienter und schneller zu gestalten. Ich fürchte, dass wir bei einer Erhöhung der Geschwindigkeit Gefahr laufen, die Zustimmung der Bevölkerung zu verlieren, weil wir sie und uns überfordern. Die Sicherheit der Energieversorgung und die Bezahlbarkeit von Energie müssen immer im Blick behalten werden.

Auch wenn wir Vorreiter sind, müssen wir die Belange unserer Partner berücksichtigen; denn wir sind auf unsere Partner angewiesen. Beispielsweise haben wir die Synchronisationsaufgaben im Rahmen unserer Energiewende noch nicht gelöst, also die Abstimmung von Angebot und Nachfrage. Derzeit bringen wir sozusagen unkontrolliert Strom aus erneuerbaren Energien zu unseren Nachbarn. Das bringt beispielsweise Polen in Schwierigkeiten, weil dann dort die eigenen, konventionellen Kraftwerke heruntergefahren werden müssen und rote Zahlen schreiben.

Ein anderes Beispiel ist der EU-Emissionshandel. Die Grünen fordern in ihrem Antrag, die von der EU-Kommission vorgeschlagene Marktstabilitätsreserve schon deutlich vor 2020 einzuführen. Wir sind im Prinzip mit dem Backloading, ja auch mit dem Set-aside ein-

verstanden. Aber wir müssen innerhalb Europas auch die Belange der osteuropäischen Staaten berücksichtigen. Das bereits anvisierte Backloading im Rahmen der vorübergehenden Herausnahme von 900 Millionen CO₂-Zertifikaten macht den Staaten in Osteuropa große Sorgen.

Die größten Kooperationsmöglichkeiten in den Ländern der EU sehen wir darüber hinaus im Bereich der Energieeffizienz. Deutschland zählt zu den wenigen Industrieländern, die es geschafft haben, wirtschaftliches Wachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln. Mit diesem technologischen Pfund wollen wir wuchern. In der zweiten Jahreshälfte

Die größten Kooperationsmöglichkeiten in der EU sehen wir im Bereich der Energieeffizienz.

wird das Bundeswirtschaftsministerium einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie in nationales Recht vorlegen.

Ein Weiteres: die EEG-Umlage bei energieintensiven Unternehmen. Wir können nicht auf der einen Seite die bestehenden Ausnahmeregelungen für die Industrie als fehlgeleitete Politik bezeichnen und auf der anderen Seite die Bundesregierung auffordern, sich mit Nachdruck für den Fortbestand der gültigen und erfolgreichen Einspeisevergütung für erneuerbare Energien in Brüssel einzusetzen. Auch wir sind für eine Verringerung der Anzahl der Unternehmen, die unter die Ausgleichsregelung fallen. Aber dieser Zusammenhang muss auch mit Blick auf Brüssel gesehen werden.

Ein weiterer Punkt betrifft die Einführung der Ausschreibungssysteme. Ja, es stimmt: Derzeit kommen die Ausschreibungssysteme in der Praxis nicht gut weg. Wir sollten aus den Fehlentwicklungen lernen. Wichtig ist, dass wir unser Pilot-

vorhaben in einer Größenordnung von 400 Megawatt für Photovoltaik-Freiflächenanlagen starten, die Pilotversuche auswerten und dann gemeinsam nach Lösungen suchen, wie wir die kleinen Bürgerwindparks, gegebenenfalls zusammen mit den Stadtwerken, in ein solches Ausschreibungssystem bringen. Dann können wir zum richtigen Zeitpunkt die Einführung von Ausschreibungssystemen diskutieren.

Zurück zu den Voraussetzungen. Ich plädiere dafür, dass wir die unterschiedlichen europapolitischen Rahmenbedingungen im Blick behalten, dass wir einen kritischen Blick auf unsere eigene Energiepolitik bewahren und dass wir eine Vorstellung für einen gemeinsamen europäischen Rahmen entwickeln.

Wir lehnen den Antrag ab, da er die deutsche Energiewende unreflektiert in den Mittelpunkt einer europäischen Verankerung stellt und durch das Ausblenden der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Ländern einer europäischen Energiewende nicht förderlich ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Julia Verlinden, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich erwarte jetzt Taten



Julia Verlinden (*1979)
Landesliste Niedersachsen

Ich bin schon etwas verwundert: Heute führen wir eine Debatte über ein solch wichtiges Thema, aber weder die Umweltministerin noch der Energieminister sind anwesend. Das finde ich sehr schade.

Sie hätten vielleicht zu etwas Aufklärung beitragen können, was die Diskussion über die Zieltrias angeht. Das scheint zwischen den Koalitionspartnern der Großen Koalition noch nicht ganz geklärt zu sein.

Mein Kollege Toni Hofreiter hat es schon sehr treffend beschrieben: Wenn es um mehr Klimaschutz, um mehr erneuerbare Energien

und um mehr Energieeffizienz geht, dann ist von der Regierung des größten Landes in der EU, nämlich von unserer Bundesregierung, in Brüssel nichts zu sehen und nichts zu hören. Das finde ich beschämend.

Ganz anders sieht es aus, wenn es beispielsweise darum geht, neue CO₂-Grenzwerte für die Automobilindustrie abzuwenden. Dann nämlich ist unsere Kanzlerin Merkel ganz schnell in Brüssel, um allzu ambitionierte Vorgaben zu verhindern. Liebe Frau Merkel, wollen Sie wirklich von der einst gefeierten Klimakanzlerin jetzt zur Klimaschutzblockiererin werden?

Herr Pfeiffer, ich bin sehr irritiert, was Sie zur Zieltrias gesagt haben. Wie gesagt, ich hätte mir hierzu etwas Aufklärung gewünscht. Ich habe Herrn Tiefensee, aber auch die Umweltministerin in den letzten Wochen und Monaten immer so verstanden, dass sie sich für eine Zieltrias einsetzen wollen. Ich erwarte jetzt Taten. Beim EU-Gipfel gibt es ja die Gelegenheit dafür. Auch darüber hinaus gibt es sehr viele Möglichkeiten, gute und ef-

fektive Klima- und Energiepolitik aus Brüssel zu unterstützen – insbesondere in Bezug auf die Energieeffizienz.

Herr Pfeiffer hat das Thema Energieproduktivität angesprochen. Sie sagen, wir seien bei der Energieproduktivität schon sehr viel besser geworden. Herr Pfeiffer, Sie machen bei der Statistik aber einen ganz großen Fehler: Sie rechnen sie schön, wenn die Herstellung der Produkte, die wir importieren, in der Energiebilanz des Auslandes angerechnet wird. Sagen Sie doch einmal ganz ehrlich, wie unsere Energieproduktivität tatsächlich aussieht. Bei der Energieeffizienz haben wir noch sehr viel Potenzial.

Ich fordere von der Bundesregierung also, dass sie sich jetzt mit Nachdruck für ein neues EU-Ziel zur Senkung des Energieverbrauchs einsetzt. Hier fordern wir Grüne auch verbindliche nationale Ziele. Alles andere wären einfach nur fromme Wünsche und keine ambitionierte und verlässliche Politik.

Wir wollen auch, dass Sie jetzt endlich die EU-Effizienzrichtlinie

Bei der Energieeffizienz haben wir noch sehr viel Potenzial.

umsetzen. Es ist doch eine große gesellschaftliche und wirtschaftliche Chance, Einsparpotenziale zu nutzen und Innovationen voranzutreiben. Das ist auch das Gegenteil von einer sogenannten Deindustrialisierung, die Sie uns vorwerfen, Herr Kollege Pfeiffer. Es ist Fortschritt, wenn man effizienter wirtschaftet.

Die Bundesregierung hat das Thema Energieeffizienz jahrelang verschlafen, Herr Fuchs, und vernachlässigt es auch weiterhin. Ihr Prinzip lautet offenbar: Zuerst werden die Richtlinien in Brüssel verwässert, und dann werden sie in Deutschland nur leidlich oder verspätet oder als Papiertiger umgesetzt. Das war in der Vergangenheit bei der EU-Gebäuderichtlinie so, und das ist jetzt auch bei der EU-Energieeffizienzrichtlinie zu befürchten.

Was zusätzlich den Eindruck vermittelt, dass es unserer Bundesregierung mit einer echten Energiewende nicht ernst genug ist – das Thema wurde auch schon angesprochen –: Obwohl die geplanten Vorgaben der EU für neue Beihilferichtlinien noch in der Diskussion sind und Deutschland Einfluss nehmen könnte, plant Minister Gabriel die von der Kommission nur vorgeschlagenen Ausschreibungen für erneuerbare Energien in vorausweisendem Gehorsam schon einmal in seinem Gesetzentwurf zur EEG-Novelle mit ein. Genau das verhindert doch, dass sich auch künftig Bürgerenergiegenossenschaften und kleinere Unternehmen am Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligen. Wollen Sie etwa keinen Wettbewerb im Energiemarkt? Das würde mich doch sehr wundern.

Herr Minister Gabriel – leider ist er jetzt nicht da, aber vielleicht kann Frau Zypries ihm das ausrichten –, ich wünsche mir, dass Sie aufhören, mit dem Finger auf Brüssel zu zeigen und so zu tun, als könnten Sie nichts ausrichten. Das Beispiel der CO₂-Grenzwerte für Neuwagen zeigt doch: Deutschland kann sehr wohl Einfluss nehmen. Sie haben es in der Hand, sich mit der Kommission in der EU zu einigen.

Es gibt ganz aktuell noch einen Punkt, wo Sie Europa in die richtige Richtung lenken können: Wenn Kommissar Oettinger, den Sie ja nach Brüssel geschickt haben, liebe Frau Merkel, jetzt nach Fracking ruft, dann antworten Sie ihm doch einfach: Fracking brauchen wir nicht.

Wir setzen lieber auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien, auch im Wärmesektor. Nur so schaffen wir dauerhafte Unabhängigkeit von Öl-, Kohle- und Gasimporten, und nur so erreichen wir Versorgungssicherheit als nachhaltige Grundlage für unsere Wirtschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Bareiß, CDU/CSU:

Wir brauchen mehr Europa in der Energiewirtschaft



Thomas Bareiß (*1975)
Wahlkreis: Zollernalb - Sigmaringen

Zu Beginn möchte ich der Fraktion der Grünen ein Dankeschön für ihren Antrag aussprechen, weil ich glaube, dass wir hier im Parlament viel zu wenig über die Verankerung der Energiewende im europäischen Kontext reden.

Nach dem Dankeschön muss ich aber gleich betonen, liebe Frau Verlinden, dass Sie leider wieder auf halber Strecke stehen bleiben. Ich möchte hier nur einmal einen kleinen Satz aus Ihrem Antrag zitieren, weil er Ihre Denke entlarvt und zeigt, dass Sie genau in die andere als in die europäische Richtung gehen wollen. Ich zitiere:

Verbindliche nationale Ziele sind zudem ... ein wichtiger Schritt, die sich abzeichnende Renationalisierung der Energiepolitik abzuwenden.

Das ist genau das Gegenteil dessen, was Sie wollen. Sie wollen keine europäische Energiepolitik. Sie konterkarieren mit diesen Sätzen Ihren guten Ansatz, mehr für Europa zu tun. Wir brauchen gerade in der Energiewirtschaft mehr Europa. Wir brauchen gemeinsame verbindliche Ziele. Wir brauchen eine Harmonisierung der Gesetzgebung. Wir brauchen einen gemeinsamen stärkeren Binnenmarkt. Wir brauchen eine gemeinsame Infrastruktur. Sprich: Wir brauchen mehr und nicht weniger Europa in der Energiewirtschaft. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten.

Lieber Herr Hofreiter, ich war angesichts Ihrer Rede überrascht. Sie haben gesagt: Wir brauchen eine Beschleunigung der Energiewende. Frau Bulling-Schröter hat von „Totalversagen“ gesprochen. Noch einmal: Wir in Deutschland sind energiepolitisch Vorreiter in Europa. Es gibt kein Land in Europa, es gibt kein Land in der Welt, das so hohe energiepolitische Ziele hat wie Deutschland. Wir wollen bis 2025 den Anteil der erneuerbaren Energien am Strommarkt auf 40 bis 45 Prozent erhöhen, bis 2050 sogar auf 80 Prozent. Im Bereich des Klimaschutzes

wollen wir in Deutschland als nationales Ziel bis 2020 die Emission von Treibhausgasen um 40 Prozent reduzieren. Wir wollen im Bereich Energieeffizienz bis 2020 20 Prozent des Primärenergieverbrauchs einsparen.

Diese drei Bereiche machen deutlich: Wir sind Schrittmacher in Europa. Wir sind Schrittmacher in der europäischen und weltweiten Energiepolitik.

Nicht nur in der Zielsetzung sind wir Schrittmacher und an der Spitze, sondern auch in der Umsetzung.

Wir sind Weltmeister im Ausbau von erneuerbaren Energien. Wir haben einen so hohen Anteil an erneuerbaren Energien wie kein anderes Land in der Welt: 24 Prozent in 2013.

Wir hatten in den letzten Jahren einen Boom, den noch nicht einmal Sie, Herr Krischer, vorhergesehen haben. Das hat uns nicht immer nur gut getan; auch das muss man einmal sagen. Aber wir haben in den letzten Jahren enorm viel aufgebaut.

Wir sind Weltmeister im Bereich der Energieeffizienz. Keine Volkswirtschaft ist trotz eines starken Wirtschaftswachstums 2011 so effizient wie Deutschland.

Wir sind Weltmeister auch im Bereich der Energieeffizienz. Ich möchte es noch einmal betonen: Wir haben trotz unseres Wirtschaftswachstums 2011 – das war sehr gut – den Energieverbrauch um 4,8 Prozent gesenkt. Wir haben die Energieproduktivität seit 1990 um rund 40 Prozent erhöht. Die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer sind in der Welt berühmt und geschätzt für ihre Produkte mit hoher Energieeffizienz. Auch da haben wir die Nase vorn.

Wir sind Weltmeister auch im Bereich des Klimaschutzes. Das Kioto-Ziel, das Deutschland vorrangig mit unterstützt, haben wir trotz anderer Aussagen längst übertroffen. Deutschland hatte sich vorgenommen, beispielsweise bis 2012 den Ausstoß der Treibhausgase um 21 Prozent zu reduzieren. Tatsächlich haben wir ihn um 25,5 Prozent reduziert.

Wir sind also nicht nur im Fahrplan mit unserer Reduktion des CO₂-Ausstoßes, sondern wir sind sogar über das hinausgegangen, was wir uns vorgenommen haben, liebe Frau Höhn.

Ich bitte Sie, anzuerkennen, dass wir hier Vorreiter sind, unsere Ziele nicht nur einhalten, sondern sie sogar übertreffen. Ich fordere Sie nicht

auf, darauf stolz zu sein, aber Sie müssen immerhin anerkennen, dass die Zahlen für uns sprechen und dass wir im Bereich des Klimaschutzes wie kein anderes Land nach vorne kommen.

Bei all den Zielsetzungen, die wir haben, und bei der Umsetzung tun wir das auch als Industrienation, wie ich vorhin beschrieben habe. Wir wollen auch in den nächsten Jahren Industrienation bleiben, mit einem Industrieanteil von 23 Prozent oder vielleicht sogar noch mehr.

Wenn man berücksichtigt, dass mit 50 Prozent ein Großteil des von uns produzierten Stroms in die Industrie fließt, dann muss man anerkennen, dass die Energiewirtschaft die Grundlage nicht nur für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte, sondern auch für unsere Arbeitsplätze ist. Deshalb ist es nicht nur unser

Nicht nur in der Zielsetzung sind wir Schrittmacher und an der Spitze, sondern auch in der Umsetzung.

Anspruch, sondern auch unsere Verpflichtung, verantwortungsvoll mit dem Thema Energiepreise und Energiesicherheit umzugehen.

Eine Volkswirtschaft muss auch die Kraft haben, eine solche enorme Herausforderung, wie sie schon von meinen Vorrednern beschrieben worden ist, stemmen zu können. Bei all den Erfolgen, die wir erzielt haben, dürfen wir nicht vergessen: Wir haben beim Ausbau der erneuerbaren Energien meines Erachtens inzwischen die wirtschaftliche und technische Belastbarkeitsgrenze erreicht. Denn Deutschland ist zwischenzeitlich nicht nur Spitzenreiter in allen Ausbauzielen und Umsetzungsmaßnahmen geworden, sondern wir sind auch Spitzenreiter im Bereich der Stromkosten. Im Durchschnitt liegen die deutschen Strompreise 45 Prozent über dem EU-Schnitt. Die Industriestrompreise liegen über 20 Prozent über dem EU-Schnitt. Die neuesten Zahlen zeigen, dass nur noch Dänemark, Malta und Italien höhere Industriestrompreise haben.

Deshalb müssen wir jetzt den Schwerpunkt auf Wirtschaftlichkeit und Energiesicherheit legen. Die Phase der Markteinführung von erneuerbaren Energien ist überschritten. Wir müssen jetzt in eine neue Phase kommen.

Deshalb besteht auch Änderungsbedarf beim EEG. Aktuell liegen schon Vorschläge vor. Wir brauchen jetzt einen Systemwechsel. Einen verlässlichen Zubaukorridor für erneuerbare Energien packen wir jetzt an. Im ersten Schritt müssen wir jetzt dafür sorgen, dass die Erzeuger er-

neuerbarer Energien verpflichtet werden, ihr Produkt direkt am Markt zu platzieren. Damit schaffen wir Systemintegration für erneuerbare Energien, und wir schaffen Markt und Wettbewerb, der auf beiden Seiten dringend gebraucht wird.

Im zweiten Schritt müssen wir den zukünftigen Zubau ausschreiben, also auch hier einen Systemwechsel einleiten. Damit bekommen wir Verlässlichkeit für die Planung der Infrastruktur auch im Bereich der fossilen Kraftwerke und im Bereich der Speicher. Wir schaffen darüber hinaus ein System, in dem der Preis für erneuerbare Energien vom Markt statt vom Deutschen Bundestag festgelegt wird. Auch das ist ein ganz wichtiger Systemwechsel, den wir einleiten wollen.

Wir trauen den erneuerbaren Energien zu, sich dem Markt zu stellen. Wir brauchen in diesem Bereich mehr Markt und Wettbewerb. Die Vorschläge des Ministers liegen nun auf dem Tisch. Wir werden hier den Minister unterstützen und ihm helfen, diese Vorschläge Schritt für Schritt umzusetzen. Je früher wir das anpacken, desto besser ist es für die Energiewende.

Angesichts dessen, was wir in den nächsten Wochen anpacken, ist es wichtig, dass wir die Probleme im europäischen Kontext schrittweise lösen. Nur so können wir das Thema Wettbewerb und Markt ganzheitlich angehen. Wir knüpfen mit dem europäischen Gedanken auch an unsere Geschichte an; denn es war immer Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft, die Energieversorgung ganzheitlich zu sehen und die Probleme, die wir bei Energiesicherheit und Bezahlbarkeit der Energie sowie bei Umwelt- und Klimaschutz haben, gemeinsam zu lösen.

Ich sehe hier viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit, zum Beispiel beim Zubau von erneuerbaren Energien. Dieser wird oft sehr kritisch gesehen. Aber man muss einfach anerkennen, dass wir in Deutschland durchschnittlich 800 Sonnenstunden im Jahr haben, während es in Spanien 2 600 bis 2 800 Sonnenstunden sind. Deshalb stellt jede Photovoltaikanlage, die in Spanien und nicht in Hamburg oder Berlin gebaut wird, einen viel höheren Gewinn für die gesamteuropäische Energiewende dar. Das wäre viel effizienter und günstiger. Wir müssen daher darüber nachdenken, wie wir gemeinsam die Potenziale Gesamteuropas Stück für Stück besser nutzen können. Wir werden zwangsläufig zu einer schrittweisen Harmonisierung gewisser Fördersysteme kommen müssen.

Wir brauchen außerdem einen Ausbau der Infrastruktur. Gerade Deutschland als Herzland in Europa wird von einem Ausbau der Infrastruktur profitieren, insbesondere von einer stärkeren Energiesicher-

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13: Thomas Bareiß (CDU/CSU)

heit, aber auch von mehr Effizienz, die wir dadurch erzielen.

Wir brauchen neben dem Ansatz einer ganzheitlichen Betrachtung der erneuerbaren Energien auch einen Ansatz, der die konventionellen Kraftwerke berücksichtigt. Wir werden auch in den nächsten Jahren stärker schauen müssen, wie wir den Zubau von effizienten konventionellen Kraftwerken, die wir als Ergänzung zu

volatilen Sonnen- und Windstrom auch noch brauchen, gemeinsam in Europa angehen. Wir brauchen gemeinsame Mechanismen – ich möchte nicht von Kapazitätsmechanismen sprechen – und Überlegungen, wie wir nicht nur national, sondern auch international vorgehen. Wir schaffen Instrumente und Rahmenbedingungen, damit die Errichtung von solchen Kraftwerken möglich wird.

Wir werden auch in dem zukünftigen Strommix Kernenergie haben, Strom aus Kernenergie wird also auch nach Deutschland gehen. Deshalb müssen wir auch hier gemeinsame Standards finden. Das liegt in unserem gemeinsamen Sicherheitsinteresse. Auch das ist mir ein wichtiges Anliegen.

Mein letzter Punkt betrifft den Klimaschutz. Auch den müssen wir gemeinsam anpacken. Das habe ich

schon zu Beginn erwähnt. Wir brauchen auch in diesem Bereich gemeinsame europäische Ziele. Der Kollege Pfeiffer hat zu Recht gesagt, wir müssten überlegen, ob wir das CO₂-Ziel als oberstes Ziel thematisieren. Wir brauchen nicht zwei oder drei Ziele, sondern es macht sicherlich Sinn, sich auf ein Ziel zu konzentrieren. Andere Ziele werden sich diesem obersten Ziel unterordnen.

Unsere Ziele sind anspruchsvoll und eine Herausforderung. Wir haben Enormes vor. Noch einmal: Die Energiewende kann nur gelingen, wenn wir sie besser europäisch einbetten. Wir wollen dieses Projekt gemeinsam starten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Caren Lay, DIE LINKE:

Das System der Industrierabatte hat erhebliche Pferdefüße



Caren Lay (*1972)
Landesliste Sachsen

Ich möchte gerne auf das Thema der Industrieprivilegien zu sprechen kommen. Wir haben es gehört: Über 2 000 Industrieunternehmen sind inzwischen von diversen Bestandteilen ihrer Stromrechnung befreit, die dann die Verbraucherinnen und Verbraucher und die nicht befreiten Unternehmen für sie mitbezahlen. Das überprüft gerade die EU. Die Bundesregierung klagt dagegen.

Ich habe von den Rednern der Koalition bisher fast nichts dazu gehört, außer dass sie das in der bisherigen Form verteidigt haben; denn sie haben gesagt, das sichere Arbeitsplätze und den Standort Deutschland.

Ich finde, wir müssten all denjenigen, die dieser Debatte zuhören, die ganze Wahrheit sagen. Die ganze Wahrheit bedeutet, dass die Anzahl der befreiten Unternehmen nicht nur enorm angestiegen ist, sondern dass die gesamte Konstruktion dieser sogenannten Industrierabatte auch erhebliche Pferdefüße hat. Erstens. Sozialpolitisch heißt das nichts anderes, als dass beispielsweise der Hartz-IV-Empfänger oder die alleinerziehende Mutter für den Braunkohlkonzern Vattenfall die Stromrechnung mitbezahlen. Finden Sie das sozial gerecht? Wir nicht.

Zweitens. Großbäckereien sind zum Teil von Stromkosten befreit, der Handwerksbäckerbetrieb an der Ecke ist es aber nicht. Das hat doch nichts mit dem Standort Deutsch-

land zu tun. Das ist einfach nur wirtschaftspolitischer Unsinn.

So manches Unternehmen nimmt die derzeitige Regelung zu Industrierabatten zum Anlass, um feste Beschäftigung in Leiharbeitsverhältnisse umzuwandeln. Warum? Sie rechnen ihre Arbeitskosten künstlich herunter und können dann als Ergebnis dieser sinnlosen Regelung auch noch Stromkosten auf Kosten aller anderen Verbraucher einsparen. Das hat mit guter Arbeitsmarktpolitik überhaupt nichts zu tun. Das ist eine Einladung zum Lohndumping. Deswegen lehnen wir das ab.

Andere Firmen rechnen ihre Stromkosten künstlich hoch. Festtagsbeleuchtung am Wochenende, man lässt auch einmal eine Maschine über Nacht laufen. Am Ende wird man auch noch dafür belohnt. Wir sagen: Das ist eine Einladung zur Energieverschwendung. So wie bisher kann es nicht bleiben.

Meine Damen und Herren, zur ganzen Wahrheit gehört, dass über 5 Milliarden Euro von Otto Normalverbraucher und Erika Mustermann für die privilegierten Unternehmen an Stromkosten mitbezahlt werden. Wir müssen an die Industrieprivilegien in der bestehenden Form herangehen; denn so kann es nicht bleiben.

Herr Pfeiffer, wenn Sie hier schon den Standort Deutschland bemühen, dann möchte ich dazu etwas sagen. Wenn wir über Wirtschaftspolitik und Arbeitsplätze reden, dann möchte ich, bitte schön, dass wir auch über die 400 000 Arbeitsplätze sprechen, die im Bereich der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren entstanden sind. Die Vorgängerregierung hat mit ihrer verfehlten Politik dafür gesorgt, dass schon Zehntausende Arbeitsplätze in der Solarbranche eingegangen sind, viele davon in Ostdeutschland. Das ist eine Form von Deindustrialisierung, die wir als Linke ablehnen.

Deswegen muss ich auch sagen: Das, was Sie derzeit in Form der EEG-Novelle vorhaben, hat mit einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun.

Ich sage: Wenn diese Regierung nur halb so viel Energie darauf verwenden würde, das System der Industrieprivilegien zu reformieren anstatt den Ausbau der erneuerbaren Energien zu deckeln, dann wären wir schon ein ganzes Stück weiter.

Meine Damen und Herren, auch wir Linke lehnen die Industrieprivilegien nicht komplett ab; aber wir wollen sie an sinnvolle Kriterien koppeln. Das erste Kriterium wäre, dass ein Unternehmen tatsächlich

im internationalen Wettbewerb steht. Das zweite Kriterium wäre, dass ein Unternehmen technologiebedingt energieintensiv produziert. Entschuldigen Sie, das kann ich weder bei einer H&M-Filiale noch bei einem Golfplatz noch bei einer Saunaanlage erkennen. Das dritte Kriterium wäre – da gehen wir über die Vorschläge im Antrag der Grünen hinaus –:

Industrierabatte kann es nur dann geben, wenn es tatsächlich verbindliche Energieeinsparziele gibt. Ansonsten bleibt es nämlich bei dieser Einladung zur Energieverschwendung, und das kann so nicht bleiben.

Wir Linken wollen die Industrieprivilegien an sinnvolle Kriterien koppeln.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Dieser Vorschlag wäre EU-konform. Er wäre sozial gerecht und würde uns dieses Beihilfeverfahren ersparen. Mit un-

seren Vorschlägen zur Energiepolitik, die wir gestern vorgestellt haben, würde eine durchschnittliche deutsche Familie im Jahr über 180 Euro an Stromkosten sparen, ohne dass wir den Ausbau der erneuerbaren Energien aufs Spiel setzen würden. Daran könnten Sie sich vielleicht einmal ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dirk Becker, SPD:

Wir können unsere Energiewende Europa nicht aufstülpen



Dirk Becker (*1966)
Wahlkreis: Lippe I

Wenn so viele Redner vor einem gesprochen haben, besteht immer das Problem, dass man von seinem Redemanuskript eigentlich abweichen muss, weil es einiges klarzustellen gibt.

Ich darf feststellen, dass sich die Frage stellt: Wo ist eigentlich der Minister? Während wir hier Anträge beraten, während sich einige lohnenswerte Gedanken machen, verhandelt er derzeit mit der EU. Niemand weiß, wie das Ganze ausgeht. Sie alle wissen ja, bereits seit Dezember

wird verhandelt. Also brauchen wir jetzt keine Empfehlung, genau dies zu tun. Wir gehen davon aus, dass wir mit Blick auf die Besondere Ausgleichsregel relativ zeitnah Erfolg haben.

Sie werden wissen, was die Bundesregierung will, wenn man sich mit der EU geeinigt hat. Eines ist, strategisch gesehen, relativ clever:

Wenn man unterschiedliche Positionen zueinanderbringen will, dann sollte man den anderen nicht über die Öffentlichkeit in die eigenen Karten gucken lassen.

Seien Sie sich sicher, dass folgende Dinge gelten:

Wir brauchen ein europarechtskonformes EEG. Die Besondere Ausgleichsregel, Frau Lay, ist einer der Punkte, weswegen das EEG-Beihilfeverfahren läuft. Sie haben recht: Die Ausweitung der Besonderen Ausgleichsregel, die zu Fehlentwicklungen geführt hat – deren Beurteilung ich teile –, ist der Grund dafür. Wir werden dafür sorgen, dass die stromintensiven Unternehmen im internationalen Wettbewerb mit Blick auf die Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben, dass es aber in den Bereichen zu einer Reduzierung kommt, wo eine solche

Regelung einfach nicht verantwortlich ist. Das dafür notwendige Vertrauen hat der Minister.

Ähnlich wie der Kollege Pfeiffer danke ich den Grünen für diese Debatte. Ich danke ihnen aber auch, weil wir endlich wieder über Klimapolitik und Wirtschaftspolitik reden. Das sind keine Gegensätze, sondern wir müssen sie beide gemeinsam erfolgreich betreiben.

Frau Verlinden, ich will über das Thema Zieltrias, über die Ziele der Bundesregierung hier jetzt nicht mehr groß reden. Sie haben vom Ministerium eine schriftliche Stellungnahme zu Ihrer Anfrage bekommen. Darin steht, dass die Regierung für die Zieltrias ist. Wir sind also auch hier für ambitionierte Werte.

Lieber Oliver Krischer, es ist doch so einfach, sich hierhin zu stellen und zu behaupten: Die Regierung verhindert, dass die EU sich auf das Ziel festlegt, die CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent zu reduzieren.

Schauen wir einmal zurück auf die Verhandlungen. Das Schlimme ist: Sie wissen ja, wie das Ganze gelaufen ist. Dass überhaupt 40 Prozent erreicht wurden, ist nicht gegen, sondern wegen Deutschland erreicht worden.

In den Verhandlungen, in denen die Naturschutzverbände 55 Prozent gefordert haben und wir bei unter 40 Prozent waren, hat es SMS-Verkehr zwischen den Organisationen und den Verhandlungspartnern gegeben. Dort hieß es: Wenn ihr 40 Prozent abschließen könnt, dann macht das. In diesem Moment ist es dann genug. – Dann kann man sich nicht zwei Stunden später hinstellen und sagen: Es ist alles zu wenig. Hier muss man einmal sagen: Wir danken dieser Bundesregierung, die dies möglich gemacht hat. Das gehört zum Verfahren.

Ich bin aber auch bei Ihnen. Europäische Energiepolitik hört sich super an.

Herr Krischer, ich will Ihnen Folgendes sagen. Es ist einfach, sich hierhinzustellen und zu sagen, die Bundesregierung ist schuld, dass die 55 Prozent nicht durchgesetzt wurden. Das habe ich gerade gesagt. Es ist beispielsweise auch einfach, zu sagen: Ihr müsst sehen, dass das Thema Kernenergie als Klimaschutzinstrument herausgenommen wird.

Ich will eines ganz klar sagen: Ich bin in der Sache bei Ihnen. Aber:

Wenn Deutschland sagt: „Wir machen keine Vereinbarungen mit, in denen das Thema Kernenergie als Klimaschutzinstrument steht“, dann versagen uns im Gegenzug die Briten die Zustimmung zu den 40 Prozent. In Europa haben wir ein Einstimmigkeitsverfahren und kein Mehrheitsverfahren. Europa besteht aus mehr Staaten als aus Deutschland.

Wir können im Bundestag nicht Richtung Europa gehen und sagen: Macht das mal alle nach. – Die Realität der Energiepolitik in Europa ist eine andere. Gucken Sie nach Polen, gucken Sie nach England, gucken Sie nach Frankreich. Da ist es zu leicht, zu sagen: Die Bundesregierung ist schuld, dass nichts passiert. – Der Unterschied zu Deutschland ist: Bei uns wird die Energiewende sehr stark von den Menschen im Land getragen. Im Endeffekt hat die Politik das aufgenommen, was die Menschen in diesem Land wollten. Fukushima war der entscheidende

Funke, dass alle mitgemacht haben. Nehmen wir doch bitte einmal zur Kenntnis, dass in Polen, Frankreich und Großbritannien die Debatte anders läuft.

Gestern hatte ich eine Delegation aus Asien zu Gast. Sie sagten: Wir finden super, was ihr macht. Wir wollen das auch. Bei uns zu Hause interessiert es keinen Menschen. Wie können wir Anreize schaffen? Wenn wir dies politisch durchsetzen wollen, bekommen wir keine Unterstützung.

Wenn wir die Ziele in weiten Bereichen teilen, dann müssen wir einen europäischen Prozess in Gang setzen, der von den Menschen getragen wird. Wir Deutsche dürfen nicht sagen: Wir stülpen euch etwas über. – Dafür bekommen wir keine Mehrheit. Das muss man in der realistischen Einschätzung der Europapolitik aussprechen.

Ich möchte kurz auf ein paar weitere Punkte eingehen.

Der Emissionshandel hat unmittelbare Auswirkungen auf den Strompreis an der Börse.

Alexander Ulrich, DIE LINKE:

Wir müssen aus Euratom aussteigen



Alexander Ulrich (*1971)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Es ist schon bedauerlich, wie es manchmal so mit dem Gedächtnis ist. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir nicht mit doppelten Standards agieren. Der Beschluss zum Atomausstieg in Deutschland, der mit dem Beschluss verbunden war, viel mehr erneuerbare Energien zu erzeugen, und auch die Bestrebungen der Europäischen Union werden natürlich konterkariert, wenn der Bundeswirtschaftsminister in die Ukraine fährt und sagt, die Europäische Union solle Strom aus der Ukraine importieren. Denn über 90 Prozent der Stromerzeugung der Ukraine stammen aus Kohle und Atom. Wie man dann noch als Energieminister im Deutschen Bundestag eine glaubwürdige

Politik betreiben will, ist vollkommen fraglich.

Eine europäische Energiewende im Interesse der Menschen und der Umwelt hat eine klare Absage an nukleare und fossile Energieträger zur Voraussetzung. Aber Gabriels doppelgleisige Irrfahrt durch die Energie- und Klimapolitik und auch die Vorliebe für nukleare und fossile Energieträger bilden leider keine Ausnahme, weder auf deutscher noch auf EU-Ebene. Eine Schwäche für fossile Energieträger offenbaren die jetzt von der EU-Kommission vorgeschlagenen EU-Energie- und -Klimaziele. Sie spiegeln deutlich die Interessen der energieintensiven Industrie und der Stromkonzerne wider, und zwar zulasten eines sozial-ökologischen Umbaus der europäischen Energieversorgung. Bleibt die EU bei diesem kaum ambitionierten Kurs, blockiert sie damit alle noch verbleibenden Möglichkeiten, den Klimawandel und seine katastrophalen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt einzudämmen.

Ganz offensichtlich ist das von der EU-Kommission aber genau so gewollt. Nicht die Interessen der Menschen und der Umwelt, sondern die Interessen der energieintensiven In-

dustrien und der Atomlobby werden mit solchen Zielen geschützt. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass Fracking als europaweite Alternative gehandelt wird. Die Linke lehnt diese Technologie ab, die unverantwortliche Risiken für Bevölkerung und Umwelt birgt, insbesondere auch für das Trinkwasser.

Weil hier so viel von dem Problem geredet wird, dass unsere Nachbarn nicht auf Atomstrom setzen, möchte ich sagen: Es ist zwingend notwendig, dass wir endlich mit Euratom Schluss machen.

Man erreicht keine europäische Energiewende, ohne das Thema Euratom anzufassen.

Es kann doch nicht sein, dass über Euratom in den letzten fünf Jahren fast 4 Milliarden Euro in eine Energieform investiert wurden, die wir eigentlich abschaffen wollen. Deshalb müssen wir aus Euratom aussteigen. Dazu eine Kritik am Grünen-Antrag: Sie wollen die Energiewende europäisch verankern, aber gehen in Ihrem Antrag überhaupt nicht auf Euratom ein.

Aber man erreicht keine Energiewende, ohne das Thema anzufassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss auch endlich damit Schluss sein, dass wir den Bau von Atomreaktoren in der ganzen Welt mit Hermsbürgschaften finanziell absi-

Ich habe gerade etwas zur Besonderen Ausgleichsregelung gesagt. Hier erspare ich mir weitere Ausführungen.

Wir haben ein zweites großes Problem: Das ist der Emissionshandel. Der Emissionshandel ist ein Hauptgrund, warum viele andere geplante Maßnahmen zurzeit finanziell erschwert werden. Wir sehen zur Börse. Der Emissionshandel hat unmittelbare Auswirkungen auf den Börsenstrompreis in Deutschland. Es ist aber auch Tatsache, dass der Anteil des Braunkohlestroms und die CO₂-Emissionen zunehmen. Es ist doch völlig klar, dass wir dort handeln müssen. Ich verweise auf die Bundesumweltministerin, die das getan hat. Sie hat eindeutig gesagt: Wir müssen beim Emissionshandel nicht die 900 Millionen Zertifikate aus dem Handel nehmen – ich will dem Kollegen Schwabe nicht alles vorwegnehmen; er wird das gleich noch ausführen –, wir brauchen die 2 Milliarden, und zwar schon 2016. Dann muss man in den Verhandlungen die Mehrheiten organisieren. Klar ist doch,

dass auch wir diese Entwicklung kritisch sehen. Wenn es so weitergeht, haben wir ein Problem mit den Klimazielen; das muss man einmal aussprechen.

Ich sage Ihnen eines: Die EEG-Novelle zu kritisieren, sie würde es an dieser Stelle verhindern, geht fehl. Das ist nicht zutreffend. Diese Bundesregierung hat an mehreren Stellen, auch durch den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, deutlich gemacht, dass das Thema Energieeffizienz jetzt wieder den Platz auf der Tagesordnung einnimmt, den es verdient und den es beim letzten Bundeswirtschaftsminister in dieser Form nicht gehabt hat, wenn es bei ihm überhaupt einen hatte. Das will ich zustehen. Wir werden – das hat der Minister zugesagt – bezüglich der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie so schnell wie möglich liefern. Vielleicht warten Sie die Lieferung ab und entscheiden dann. Ich glaube, dass auch Sie an diesem Punkt viel Übereinstimmung finden werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

chern. Wenn das weiterhin betrieben wird, ist das eine ungläubwürdige Politik.

Der Klimawandel, aus dem globale Probleme erwachsen, ist nur mit konsequenten und ehrgeizigen Klimazielen zu stoppen. Die Linke fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 60 Prozent, für eine Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf 45 Prozent und für eine Energieeinsparung von 40 Prozent im Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2030 einzusetzen. Die Linke fordert eine europaweite Energiewende, bei der auf nachhaltige Energiequellen gesetzt wird, um eine klimafreundliche, für alle Menschen

bezahlbare und sichere Energieversorgung zu ermöglichen. Mit der jetzigen EU-Energie- und -Klimapolitik werden wir dieses Ziel jedenfalls nicht erreichen.

Morgen wird EU-Energiekommissar Günther Oettinger mit Mitgliedern des EU-Ausschusses sprechen. Seine Zuneigung zu gefährlichen Technologien wie der Atomenergie und dem umstrittenen Fracking ist allseits bekannt. Es bleibt nur zu hoffen, dass seine Amtszeit als EU-Kommissar für Energiefragen in diesem Jahr endgültig abläuft.

Die Energiewende europäisch zu verankern, ist mit einem solchen EU-Kommissar nicht möglich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)



Atomkraftwerke wie dieses erzeugten 2013 15 Prozent des Stroms.

Karl Holmeier, CDU/CSU:

Mit unserer Energiepolitik sind wir auf dem richtigen Weg



Karl Holmeier (*1956)
Schwandorf

Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien so schnell wie möglich erreichen. Bis 2050 wollen wir unsere Energieversorgung zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energien decken. Gleichzeitig wollen wir aber auch, dass Energie bezahlbar, sicher und umweltverträglich ist und bleibt. Anders als Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, arbeiten wir mit Nachdruck an der Erreichung dieses Zieles. Wir stellen keine Anträge mit inhaltlich verfehlten Forderungen, sondern wir

handeln. Deshalb sind wir auch an der Regierung.

Klar ist, dass es die für den Umbau der Energieversorgung notwendigen Maßnahmen natürlich nicht zum Nulltarif gibt. Daraus haben wir auch niemals einen Hehl gemacht. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir den Kostenanstieg kommen sehen. Hinzu kommt, dass wir uns mit einer Menge von Altlasten aus Ihrer Regierungszeit herumschlagen müssen.

Ich könnte hierbei noch auf die Bereiche Netzausbau, Ersatzkapazitäten und Speicher eingehen. Denn dort haben Sie vieles versäumt.

Ich möchte mich auf den Bereich der erneuerbaren Energien beschränken, weil alles andere zum Teil schon angesprochen worden ist. Nehmen wir doch einmal die Photovoltaik und die Entwicklung der Vergütungssätze bei den Freiflächenanlagen als Beispiel. 2003/2004 waren es 45,7 Cent pro Kilowattstunde. 2005 waren es 43,4 Cent pro Kilo-wattstunde. Nachdem wir das EEG 2009 und 2012 novelliert haben, liegen wir aktuell bei ei-

nem Vergütungssatz von 13,5 Cent pro Kilowattstunde. Diese Zahlen muss man wahrscheinlich nicht weiter kommentieren.

Einen weiteren wichtigen Schritt zur Beseitigung Ihrer Altlasten und hin zu einer Dämpfung des Kostenanstiegs bei den erneuerbaren Energien gehen wir mit der jetzt anlau-fenden Reform des EEG.

Mit der Einführung der verpflichtenden Direktvermarktung und der

Festschreibung des Systemwechsels hin zum Ausschreibungsmodell werden wichtige Grundlagen für eine markt-wirtschaftlichere Ausrichtung des künftigen EEG gelegt. Auch wenn es an der einen oder

anderen Stelle noch Änderungsbedarf geben wird, gehen die Regulierungen sicherlich in die richtige Richtung.

Wir sollten darüber hinaus den Mechanismus zur Berechnung der EEG-Umlage unter die Lupe nehmen.

Wenn eine feste Einspeisevergütung gezahlt wird, die erneuerbaren Energien aber gleichzeitig eine

Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien so schnell wie möglich erreichen.



Braunkohleabbau in Brandenburg. 2013 wurde rund ein Viertel des deutschen Stroms aus Braunkohle erzeugt.

strompreisdämpfende Wirkung an den Spotmärkten entfalten, wird die EEG-Umlage zwangsläufig immer weiter steigen. Das kann so nicht bleiben.

In den Strompreisen wird sich eine Überarbeitung des EEG erst mittel- und langfristig bemerkbar machen. Deshalb müssen wir auch darüber nachdenken, wie wir die Verbraucher kurzfristig entlasten können. Denkbar wäre zum Beispiel, dass die EEG-Umlage bei einem bestimmten Betrag gedeckelt und der durch diese Einnahmen nicht gedeckte Teil der Kosten anderweitig finanziert würde.

Zwei Modelle wären denkbar, auch wenn sie von manchen zurzeit vielleicht noch kritisch gesehen werden. Möglich wären die Zwischenfinanzierung über einen Fonds oder die Finanzierung durch Einnahmen aus der Stromsteuer. Bei der Zwischenfinanzierung durch einen Fonds würde der Betrag, der einen jährlichen Deckel übersteigt, zunächst aus dem Fonds und nicht durch die Stromkunden beglichen. Sobald die EEG-Umlage nominell wieder unter den Deckel sinkt, würde der Fonds seine Auslagen erstattet bekommen. Dazu

würde die Umlage so lange bei dem Deckel belassen, bis der Fonds auf null zurückgeführt ist. Denkbar wäre auch eine Finanzierung des den Deckel übersteigenden Betrags durch die Stromsteuer.

Warum sollte man in der Debatte zum EEG nicht auch über solche Modelle diskutieren? Auf diese Weise ließe sich die Belastung für den Stromkunden durch die Kosten für das EEG konstant und damit kalkulierbar halten. Das Verfahren würde somit eine Glättung und gegebenenfalls eine zeitliche Streckung der Belastung für die Stromverbraucher bewirken und könnte damit große Belastungsunterschiede zwischen den Generationen vermeiden.

Sie sehen dies wahrscheinlich ganz anders, verehrte Damen und Herren von den Grünen.

Das zeigt sich auch deutlich an den Forderungen in Ihrem Antrag. Sie bezeichnen das bisherige Einspeisevergütungssystem als effizient und fordern seine Fortsetzung.

Zudem fordern Sie die Rücknahme der geplanten Umstellung auf Ausschreibungsverfahren. Man sieht an dieser Stelle deutlich, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, worum es eigentlich geht.

Das zeigt sich auch am Beispiel der Entlastungen der energieintensiven Industrien. Wir verfolgen den Ansatz, dass wir die Bezahlbarkeit von Energie für alle Verbraucher, das heißt, für unsere Bürgerinnen und Bürger genauso wie für unsere Wirtschaft, gewährleisten wollen. Das ist gerade in der Zukunft absolut notwendig.

Hierzu gehört auch, dass wir der energieintensiven Industrie unter die Arme greifen, damit sie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten kann. Zwischen den Zeilen Ihres Antrags muss ich lesen, dass Sie daran nicht interessiert sind; denn Sie sprechen sich für Einschränkungen an dieser Stelle aus. Ich frage mich allerdings, wie Sie dann sicherstellen wollen, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt und unsere Unternehmen – wie von den Linken angesprochen – nicht ins Ausland abwandern.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Die Chemierzeuger in Deutschland zahlen 61 Prozent höhere Strompreise als ihre Wettbewerber in Frankreich. Deutschland liegt mit 14 Prozent deutlich über dem Durchschnitt aller 28 EU-Staaten. Diesen staatlich begründeten Wettbewerbsnachteil dürfen wir nicht weiter verschärfen.

Es ist interessant, dass gerade Sie von den Grünen diese Entlastungen ständig verteufeln, obwohl Sie diese selbst eingeführt haben; was auch richtig war.

Darüber hinaus waren Sie es, die 2003 mit der zweiten Novelle zum EEG die Ausnahmen ausge-dehnt haben.

Ich darf eine Rede von Herrn Trittin aus der dritten Lesung vom 13. November 2003 zitieren:

Deswegen haben wir dafür Sorge getragen, dass beispielsweise nicht nur

große, sondern auch mittlere Unternehmen von der Härtefallregelung profitieren können ...

Hier sieht man einmal mehr, dass Sie Politik nicht mit Vernunft, sondern nach Belieben machen.

Dabei nehmen Sie sogar in Kauf, sich selbst zu widersprechen.

Wir jedenfalls sind der Meinung, dass es vor dem Hintergrund der neuesten Entwicklungen der EEG-Umlage – sie liegt jetzt bei 6,24 Cent pro Kilowattstunde – umso gerechtfertigter ist, die energieintensiven Industrien zu unterstützen. Deshalb setzen wir uns in den laufenden Gesprächen mit der EU-Kommission dafür ein, zu einer angemessenen Lösung zu kommen.

Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien so schnell wie möglich erreichen. Wir wollen die Bezahlbarkeit der Energieversorgung auch in Zukunft sicherstellen. Wir sind die Koalition, die das kann. Mit unserer Energiepolitik sind wir auf dem richtigen Weg. Deshalb lehnen wir den Antrag der Grünen ab.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Dr. Nina Scheer (SPD), Dr. Herlind Gundelach (CDU/CSU) sowie Frank Schwabe (SPD).